Kommuniqué der Beratung des ZK der KP Polens und des ZK der KPD/ML

Seite 10/11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 17 vom 24. April 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Wirtschaftsforscher: Rezession überwunden

Wirtschaftsaufschwung? Verstärkte Ausplünderung der Werktätigen!

„Die längste und schwerste Rezession der Nachkriegszeit ist überwunden" behaupten die fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. In der Krise fordern Kapitalisten, Staat und Gewerkschaftsapparat von den Werktätigen „den Gürtel enger zu schnallen", um „gemeinsam" aus der Talsohle herauszukommen. Verbessert sich die Wirtschaftslage, dann zetern sie, „Lohnforderungen gefährden den Aufschwung". Tatsache ist, ob Krise oder Konjunktur, die Kapitalisten verdienen sich dumm und dämlich auf Kosten der Werktätigen, denen gerade soviel bleibt, um knapp über die Runden zu kommen, immer häufiger nicht einmal mehr das.

Gut, mit einer Verbesserung der Auftragslage ergeben sich auch zeitweilig geringfügige Verbesserungen für die Lebenslage der Werktätigen, z. B. wird ein gewisser Teil Arbeiter und Angestellter wieder eingestellt. Aber um welchen Preis? Die Löhne sind bzw. werden weiter abgebaut. „Abschlüsse der Vernunft", tönen Kapitalisten, Bundesregierung und DGB im Chor. Außerdem benutzen die Kapitalisten die Krise, um die Löhne zusätzlich zu drücken. Bei Opel Bochum z. B. bekommen neu eingestellte Bandarbeiter bis zu 2 DM weniger Stundenlohn als ihre vorher entlassenen Kollegen, die sie ersetzen.

Und die Preise werden weiter steigen. Sie richten sich eben nicht nach „vernünftigen", sprich Lohnraubabschlüssen. Selbst eine bürgerliche Zeitung wie die „WAZ" schreibt zu der angekündigten angeblich geringeren Preissteigerungsrate: „Schön wäre es ja, möglich wegen der geringen Lohnsteigerungsrate auch. Aber die Preise richten sich nach den Möglichkeiten des Marktes und nicht nach den Kosten". Hinzufügen muß man allerdings, daß die Monopole die Möglichkeiten des Marktes durch Monopolpreise diktieren, unter anderem z. B. in der EG durch die massenhafte Vernichtung von Waren und Lebensmitteln. Dazu kommen die bereits angekündigten Erhöhungen verschiedener Steuern, „Sozial"-Abgaben usw., die spätestens nach der Bundestagswahl fällig sind.

Und wie sieht es mit der Arbeitslosigkeit aus? Die soll, wie Kapital und Regierung selbst zugeben, auf dem Stand von mindestens 1 Million gehalten werden. Auf diese Weise schafft sich die Bourgeoisie ein ständiges Heer von Arbeitslosen, eine Reservearmee, die sie als ständiges Druckmittel einsetzen kann. Zur Einschüchterung, mit Androhung von Entlassung, wenn du nicht spurst. Zur weiteren Verschärfung von Rationalisierungsterror und Arbeitshetze, wodurch bereits heute breite Teile der Werktätigen körperlich und psychisch fertiggemacht werden und menschliches Zusammenleben zerrüttet wird.

Für die Arbeiterklasse sind Krise oder „Aufschwung" nicht entscheidend. Die Kapitalistenklasse unterdrückt die Werktätigen, beutet sie aus und wälzt die Folgen und Kosten der Krise zusätzlich auf ihre Schultern ab. Mit dieser vollkommen reaktionären Klasse kann es für die Arbeiterklasse folglich auch keine Klassenzusammenarbeit nach dem Motto „wir sitzen alle in einem Boot" geben, sondern nur den revolutionären Klassenkampf gegen diese Klasse.

Das kapitalistische System befindet sich weltweit in einer tiefgreifenden politischen und ökonomischen Krise. Aus dieser Krise, die durch die immer stärkeren zyklischen Wirtschaftskrisen noch verschärft wird, gibt es für die Kapitalistenklasse, abgesehen von bestimmten begrenzten „Aufschwüngen" keinen Ausweg. Die Arbeiterklasse hingegen, die nichts zu verlieren hat als die Ketten und Geißeln dieses Systems, hat mit der sozialistischen Revolution eine glänzende Perspektive!



Arbeiterdemonstrationen am 1. Mai 1971 in Sczecin. Einige Arbeiter tragen Trauerbinden. Auf dem Transparent steht: ZADAMY UKARANIA WINNYCH ZBRODNI GRUDNIOWYCH — Wir fordern die Bestrafung der Schuldigen für die Dezember-Verbrechen (Siehe auch Seite 10/11).

VR China

Grosser Sieg über die Konterrevolution

Sofort nach den Ereignissen auf dem Tien-An-Men-Platz in Peking hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas auf Vorschlag des Vorsitzenden Mao den Beschluß gefaßt, Deng Hsiao-ping aller seiner Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben, weil er ein unverbesserlicher Konterrevolutionär ist, dessen Ziel es ist, die Diktatur des Proletariats in China zu stürzen und den Kapitalismus zu restaurieren.

Gleichzeitig faßte das Zentralkomitee ebenfalls auf Vorschlag des Vorsitzenden Mao Tsetung den Beschluß, Genossen Hua Kuo-feng zum ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der KP Chinas und zum Vorsitzenden des Staatsrats der VR China zu ernennen.

Beide Beschlüsse sind bedeutende Maßnahmen im Kampf gegen den Revisionismus. Beide Beschlüsse haben das Ziel, die Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats in China zu sichern.

Die bürgerliche Propaganda im Westen wie im Osten hat den Ereignissen in China, vor allem dem Zwischenfall auf dem Tien-An-Men-Platz in Peking, breiten Raum gewidmet. Einige Kommentatoren, allen voran die modernen Revisionisten, versuchten den Eindruck zu erwecken, es handele sich hier um Massendemonstrationen gegen die Diktatur des Proletariats, gegen die revolutionäre Linie des Genossen Mao Tsetung. Die Tatsachen sprechen allerdings eine andere Sprache. Wer hier auf die Straße ging, das waren einige wenige Feinde des Volkes, die angesichts der Entlarvung des bürgerlichen Machthabers innerhalb der Partei, Deng Hsiao-pings, eine Verzweiflungsaktion unternahmen und zum offenen Angriff auf die Diktatur des Proletariats übergingen. Die konterrevolutionäre Aktion geschah keinesfalls zufällig. In einem Artikel der Pekinger „Volkszeitung" heißt es dazu:

Fortsetzung auf Seite 8

Es lebe die revolutionäre Freundschaft zwischen den Werktätigen Polens und Deutschlands

Es ist ein historisches Dokument, das Kommuniqué, das auf der Beratung zwischen Vertretern des ZK der Kommunistischen Partei Polens und des ZK der KPD/ML im vergangenen Monat beraten und beschlossen wurde. Ein Dokument, das anknüpft an die besten Traditionen der polnischen und der deutschen Arbeiterklasse. Ein Dokument, das die Grundlagen legt für eine tiefe, auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus beruhende Freundschaft zwischen dem polnischen und deutschen Volk.

Unendliches Leid haben die herrschenden Klassen Polens, vor allem aber Deutschlands über unsere Völker gebracht. Aber immer hat es Menschen, hat es Kräfte — auch in Deutschland — gegeben, die sich vorbehaltlos hinter das Verständnis für die Freundschaft mit dem polnischen Werktätigen stellten. Allen voran die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, die größten Söhne unseres Volkes, Marx und Engels. Wie aktuell klingen die Worte, die Karl Marx anläßlich einer „Proklamation des Deutschen Bildungsvereins für Arbeiter in Londen über Polen" im Jahre 1863 sagte: ***„Die polnische Frage ist die deutsche Frage. Ohne ein unabhängiges Polen kein unabhängiges und einiges Deutschland; keine Emanzipation Deutschlands von der russischen Oberherrschaft ..."*** — Auch wenn diese Oberherrschaft heute nur für einen Teil Deutschlands besteht.

Sicher, diese vor über hundert Jahren geschriebenen Worte bezogen sich auf eine andere Situation. Das polnische Volk, dessen Land seit Ende des 18. Jahrhunderts unter den Mächten Rußland, Österreich und Preußen aufgeteilt war, führte einen heroischen Kampf um seine nationale Befreiung, der zu den Aufständen von 1830/31, 1846, 1848 und 1863/64 führte. Und Friedrich Engels war es, der auf einem internationalen Meeting in London 1847, anläßlich des 17. Jahrestages des polnischen Aufstandes von 1830 sagte:

„Erlaubt mir, meine Freunde, heute einmal ausnahmsweise in meiner Eigenschaft als Deutscher aufzutreten. Wir deutschen Demokraten haben nämlich ein besonderes Interesse an der Befreiung Polens. Es sind deutsche Fürsten gewesen, die aus der Teilung Polens Vorteil gezogen haben, es sind deutsche Soldaten, die noch jetzt Galizien und Posen unterdrücken. Uns Deutschen, uns deutschen Demokraten vor allem, muß daran liegen, diesen Flecken von unserer Nation abzuwaschen. ***Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken.*** *Die Befreiung Deutschlands kann also nicht zustande kommen, ohne daß die Befreiung Polens von der Unterdrükkung durch Deutsche zustande kommt."*

Fortsetzung auf Seite 2, 3. Spalte

AUS DEM INHALT

Zügelloses Wettrüsten der zwei Supermächte 2
30 Jahre SED 3
Drucktarifrunde 4
Bergbautarifrunde 4
Arbeiterkomitee-Klöckner wächst im Kampf 5
1975: Über 230000 Arbeitslosenunterstützung gesperrt 5
Bürgerkriegsarmee gegen das Volk ... 6
GRF-Führer spalten Aktionseinheit zum 1. Mai 7
Portugal: Der Faschismus wird nicht durchkommen 7
Argentinien: Kampf gegen Diktatur .. 7
Konterrevolutionärer Zwischenfall auf dem Tien-An-Men-Platz 8
Die Volksmassen begrüßen den Sieg über die rechte Linie 8
Grußadresse der Mission des Demokratischen Kambodscha in Frankreich ... 9

Zügelloses Wettrüsten der zwei Supermächte

Vor kurzem wurde in Genf die 157. Sitzung der „SALT"-Verhandlungen zwischen den amerikanischen Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten abgehalten. Nur wenig später, am 1. April, trafen sich in Wien die Vertreter der beiden aggressiven imperialistischen Militärblocks, NATO und Warschauer Pakt, zur — hundertsten — „Jubiläums"plenarsitzung im Rahmen der Konferenz über die sogenannte „Truppenverringerung in Mitteleuropa".

Zur gleichen Zeit haben die modernen Revisionisten der D„K"P hier bei uns eine Kampagne gestartet, um unter den Parolen der „Abrüstung", des „Stopps des Wettrüstens" und des „Friedens" zu einer Demonstration am 22. Mai in Bonn zu mobilisieren. Diese Kampagne soll, wie auch die zahllosen Verhandlungen in Genf und Wien, Illusionen über den wahren Charakter der beiden imperialistischen Supermächte und die von ihnen verfolgte Politik der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Weltkrieges schüren. Die modernen Revisionisten wollen glauben machen, daß die eine Supermacht, der russische Sozialimperialismus, eine Friedensmacht sei, während die andere, der amerikanische Imperialismus, durch Verhandlungen zu Abrüstung und Entspannung gezwungen werden könnte. Angeblich sollen eben gerade die Verhandlungen in Genf und Wien, die Treffen zwischen den Oberhäuptern der USA und der Sowjetunion den Frieden wahren helfen und die Entspannung und den Stopp des Wettrüstens realisieren. Deshalb rufen die Revisionisten für den 22. Mai direkt zur Unterstützung der Wiener Verhandlungen auf.

Die Tatsachen sehen jedoch anders aus. Die Verhandlungen und Konferenzen sind in Wirklichkeit nur ein Rauchvorhang, hinter dem sich das zügellose Wettrüsten der beiden Supermächte immer weiter steigert, hinter dem sie ihre Kriegsvorbereitungen, ihre Rivalität immer mehr verschärfen. Das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, „Zeri i Popullit", schreibt deshalb in einem Artikel: *„Den beiden Supermächten geht es gar nicht darum, ein Abkommen über die Reduzierung der Truppen und Rüstungen zustandezubringen, sondern sie wollen lediglich eine Vereinbarung untereinander treffen, um die Beibehaltung ihrer Stützpunkte und Besatzungstruppen in Europa zu legalisieren und zu verewigen, eine Vereinbarung, die zugleich ein gewisses annehmbares Gleichgewicht ihrer Streitmacht auf diesem Kontinent aufrecht erhalten soll. Deswegen haben sie sich miteinander verständigt und versuchen, wie aus ihren derzeitigen Vorschlägen hervorgeht, die Wiener Konferenz zu einer ständigen Einrichtung zu machen, um sie als Mechanismus zur Regelung ihres militärischen Gleichgewichts in Europa zu benutzen. Während sie in Wien heuchlerische Vorschläge über die Reduzierung der Truppen und Rüstungen unterbreiten, verstärken die USA und die Sowjetunion ihre in Europa stationierten Truppen und Ausrüstungen mit neuen Divisionen und modernsten Waffen und erhöhen die Zahl der ausnahmslos diesen Kontinent betreffenden Militärmanöver zu Land und zu Wasser."*

Beide, die USA und die Sowjetunion, unterhalten riesige Militärmaschinerien und bauen sie immer mehr aus. Für das Finanzjahr 1977 ist die Summe der Rüstungshaushalte in beiden Ländern auf die kaum vorstellbare Höhe von über 100 Milliarden Dollar geklettert.

Und nicht genug damit, beschloß das Repräsentantenhaus in den USA gerade eben eine Ergänzung dieses Rüstungshaushaltes um weitere 700 Millionen Dollar und billigte ein neues Waffenbeschaffungsprogramm in der Höhe von 33,4 Milliarden Dollar, das sind 7,9 Mrd. Dollar mehr als im Finanzjahr 1976. Von diesem Geld werden 8,5 Mrd. Dollar für den Bau neuer Kriegsschiffe ausgegeben und 22,9 Mrd. Dollar für strategische Bomber, neue Unterseeboote und die Entwicklung von Raketen mit Mehrfachsprengköpfen. Allein 10,4 Mrd. Dollar wenden die amerikanischen Imperialisten für Forschungen auf, um neue Massenvernichtungsmittel zu entwickeln.

Die russischen Sozialimperialisten haben ihre Wirtschaft nach der Devise Kanonen statt Butter auf den Krieg ausgerichtet. 60% aller sowjetischen Betriebe arbeiten direkt oder indirekt für den Krieg. Unter dem Deckmantel von wissenschaftlichen Studien und Forschungsprogrammen wie z. B. dem Weltraumprogramm, finanzieren die Neuen Zaren im Kreml zahlreiche Militärprogramme wie die Entwicklung von Raketensystemen, die Herstellung von Massenvernichtungswaffen, die Entwicklung und den Start von Spionagesatelliten usw. Breschnew selbst forderte auf dem 25. Parteitag der russischen Sozialimperialisten den großzügigen Ausbau des sowjetischen Militärpotentials in den nächsten fünf Jahren und rief bei dieser Gelegenheit dazu auf, alles zu unternehmen, um die sowjetischen Streitkräfte mit allem Nötigen auszurüsten.

Ein zügelloses Wettrüsten findet auch auf dem Gebiet der Atomwaffen statt. Daran hat der vor 13 Jahren abgeschlossene Vertrag über die „teilweise Einstellung der Atomwaffenversuche" nichts geändert und daran wird auch der jetzt zwischen den amerikanischen Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten vereinbarte Vertrag über die „Begrenzung der unterirdischen Atomtests" nichts ändern. In den vergangenen 13 Jahren ist die Zahl der ferngelenkten Raketen und der schweren Transportflugzeuge zur Beförderung von Kernwaffen in den Arsenalen Moskaus und Washingtons stark angestiegen. Allein 1975 unternahmen die USA und die Sowjetunion je fünfzehn Tests mit Atombomben und in den ersten drei Monaten dieses Jahres haben allein die USA-Imperialisten neun unterirdische Bomben gezündet.

Während die beiden Supermächte also vom Frieden und von der Entspannung reden, verschärft sich überall auf der Welt ihre Rivalität. Ein untrennbarer Bestandteil dieser Politik ist die militärische Aggression gegen andere Völker, um sich Einflußsphären zu schaffen, wie jetzt die Aggression der Neuen Zaren im Kreml gegen das angolanische Volk. Dazu gehört auch die Aufpäppelung von Lakaien und Stützung der verschiedenen reaktionären Regimes in verschiedenen Ländern der Welt, die Drohungen und Erpressungsversuche der beiden Supermächte gegen andere Völker und Nationen. So wenden z. B. die russischen Sozialimperialisten große Summen auf, um das faschistische Indira-Gandhi-Regime in Indien mit Waffen zu versorgen, sogar mit der Atombombe. Dagegen fließt die „Auslandshilfe", die die amerikanischen Imperialisten dieses Jahr auf 5,9 Mrd. Dollar aufgestockt haben, vor allem in die Hände der israelischen Zionisten, des faschistischen südkoreanischen Regimes und der lateinamerikanischen Lakaien des US-Imperialismus.

Die Tatsachen zeigen, daß die beiden Supermächte hinter dem Rauchvorhang von Frieden- und Entspannungslosungen in Wirklichkeit einen neuen imperialistischen Krieg um die Vorherrschaft in der Welt vorbereiten. *„All das macht klar'*, schreibt „Zeri i Popullit" daraus schlußfolgernd, *„daß die Wiener Konferenz über die sogenannte Reduzierung der Truppen und Rüstungen im Dienst der Hegemonie- und Kriegstreiberpolitik der beiden Supermächte steht. Deshalb steht sie im Gegensatz zu den Bestrebungen der europäischen Völker."*

Es lebe die revolutionäre Freundschaft zwischen den Werktätigen Polens und Deutschlands

Fortsetzung von Seite 1

Polnische Patrioten, polnische Revolutionäre waren es, die nicht nur an dem ersten internationalen Kongreß des Proletariats im Jahre 1847, auf dem das „Kommunistische Manifest" verfaßt wurde, und an der Gründung der ersten Internationale teilnahmen, sondern die auch als Soldaten der Revolution an allen Fronten kämpften. *„Polen hat sein Blut vergossen im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg; seine Legionen haben unter der Fahne der ersten Französischen Republik gekämpft; durch seine Revolution von 1830 verhinderte es die Invasion Frankreichs, die damals zwischen den Teilern Polens beschlossen war; 1846 zu Krakau pflanzte es zuerst in Europa die Fahne der sozialen Revolution auf; 1848 nimmt es einen hervorragenden Anteil an den Revolutionskämpfen in Ungarn, Deutschland und Italien; endlich 1871 liefert es der Pariser Kommune die besten Generale und die heroischsten Soldaten."* (Engels)

Auch die deutsche Arbeiterpartei, früher die SPD und später die KPD, verdankt Polen viele revolutionäre Kader, allen voran Rosa Luxemburg, die Mitbegründerin der KPD. Rosa Luxemburg, 1871 in Zamosc in Polen geboren nahm bereits als junges Mädchen an der deutschen Arbeiterbewegung teil. Zusammen mit Karl Liebknecht war sie die bedeutendste Vertreterin des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie, Mitbegründerin der revolutionären Gruppe „Internationale" und später des Spartakusbundes. Auch wenn sie manch irrige Anschauung (u. a. die Spontaneitätstheorie) vertrat, die sie später korrigierte, so war sie doch eine bedeutende Theoretikerin des Marxismus und eine große Revolutionärin, die im ersten Weltkrieg wegen ihres Kampfes gegen den Imperialismus ins Gefängnis geworfen und später am 15.1.1919 wegen ihres Kampfes für die sozialistische Revolution ermordet wurde.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution schuf die Grundlage für die Unabhängigkeit Polens. Und wie in Deutschland die KPD schuf sich das polnische Proletariat in der KPP seine revolutionäre, seine bolschewistische Vorhutpartei, die Partei deren Namen die heutige revolutionäre Partei der polnischen Arbeiterklasse wieder trägt. Hatte es nach dem zweiten Weltkrieg Ansätze zu einer engeren wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen gegeben, wie sie in dem 1950 geschlossenen Vertrag über die Oder-Neiße-Friedensgrenze zwischen Polen und der DDR zum Ausdruck kam, so wandelten sie mit der späteren revisionistischen Entartung beider Staaten ihren Charakter zu Beziehungen, wie sie zwischen den Bourgeoisien der kapitalistischen Länder bestehen.

Wenn heute die westdeutsche Monopolbourgeoisie ein großes Geschrei um die Verständigung mit Polen erhebt, wenn die Bundesregierung in ihren Verlautbarungen zu den sogenannten „deutsch-polnischen Vereinbarungen" schreibt: „Es geht um die Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen. Junge Deutsche und junge Polen sollen endlich ohne Belastung der Geschichte miteinander leben können"; wenn der polnische Revisionistenhäuptling Gierek die Bundesrepublik besucht, so geht es nicht um „Friede und Aussöhnung", sondern einzig und allein darum, durch einen schmutzigen Menschenhandel und Kreditvergabe dem westdeutschen Imperialismus das wirtschaftliche und politische Eindringen in Polen zu erleichtern und die Gierek-Clique vor dem Staatsbankrott zu bewahren. Antworten wir diesen kapitalistischen Heuchlern mit den Worten Karl Marx anläßlich des 17. Jahrestages des polnischen Aufstandes von 1830:

„Die Vereinigung und Verbrüderung der Nationen ist ein Phrase, die alle Parteien heute im Munde führen, so namentlich die bürgerlichen Freihandelsmänner. Es existiert allerdings eine gewisse Art Verbrüderung unter den Bourgeoisklassen aller Nationen. Es ist dies die Verbrüderung der Unterdrücker gegen die Unterdrückten, der Exploiteurs gegen die Exploitierten. Wie die Bourgeoisklasse eines Landes gegen die Proletarier desselben Landes vereinigt und verbrüdert ist, trotz der Konkurrenz und des Kampfes der Bourgeoisie unter sich selbst, so sind die Bourgeois aller Länder gegen die Proletarier aller Länder verbrüdert und vereinigt, trotz ihrer wechselseitigen Bekämpfung und Konkurrenz auf dem Weltmarkte. Damit die Völker sich wirklich vereinigen können, muß ihr Interesse ein gemeinschaftliches sein. Damit ihr Interesse gemeinschaftlich sein könne, müssen die jetzigen Eigentumsverhältnisse abgeschafft sein, denn die jetzigen Eigentumsverhältnisse bedingen die Exploitation der Völker unter sich: die jetzigen Eigentumsverhältnisse abzuschaffen, das ist nur das Interesse der arbeitenden Klasse. Sie allein hat auch die Mittel dazu. ***Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist zugleich der Sieg über die nationalen und industriellen Konflikte, die heutzutage die verschiedenen Völker feindlich einander gegenüberstellen. Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist darum zugleich das Befreiungssignal aller unterdrückten Nationen."***

Wir sind für die Verständigung, die Aussöhnung, die Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk. Doch diese Freundschaft kann und wird es nur geben durch die sozialistische Revolution in Deutschland und Polen, oder es gibt sie nicht. Was es allerdings schon heute gibt, was es immer gegeben hat, das ist die revolutionäre Verbundenheit zwischen dem polnischen und dem deutschen Proletariat und seinen revolutionären Vorhutparteien. Üben wir Solidarität, vertiefen wir diese Verbundenheit, wie sie im gemeinsamen Kommunique unserer beiden Bruderparteien, der KPP und der KPD/ML, zum Ausdruck kommt. Sorgen wir dafür, daß, wenn das heroische polnische Proletariat wieder einmal wie 1970 in den polnischen Hafenstädten zum Aufstand schreitet, dieser Aufstand auch in Rostock, Wismar, Kiel, Hamburg und Bremen seine Unterstützung findet, daß er sich ausweitet zur sozialistischen Revolution in Polen und Deutschland. Gehen wir selbst voran! Heben wir das Banner der proletarischen Revolution in unseren Ländern! **Die Revolution muß solidarisch sein!**

Kurz berichtet

KITZINGEN

In der Nacht vom 10.4. auf den 11.4. unternahm die Rote Garde Kitzingen eine Nachtwanderung. Es beteiligten sich 34 Genossen, Freunde und Sympathisanten. Die Strecke war ca. 8 km lang. Auf dem Weg wurden Fackeln verkauft. Am Zielort war ein Lagerfeuer vorbereitet. Dort wurde ein Stück aus dem Buch von Erich Weinert „Camaradas" gezeigt und ein Überblick über den spanischen Bürgerkrieg und die heutige Situation in Spanien gegeben.

WESTBERLIN

Anfang April fand in Westberlin eine Veranstaltung statt, auf der die Erfahrungen und Ergebnisse der Roter-Morgen-Kampagne ausgewertet wurden. Etwa 150 Freunde und Genossen waren gekommen. Mehrere Zellen berichteten über ihre Erfahrungen, ein Genosse der Partei faßte die Erfahrungen insgesamt zusammen. Ausgezeichnet wurde die Rote Garde Kreuzberg. Sie hatte während der Kampagne ihren Verkauf verdoppelt und den Grundstein für einen neuen Jugendtreff gelegt. Eine Sammlung für den ROTEN MORGEN erbrachte rund 1070 DM.

BRACKWEDE

Am 14.4. führte die Rote Garde im Brackweder Jugendheim eine Veranstaltung durch, zu der ca. 35 Genossen und Sympathisanten erschienen. Zu Beginn wurde ein kurzer Aufruf zum Roten 1. Mai vorgelesen. Außerdem sprach ein Genosse ausführlich zum revisionistischen Festival der SDAJ in Dortmund. Es wurde der Film „Rote Raketen" gezeigt. Schließlich nahm ein Genosse noch zu einem Flugblatt gegen die „Maoisten" Stellung, das die „Falken" während der Veranstaltung im Jugendheim verteilt hatten.

DORTMUND

In Dortmund ehrten die Genossen am Karfreitag das Andenken von rund 300 Antifaschisten, die 1945 noch dort bestialisch ermordet worden waren. Am Abend fand eine Veranstaltung statt, die gleichzeitig dem 90. Geburtstag des Genossen Ernst Thälmann gewidmet war. Die Teilnehmer verabschiedeten gemeinsam einen Brief an Genossen Heinz Baron, der zur Zeit in Münster im Gefängnis ist. Es wurde eine Spendensammlung zur Unterstützung des Prozesses gegen den ROTEN MORGEN durchgeführt.

SAARBRÜCKEN

Am 7. 4. demonstrierten über 200 Jugendliche in Saarbrücken gegen den Stadtrat. Bereits seit 4 Jahren kämpfen die Jugendlichen dort um ein Jugendzentrum. Genossen beteiligten sich an der Demonstration und verkauften 25 Rote-Garde-Zeitungen.

SAARBRÜCKEN

Am 9. 4. fand in Saarbrücken eine Veranstaltung zur Einheit der Marxisten-Leninisten statt. Rund 30 Genossen nahmen daran teil. Erschienen waren Genossen des KBW und der GRF, die Führer des KABD hatten es abgelehnt, an der Veranstaltung teilzunehmen. Einige Sympathisanten des KBW nahmen nach der Veranstaltung Kontakt mit der Partei auf.

BERICHTIGUNG

In der letzten Nummer des ROTEN MORGEN wurde das Spendenergebnis auf der Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des kambodschanischen Volkes falsch angegeben. Es wurden dort 1 746 DM gesammelt.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

30 Jahre SED

Revisionisten zerschlugen die Vorhut des Proletariats

Am 21. April vor 30 Jahren fand im Ostsektor Berlins der Vereinigungsparteitag von KPD und SPD statt: Die SED wurde gegründet. Dies ist ein wichtiges historisches Datum in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.

Doch diejenigen, die heute in Ostberlin lauthals ihre Stimme erheben und sich in großen Feiern ihrer revolutionären Vergangenheit loben, haben mit der damals gegründeten revolutionären SED, mit dem Kampf, den sie damals aufnahm, nichts, gar nichts gemeinsam.

Denn der Name SED, der stand damals für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, für den Kampf um die Diktatur des Proletariats, für die Erhaltung der nationalen Einheit Deutschlands. Unter der Führung dieser revolutionären SED schufen damals die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen in der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR ihre Arbeiter- und Bauernmacht, errichteten die Diktatur des Proletariats und bauten den Sozialismus auf. Mit dieser Partei und dem Aufbauwerk der Arbeiterklasse unter ihrer Führung verbanden sich damals die Hoffnungen der Werktätigen auch in Westdeutschland und in ganz Europa.

Doch diese Hoffnungen wurden zerschlagen von revisionistischen Verrätern. Sie, die Ulbricht und Honecker haben die Diktatur des Proletariats niedergerissen und ihre eigene Diktatur, die sozialfaschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie errichtet. Was sie heute verlogen „Sozialismus" nennen, ist ein durch und durch kapitalistischer Ausbeuterstaat, der in seinem Wesen der Diktatur Hitlers entspricht. Und mehr noch: Sie haben „ihren" Teil Deutschlands unter das Joch des russischen Sozialimperialismus gebracht, deren willfähriger Vasall sie sind.

All dies haben sie dadurch erreicht, daß sie, getarnt als Marxisten-Leninisten in der revolutionären Vorhutpartei des Proletariats, der SED, die Macht an sich rissen und diese Partei in ein sozialfaschistisches Instrument gegen die Arbeiterklasse verwandelten. Wie aber ist es dazu gekommen?

Die Vereinigung erfolgte auf revolutionären Grundlagen

Die Aufgaben, vor der die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Führung damals standen, waren groß und schwierig. Es galt, nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus vor allem durch die Rote Armee der Sowjetunion unter Führung des Genossen Stalin die Wurzeln des Faschismus, des Militarismus und Imperialismus völlig zu vernichten und — gestützt auf die Grundsätze des Potsdamer Abkommens — eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu errichten als Basis für die Schaffung der Arbeiter- und Bauernmacht, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus. Das aber verlangte, alle Kräfte gegen den Klassenfeind zu mobilisieren und zusammenzuschließen. Es galt, die durch den Krieg fast völlig zerstörte Wirtschaft aufzubauen, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln.

Alle diese Aufgaben richtig anzupacken und zu lösen, hieß vor allem, eine feste Einheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen herzustellen. Angesichts dessen bedeutete die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine bedeutende Stärkung der revolutionären Kräfte und der Einheit der Arbeiterklasse in ihrem Kampf. Denn diese Vereinigung war erfolgt auf revolutionären Grundlagen, und es war keineswegs so, wie der Vorsitzende der Sozialdemokraten in der SBZ, Grotewohl, auf dem Vereinigungsparteitag feststellte, daß man sich in der Mitte getroffen habe.

Aber diese Vereinigung hatte auch negative Seiten und brachte Probleme mit sich. Die Gefahr bestand darin, daß mit der Vereinigung auch der Sozialdemokratismus, der revisionistische Wurm in die Partei eindringen konnte. So hatte es bei der Vereinigung noch Widersprüche in einigen grundlegenden Fragen gegeben, wie in der Frage des Wesens des deutschen Imperialismus, in der Frage des Weges zum Sozialismus, ob die Grundorganisationen der Partei vor allem auf Wohngebiete oder vor allem auf die Betriebe ausgerichtet werden müssen, ob die Partei gemäß dem demokratischen Zentralismus oder wie ein bürgerlicher Parteiapparat aufzubauen sei. Es waren Fragen, bei denen es im Grunde eben darum ging, ob die SED zu einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Kampfpartei entwickelt wird, zu einer Partei des Leninschen Typs, die in der Lage ist, die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen, oder zu einer sozialdemokratischen Partei, die dem Marxismus-Leninismus den Rücken kehrt. Die Marxisten-Leninisten in der SED führten einen konsequenten Kampf, doch die Bedingungen waren sehr schwierig. Durch den Zusammenschluß war die Mitgliederzahl der SED auf 1,33 Millionen Mitglieder angewachsen, die es nun auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu erziehen und fest zusammenzuschließen galt. Zugleich aber mangelte es an erfahrenen kommunistischen Kadern, die diese Aufgaben hätten gut bewältigen können.

Das nutzten sozialdemokratische Elemente aus, um sich Positionen in der Partei zu verschaffen. In dieser Situation konnten sich im Parteiapparat Bürokratismus und Karrierismus ausbreiten. Vielfach wurde gegenüber den Massen administriert, statt Überzeugungsarbeit geleistet.

Der Kampf zweier Linien verschärft sich

Auf dem Hintergrund des sich verschärfenden Klassenkampfes in der Sowjetischen Besatzungszone verschärften sich auch die Widersprüche in der Partei. Die gestürzte, aber gesellschaftlich noch immer einflußreiche Bourgeoisie, die zudem über Tausende Fäden und Verbindungen engen Kontakt mit den Imperialisten im Westen unterhielt, versuchte — sei es durch Sabotageakte, sei es durch Hetzkampagnen gegen den Sozialismus und insbesondere gegen die sozialistische Sowjetunion unter der Führung Stalins — einen Keil zwischen das Volk und seine Regierung zu treiben. Zugleich suchte sie die Partei zu korrumpieren, sie von ihrer Klasse zu isolieren und sie vom Marxismus-Leninismus weg zum kapitalistischen Weg zu zerren. **In dieser Lage verstärkten die Marxisten-Leninisten in der SED ihren Kampf und verlangten Maßnahmen, um den schädlichen Tendenzen des Sozialdemokratismus in der Partei entgegenzuwirken und im Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus für die Reinhaltung der Partei zu sorgen und den ideologischen Aufbau der Partei voranzutreiben. Im Ergebnis dessen wurden auf der 11., 12. und 13. Parteivorstandssitzung der SED wichtige Maßnahmen zur Bolschewisierung der Partei beschlossen und eine Kampagne zur Ausrichtung der SED zu einer Partei neuen Typus, zu einer Leninschen Kampfpartei entfaltet.** Maßnahmen waren unter anderem vorgesehen zur revolutionären Erziehung und Schulung der Mitglieder, gegen Karrierismus und Bürokratismus, zur Ausrichtung der Partei auf die Betriebe, zur Entfaltung der Massenlinie. Die Partei nahm einen Aufschwung, und es wurden im Verlauf der Kampagne Erfolge erzielt. **Doch Ulbricht und Konsorten, die nie wahrhaft Marxisten-Leninisten waren, und mit ihnen die sozialdemokratischen Elemente, die sich Positionen verschafft hatten, verhinderten, daß die Kampagne konsequent durchgeführt wurde. Solange Genosse Stalin lebte und die ruhmreiche KPdSU führte, traten diese Elemente zwar nicht offen gegen den Marxismus-Leninismus und gegen die Errichtung der Diktatur des Proletariats auf, aber sie wühlten im Untergrund, hintertrieben die ideologische Festigung der Partei und ihre Verbindung mit den Massen.** Wie wenig die Partei tatsächlich eine tiefgehende Basis in den Betrieben errang, dafür sind die Betriebsratswahlen 1949 ein gutes Beispiel, wo in Ostberlin noch nicht einmal ein Achtel der gewählten Betriebsräte Mitglieder der SED waren.

Der 17. Juni und die Ulbricht-Administration

Spätestens am 17. Juni 1953 hätten die Partei und die Volkskammer, die Regierung merken müssen, daß sich die Kluft zwischen ihnen und den werktätigen Massen zu vergrößern begann. Zweifellos war dieser 17. Juni ein vom Westen beeinflußter und von seinen Agenten direkt gelenkter konterrevolutionärer Putschversuch. Das geht sowohl aus seiner Organisation, seiner Planmäßigkeit, wie auch aus den Zielen hervor. **Aber keinesfalls hätte dieser konterrevolutionäre Akt auch im Industrieproletariat seinen tatsächlichen Einfluß erreichen können, wenn es dafür nicht auch innere Ursachen gegeben hätte.** Und diese inneren Ursachen waren eben darin zu sehen, daß Pragmatismus, Bürokratismus und Administrantentum in Partei und Staatsapparat sich weiter ausbreiteten, karrieristische Elemente an Einfluß gewannen, die die Arbeiter- und Bauernmacht pervertierten. So waren kurz vor dem 17. Juni in der DDR die Arbeitsnormen für die Arbeiter und andere Werktätige erhöht worden, während aber zugleich der Schicht der Intelligenz Privilegien verschafft wurden. So kam am 17. Juni zugleich die tiefe Unzufriedenheit der Werktätigen zum Ausdruck. Sie sahen, daß — während sie in den vergangenen acht Jahren aufopferungsvoll, unter Entbehrungen und voller Elan den Sozialismus aufbauten, nun eine bevorzugte intellektuelle Schicht entstand, aus höheren Staats- und Parteifunktionären und bürgerlichen Kapazitäten.

Der revisionistische Wurm in der Partei hatte sich bereits weit durchgefressen. Regierung wie Parteiführung rissen nun nicht etwa das Ruder herum, übten ehrliche Kritik und Selbstkritik, verbanden die marxistisch-leninistische Theorie konkret mit der Praxis der sozialistischen Revolution und entfalteten den revolutionären Elan der Massen, sondern die Ulbricht-Administration führte ihren bürokratischen Kurs weiter und beschränkte sich im übrigen darauf zu erklären, das Volk habe das Vertrauen der Regierung verloren. Berthold Brecht spottete damals vollkommen zu Recht: Wenn das Volk das Vertrauen der Regierung verloren hat, wäre es da nicht besser, die Regierung löste das Volk auf und wählte sich ein neues?

Faßt man diese Entwicklung zusammen, so wird klar: In der Hauptseite war die SED zu dieser Zeit eine marxistisch-leninistische Partei. Das zeigte sich darin, daß in der SBZ und der späteren DDR die Arbeiter- und Bauernmacht, die Diktatur des Proletariats errichtet wurde, daß beim Aufbau des Sozialismus schon in den ersten Jahren großartige Erfolge erzielt wurden. **Durch die Vereinigung in der SED kam zwar der revisionistische Wurm in die Partei, doch daß dieser nicht beseitigt wurde, sondern sich ausbreiten konnte, lag nicht etwa an der Vereinigung, sondern war das Werk von Verrätern in der Partei, die als Marxisten-Leninisten getarnt gegen die Ausrichtung und Festigung der Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus arbeiteten.**

Sowenig die Vereinigung von KPD und SPD zur SED die Ursache für die revisionistische Entartung der SED ist, so ist es auch nicht in erster Linie der Druck der revisionistischen Chruschtschow-Clique, die nach Stalins Tod die Führung der KPdSU usurpierte und auch kein Mittel scheute, um die Entartung der SED voranzutreiben. Entscheidend für die revisionistische Entartung der SED sind innere Ursachen. Warum schließlich ist denn die Partei der Arbeit Albaniens oder die Kommunistische Partei Chinas nicht entartet — trotz des Drucks der Chruschtschow-Bande? Weil diese Parteien im Kampf gegen den modernen Revisionismus sich unablässig gestählt haben und auch die Angriffe der Chruschtschow-Revisionisten entschieden zurückgewiesen und konsequent bekämpft haben.

Wie aber entwickelte sich die SED? Die Schwächen der SED sowie die ständige vorherige Wühlarbeit erleichterten es den sozialdemokratischen und revisionistischen Elementen nun offen, ihr Haupt zu erheben und begeistert dem revisionistischen Kurs der Chruschtschow-Clique, deren vollständigen Verrat am Marxismus-Leninismus und an der Diktatur des Proletariats zu folgen.

Der Einfluß der Chruschtschow-Revisionisten

Ulbricht predigte, nicht anders als Chruschtschow nun den Gulasch-Kommunismus, der von der Frage der politischen Macht im Staat ablenken sollte und als hauptsächliches Ziel die wirtschaftliche Konkurrenz mit dem Westen ausgab, um die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zu entpolitisieren und die Restauration des Kapitalismus einzuleiten. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU, auf dem die Chruschtschow-Revisionisten unter dem Mantel der Kritik an Genossen Stalin direkt dem Marxismus-Leninismus und dem Aufbau des Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats den Kampf erklärten, wurde der Druck der Sowjetrevisionisten auf die SED noch stärker. Die Revisionisten in der SED, die Ulbricht, Honecker und Konsorten nutzten dies, um ihre Positionen auszubauen und die Macht in der Partei zu übernehmen. Doch geschah dies nicht ohne den Widerstand der aufrechten Marxisten-Leninisten in der SED. So wurden SED-Mitglieder, die sich dem revisionistischen Kurs entgegenstellten und Genossen Stalin gegen die wütenten Angriffe der Revisionisten verteidigten, aus Betrieben entlassen, als Funktionäre abgesetzt. Nicht wenige wurden auch in Gefängnisse gesteckt. **Schritt für Schritt führte die Revisionisten-Clique um Ulbricht ihren konterrevolutionären Putsch in Partei und Staatsführung durch. Ehrliche revolutionäre Kommunisten wurden in ihren Positionen in Partei und Staat durch Technokraten, karrieristische Intellektuelle ersetzt. Es war der Machtantritt des Revisionismus in der DDR. Waren bisher die Fehler und Schwächen der SED, die Entwicklung der revisionistischen Linie immer noch die Nebenseite gewesen, so wurde sie nun unter dem Einfluß des Chruschtschow-Revisionismus und dem Putsch der Revisionisten in der Partei zur Hauptseite.**

Mit der revisionistischen Entartung aber hatte die revolutionäre deutsche Arbeiter-Klasse und ihre Kommunistische Vorhutpartei, eine tragische und folgenschwere Niederlage erlitten: Die Diktatur des Proletariats, die Arbeiter- und Bauernmacht war zerschlagen, aus der revolutionären Kampfpartei des Proletariats war eine Partei sozialdemokratischen und sozialfaschistischen Typs geworden.

Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet Machtantritt der Bourgeoisie

Mao Tsetung stellte fest: „*Die Machtübernahme des Revisionismus, bedeutet Machtübernahme der Bourgeoisie.*" Das bedeutet zugleich, daß das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben und die neue Bourgeoisie die Produktionsmittel in ihre Hände nimmt. Unter der Diktatur des Proletariats ist es der sozialistische Staat als unmittelbarer Vertreter der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen, der über die Produktionsmittel verfügt. Wird diese Staatsmacht aber von einer revisionistischen Clique unwiderruflich usurpiert, so bedeutet das, daß die Arbeiterklasse der Produktionsmittel beraubt wird, das sozialistische Eigentum liquidiert wird. Die Form des Staatseigentums wird zwar beibehalten, erhält aber den Charakter von staatsmonopolistischem Eigentum, so daß es der neuen Bourgeoisie möglich wird, sich auf kapitalistische Weise zu bereichern und Profite herauszuschlagen. Dies wurde von der revisionistisch entarteten SED vor allem untermauert durch die Einführung ihres „Neuen ökonomischen Systems der Planung und der Leitung", das die Wirtschaft der DDR gemäß der kapitalistischen Profitwirtschaft ausrichtete.

Der Machtantritt der neuen Bourgeoisie hieß zugleich, daß sämtliche Organe der Diktatur des Proletariats von der Armee bis zur Presse in gleichgeschaltete Instrumente der Bourgeoisie gegen die Werktätigen verwandelt wurden. Die neue Bourgeoisie übt heute in der DDR eine terroristische Diktatur gegen die Arbeiterklasse aus, nicht anders als Hitler. Der Arbeiterklasse ist jegliches demokratische Recht genommen. Keine Unterdrückungsmaßnahme, keine Schikane, keine Terrormaßnahme geht dieser neuen Bourgeoisie weit genug, wenn es darum geht, den Widerstand der Werktätigen zu brechen. Davon zeugt das weitverzweigte Spitzelwesen, davon zeugen die mit politischen Gefangenen gefüllten Gefängnisse, davon zeugen Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Und wie zum Hohn werden all diese sozialfaschistischen Maßnahmen auch noch als „Sicherung des Sozialismus" von der neuen Bourgeoisie ausgegeben.

Wer ist diese neue Bourgeoisie? Sie ist eine verschwindend kleine Minderheit von einigen hundert Personen. Vor allem gehören dazu die Mitglieder des SED-Politbüros. In ihm sind die Spitzen der verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen vertreten: Staatsrat, Regierung, Massenorganisationen, Oberste Wirtschafts- und Sicherheitsbehörde sowie die Spitzen der innerparteilichen Exekutive. Ebenso dazu gehören die Sekretäre des ZK sowie die ersten Sekretäre der Bezirksleitungen. Weiter gehört dazu die Spitze der staatlichen Behördenorganisation, der Ministerrat. Zur Führungselite des Wirschaftsapparates gehören die Generaldirektoren der Vereinigung Volkseigener Betriebe. Und nicht zu vergessen gehören dazu auch noch einige ranghöchste Generäle. Diese, der Finanzoligarchie in den westlichen kapitalistischen Ländern vergleichbare kleine Gruppe ist es, die die neue Monopolbourgeoisie in der DDR verkörpert.

Zu den großen Traditionen der revolutionären SED gehörte zweifellos ihr konsequenter Kampf für die Einheit Deutschlands. Sie war es, die an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse gemeinsam mit der KPD im Westen gegen die Spaltung Deutschlands durch die US-Imperialisten und die vom US-Imperialismus wieder aufgepäppelte deutsche Monopolbourgeoisie kämpfte. Auch nachdem Deutschland durch die Imperialisten im Westen gespalten worden war, hat sie diesen Kampf nicht aufgegeben. Ihr Ziel war ein geeintes, sozialistisches Deutschland. Sie unterstützte die Werktätigen im Westen Deutschlands in ihrem Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den wiedererstarkten deutschen Imperialismus.

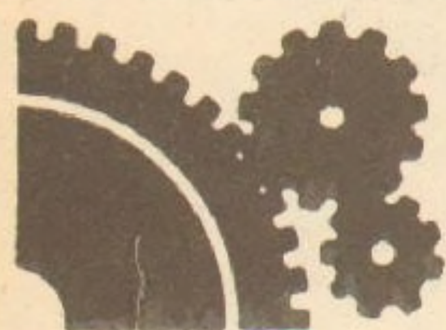
Mit der revisionistischen Entartung aber verriet die SED auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Nicht genug damit, den Kampf für die Einheit der Nation, gegen den US-Imperialismus und den westdeutschen Imperialismus zu sabotieren, verschacherten die revisionistischen Machthaber der SED „ihren" Teil Deutschlands an die russischen Sozialimperialisten.

Sie gaben dem Druck der russischen Sozialimperialisten nach, ließen es zu, daß die DDR politisch, ökonomisch wie militärisch immer fester in den Griff des russischen Sozialimperialismus geriet, sie verkauften die nationalen Interessen des deutschen Volkes dafür, daß sie gestützt auf die Bajonette der russischen Sozialimperialisten und als deren Vasall ihre sozialfaschistische Diktatur gegen die Arbeiterklasse in der DDR ausüben können. Sie ging sogar soweit, die Vorherrschaft des russischen Sozialimperialismus in der Verfassung der DDR festzulegen und in Dokumenten wie dem sogenannten „Freundschaftsvertrag" mit der Sowjetunion als „für immer und unwiderruflich" zu bezeichnen. Um dieses Verbrechen gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu rechtfertigen, scheuten sie sich nicht, eine vollkommen antimarxistische Theorie von „zwei deutschen Nationen" aufzutischen, die einzig dazu dient, die Unterordnung eines Teils der deutschen Nation unter die Herrschaft des russischen Sozialimperialismus zu rechtfertigen. Die DDR ist heute in jeder Hinsicht ein Vasallenstaat des russichen Sozialimperialismus. Er übt über seine Vasallen, die revisionistische Honecker-Clique, die eigentliche Herrschaft in der DDR aus. Es hat in der Tat in der deutschen Geschichte noch keine solche Partei des nationalen Verrats gegeben wie die SED.

Mit der KPD/ML für die erneute proletarische Revolution!

„*Schon lange ist*", wie es in der Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML heißt, „*die SED unwiderruflich zu einer Partei des revisionistischen Verrats, zu einer bürgerlichen, sozialfaschistischen Partei entartet. Schon lange ist der ehemalige Arbeiter- und Bauernstaat zu einem kapitalistischen Staat geworden, in dem die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden. Das ist das Werk der revisionistischen Verräter vom Schlage Ulbrichts und Honeckers und ihrer Moskauer Oberherren wie Chruschtschow, Breschnew und Konsorten. Heute herrscht in der DDR die sozialfaschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie. Nur durch eine neue gewaltsame sozialistische Revolution können wir die sozialfaschistische Herrschaft der Honecker-Clique, die ein Vasall des russischen Sozialimperialismus ist, zerschlagen und die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und übrigen Werktätigen, die Diktatur des Proletariats wiedererrichten.*" Mao Tsetung sagt: „*Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen.*" **Diese revolutionäre Partei wurde der Arbeiterklasse in der DDR mit der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML um die Jahreswende 1975/76 wiedergegeben.** Sie wurde im scharfen ideologischen Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen den vollständigen Verrat der Ulbricht und Honecker gegründet. Sie ist es, die in ihrem Kampf die revolutionären Traditionen der revolutionären KPD wie auch der SED aufnimmt, um die neuen Ausbeuter und Unterdrücker zu vernichten. **In ihren Reihen ist heute der Platz aller wahrhaften Marxisten-Leninisten in der DDR.**

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Ansatz für eine RGO-Gruppe geschaffen

In einem Druckereibetrieb im Rhein-Main-Gebiet wurde kürzlich eine Betriebsversammlung durchgeführt, deren Hauptthema die Vertrauensleutewahl und die Festlegung neuer Tarife war. Ich bin Betriebsratsmitglied und bereitete die Betriebsversammlung mit einigen Kollegen vor. In diesem Betrieb sollte übrigens zum ersten Mal eine Vertrauensleutewahl stattfinden.

Vor der Betriebsratswahl hatte ich schon einmal eine Rede auf der Belegschaftsversammlung gehalten mit den Schwerpunkten: Kampf dem Gewerkschaftsapparat, Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Auf dieser Versammlung ging ich deshalb näher auf die praktische Umsetzung ein. Und zur Vertrauensleutewahl sprach ich über die Aufgaben des Vertrauensmannes nach Festlegung des Gewerkschaftsapparates und welche Aufgaben der Vertrauensmann im Interesse der Kollegen wahrnehmen muß, welche Vertrauensleute wir wählen müssen.

Bisher war es mir auch noch nicht gelungen, Kollegen z. B. einmal auf eine Mitgliederversammlung der Gewerkschaft mitzunehmen und sie zum Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat zu aktivieren. Deshalb führte ich nochmals genauer aus, daß es notwendig ist, zu wissen, was die Gewerkschaft sagt, vorhat und tatsächlich tut. Ich bot den Kollegen einen Treff an, um mit ihnen gemeinsam die Frage der Politik des Gewerkschaftsapparates genauer zu besprechen und wie man dagegen vorgehen kann.

Dieser Vorschlag fand großes Interesse bei den Kollegen. Mit 6 Kollegen führte ich einen Treff zur Frage der Politik des Gewerkschaftsapparates durch. 2 Kollegen traten in die Gewerkschaft ein, die das vorher abgelehnt hatten und wollen den Kampf aufnehmen. Mit 4 Kollegen besuchte ich eine Mitgliederversammlung der Gewerkschaft. Die Grundlage für eine RGO-Gruppe ist nunmehr geschaffen. Die Vertrauensleutewahl verlief auch erfolgreich. Ich wurde als Betriebsratsmitglied in den Vertrauensleutekörper gewählt.

Rot Front! Eine Genossin

Gußfehler in Kettenrädern — nur Profite zählen

Liebe Genossen! Aus den Beispielen Opel und Continental, wo die Bremsen nicht funktionierten und der Gummi von Reifen seiner Belastung nicht standhielt, ist hinreichend bekannt, daß die Autoindustrie auf Verschleiß und nicht auf Sicherheit produziert. Auch Daimler-Benz, wo ich arbeite, reiht sich in diese Kette ein.

Hierzu ein Beispiel: Bei Daimler werden Kettenräder, die große Gußfehler aufweisen in die Motoren eingebaut. Die Gußfehler treten in der Bohrung der Räder auf. Sie haben eine Größe bis zu 4 mm. Man kann sich ausmalen, daß ein Rad, das nur 10 mm stark ist, mit einem 4 mm großen Loch nicht gerade stabil ist. Beim Bruch eines solchen Rades fliegt die Kette durch den Motor und kann schreckliche Unfälle verursachen. Den Kapitalisten sind die Verletzten und Toten, die hier eingeplant werden, egal. Sie sehen nur ihren Profit.

Rot Front! Ein Genosse aus Westberlin

Dem Direktor einen Schrecken eingejagt

Kürzlich erzählte mir eine ausländische Kollegin von einem Gespräch mit unserem obersten Personaldirektor. Er ist bei den Kollegen sehr verhaßt, weil er immer nur im Betrieb herumschleicht und die Kollegen bei der Arbeit überwacht und ausspioniert. Kurz vor Feierabend lauert er immer in der Nähe der Stempeluhr, um zu sehen, ob wir nicht schon vor dem Klingeln an der Tür stehen. Er kam nun eines Tages zu der ausländischen Kollegin, tat sehr freundlich und fragte sie, wie es ihr denn hier in Deutschland gefallen würde und ob sie hier nicht viel gelernt hätte, was sie in der Türkei noch nicht kannte. Sie antwortete ihm, daß sie hier sehr viel gelernt hätte. In der Türkei gäbe es viele Faschisten und viele Menschen würden noch rückschrittlich denken. Hier aber hätte sie z.B. gelernt, was Kommunismus wirklich ist. In der Türkei konnte ihr das keiner erklären, einmal wurde ihr sogar eine Schreckensgeschichte über den Kommunismus erzählt. Hier dagegen hätte sie die Möglichkeit gehabt, zu sehen, was der Kommunismus wirklich ist. Damit meinte sie die Betriebszeitungen der Partei. Der Direktor bekam vor Schreck seinen Mund nicht mehr zu und lief ohne ein Wort herauszubringen sofort davon. Die Kollegin freute sich noch als sie es mir erzählte über den Schreck, den er bekommen hatte. Dies zeigt zum einen, daß gerade auch die ausländischen Kollegen unserer Sache Sympathie entgegenbringen und sie auch mutig und offen vertreten. Die Tatsache, daß viele ausländische Kollegen durch den Kapitalismus gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, wird sich als Bumerang erweisen und dazu beitragen, daß der Kampf der Kommunisten und der Volksmassen in ihrer Heimat um so schneller voranschreitet.

Lohnabzug wegen Krankheit

Ein Bekannter berichtete mir von folgender Begebenheit in einem Mainzer Kleinbetrieb:

Ein 50 Jahre alter Kollege, der durch eine Kriegsverletzung am Rückgrat zu 40% schwerbehindert war, ist durch seine jahrzehntelange schwere körperliche Arbeit im Betrieb mittlerweile so schwer erkrankt, daß er den Behindertenausweis mit 60% erhielt. In den vergangenen 2 Jahren war er sehr oft wegen seiner äußerst schmerzhaften Krankheit krank, bzw. in Kur. Außerdem ist er auf Grund seiner Krankheit, bestätigt durch ärztliche Bescheinigungen, heute nur noch in der Lage, leichte körperliche Arbeit zu verrichten. Vor kurzem nun stellte die Firma bei der Fürsorgestelle, die für Schwerbehinderte zuständig ist, den Antrag, seinen Lohn von derzeit 1 800 DM brutto auf 1 360 DM zu kürzen. Der Kollege könne seinen Arbeitsvertrag nicht mehr erfüllen, da er heute, nach über zehn Jahren Betriebszugehörigkeit, nicht mehr die Arbeitsleistung bringe, die vereinbart war. Die Behörde zog sich elegant aus der Affäre: Sie lehnte die Lohnkürzung von 1 800 DM auf 1 360 DM ab, gab der Firma aber den Tip, daß bei einer Kürzung auf **nur** 1 590 DM eine Zustimmung sicher wäre. Die Firma solle doch einen Antrag in dieser Richtung stellen. — Dies alles zeigt nur eins: nicht genug, daß die Arbeiterklasse im imperialistischen Krieg für den Profit der Kapitalisten zu Krüppeln geschossen wird, daß sie täglich im Betrieb weiter gesundheitlich ruiniert wird, — jede Krankheit ist für die Kapitalisten ein billiger Grund, den Lohn weiter zu senken. Und wozu die ganzen ach so „sozialen" Gesetze und der Staatsapparat da sind, beweist das Beispiel dieses Kollegen ebenfalls.

Ein Genosse aus Mainz

Drucktarifrunde

Kollegen organisieren Abteilungsstreik

Die Tarifverhandlungen in der Druckindustrie sind für gescheitert erklärt worden, nachdem das Schlichtungstheater bis zur höchsten Stelle abgelaufen ist. Die Gewerkschaftsführer spielen sich auch hier als die „unnachgiebigen Kämpfer" für mehr Lohn auf. Fordern 9% und haben das Einigungsangebot von 5,4% abgelehnt, als stünde der Lohnraub für sie nicht bereits fest. Am 21. 4. will der Vorstand der IG Druck und Papier über eine Urabstimmung entscheiden.

Unter den Kollegen herrscht eine große Unruhe, in zahlreichen Betrieben ist es zu Warnstreiks und anderen Protesten gekommen. Aber der Gewerkschaftsapparat beabsichtigt, wie wir es in den anderen Tarifrunden auch schon erlebt haben, keineswegs einen konsequenten Streik, sondern er will den Kampfgeist der Kollegen untergraben. So versucht der Gewerkschaftsapparat auch jeden Streik, den er nicht in seiner Hand hat, zu unterdrücken. Dazu erhielten wir folgenden Bericht aus einem Druckbetrieb.

In unserer Abteilung, in der ich Vertrauensmann bin, herrschte schon seit einiger Zeit eine große Wut über die 5,4% Lohnraubabschlüsse bei der IG Metall und in anderen Zweigen. Immer wieder rechneten wir uns vor, was wohl von so einer Lohnerhöhung am Ende für uns übrig bleiben würde. Immer mehr Kollegen vertraten die Meinung, daß Streik als einziges Mittel für uns übrig bliebe, wollten wir uns nicht mit diesen mickrigen 5,4% abspeisen lassen.

Die meisten Kollegen in der Abteilung sind in der IG Druck und Papier organisiert, und als wir eines Morgens in der Zeitung lasen, daß es in einigen Betrieben zu spontanen Arbeitsniederlegungen gekommen war, brannte ein Teil der Kollegen direkt darauf, auch zu streiken. Die meisten hofften, es würde mal ein Wink von der Gewerkschaft kommen. Doch diese Hoffnungen waren Illusionen. Am nächsten Tag ging das Gerücht herum, in einer Abteilung würde gestreikt und sofort war die Mehrheit dafür, auch zu streiken und wir beschlossen, zumindest für eine Stunde die Arbeit niederzulegen. Anfangs gab es ein ziemliches Durcheinander, da einige meinten, was wir machen, sei illegal und wir müßten warten, bis die Gewerkschaft was unternehmen würde. Doch bald machten die meisten mit, nicht zuletzt deshalb, weil Kollegen vorne standen, die nicht in der Gewerkschaft organisiert waren, und die sagten, daß sie bereit seien, notfalls auf die bezahlten Stunden zu verzichten, „Hauptsache, wir halten alle zusammen".

Es kam auch eine immer größere Wut auf den Gewerkschaftsapparat auf, der uns hier nicht unterstützte. Die sonst so großen Gewerkschafter waren plötzlich für nichts mehr verantwortlich und gingen uns aus dem Weg, als immer wieder gefordert wurde, daß die Gewerkschaft unseren Kampf unterstützen müsse. Als einige dieser Gewerkschafter aus dem Streik ausbrechen wollten, wurden sie von einem älteren Kollegen so zusammengeschissen, daß sie sich gleich auf die Toilette zurückzogen. Die Kollegen meinten nun, daß wir zum Betriebsrat gehen sollten, in dem ja auch lauter Gewerkschafter sitzen, um ihnen unsere Forderungen zu erklären. Der Betriebsrat hatte aber eiligst eine Sitzung einberufen und ein Schild vor die Tür gehängt, auf dem stand: „Bitte nicht stören". Ein Kollege meinte, das gelte wohl für die Geschäftsleitung und wir gingen hinein. Sofort riefen alle auf einmal durcheinander, was uns einfallen würde, dies sei eine geschlossene Sitzung, da hätten wir nichts zu suchen und uns würde weder die Gewerkschaft noch der Betriebsrat unterstützen, da sie zum Betriebsfrieden verpflichtet seien und der Streik sowieso ein „wilder" sei. So wurden wir mehr oder weniger „sanft" aus dem Betriebsratszimmer hinausgeschmissen.

Als wir das den anderen Kollegen erzählten, fragten sich die meisten, für was sie eigentlich einen Betriebsrat gewählt hätten und was die wohl so Geheimnisvolles hinter verschlossenen Türen ausmauscheln würden? Kurz darauf erfuhren wir des Rätsels Lösung. Der Betriebsrat ließ ein Schreiben herumgehen, in dem er uns aufrief, wieder an die Arbeit zu gehen, dann bekämen wir auch von der Geschäftsleitung die Zeit bezahlt.

Da wir bei diesem Streik noch ziemlich alleine dastanden, wurde er abgebrochen. Doch was uns dieser Streik alles gelehrt hat, dazu brauchen wir lange, um das zu verdauen. Hatte ich doch das Klassenbewußtsein bei einem Teil der Kollegen ungeheuer unterschätzt. So ging gerade ein Kollege mit voraus, den ich immer als rückständig eingeschätzt hatte. Jetzt kennen wir aber wirklich die Radfahrer in der Abteilung. Dieser Streik hat uns noch viel enger zusammengeschlossen. Viele Kollegen haben nämlich den Gewerkschaftsapparat viel klarer als Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie erkannt und praktisch gespürt, was es mit dem vielgepriesenen Betriebsverfassungsgesetz auf sich hat. Die Kollegen waren in so großer Wut, daß wir nach dem Streik noch lange über unsere Erfahrungen diskutierten.

Bergbautarifrunde

5,25% Lohnraubabschluss

Im Gegensatz zu den anderen Tarifrunden wurde im Bergbau in wenigen Verhandlungen der Lohnraubabschluß von 5,25% und eine Erhöhung der „Treueprämie" durchgesetzt. Dieser Abschluß liegt sogar noch unter dem der Metallindustrie.

Ein Hauer mit der Lohngruppe 9 verdient bei der Zeche General Blumenthal jetzt 75,79 DM pro Schicht, während er vorher 72,01 DM erhalten hatte, also bekommt er ganze 3,78 DM pro Schicht mehr. Und was die Erhöhung der „Treueprämie" angeht, so muß erst einmal klargestellt werden, daß es keine Treueprämie ist, genausowenig wie es ein Treueverhältnis zwischen den Kumpels und den Zechenbaronen gibt, denn das Verhältnis, zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten ist ein absolut feindliches Verhältnis. Es handelt sich hier um die „Vermögenswirksamen Leistungen" oder anders ausgedrückt um das gesetzlich geregelte „Zwangssparen", wobei der Anteil der Kapitalisten erhöht wurde, der den Kumpels aber effektiv im Moment nichts bringt, weil die Gelder für 7 Jahre festliegen und nur den Kapitalisten und den Banken zur Verfügung stehen.

Mit welchen Mitteln der IGBE-Apparat den Lohnraub durchgesetzt hat, zeigt sich deutlich bei der Zeche General Blumenthal.

Die Betriebsräte stimmten Anfang des Jahres der Schichtlohnsenkung bis zu 13 DM zu, sie stimmten den 10 Feierschichten zu. Und innerhalb eines Jahres wurden auch die Mieten für die Zechenwohnungen dreimal erhöht. Es wurde versucht jegliche Opposition im Keime zu ersticken. Ein Kollege, der die Lohnsenkungen auf der Betriebsversammlung angriff, mußte sich gleich beim Obersteiger melden.

Wütend reagierte der IGBE-Betriebsrat als ein revolutionärer Kollege aufzeigte, daß der IGBE-Apparat im Interesse der Kapitalisten der Ruhrkohle AG einen Abschluß um 5% durchsetzen will. „Da weißt du ja mehr als der Hauptvorstand" schrie er. Und gegen diesen Kollegen sowie gegen einen anderen Kommunisten laufen jetzt auch Gewerkschaftsausschlußverfahren, weil sie auf den Belegschaftsversammlungen unter anderem die Interessen der Kumpels nach mehr Lohn vertraten und der Gewerkschaftsapparat angriffen.

Wütend riß der Betriebsrat auf der vorletzten Belegschaftsversammlung bei Blumenthal ein Transparent der Kollegen mit der Forderung nach voller Bezahlung der Feierschichten herunter und stahl es den Kollegen. Andere Kollegen, die auf der Belegschaftsversammlung gesprochen hatten, wurden später vom Betriebsrat in die Mangel genommen, um sie einzuschüchtern. Auch auf den Gewerkschaftsversammlungen wurde versucht, jede Opposition zu unterdrükken. Auf der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Recklinghausen Ost IV forderten Kollegen 10% mehr Lohn. Ein revolutionärer Gewerkschafter forderte einen DM-Betrag pro Schicht für alle. Wutentbrannt schrie ein IGBE-Funktionär: „Wir sollten zufrieden sein, wenn wir 6% bekommen." Er enthüllte so den geplanten Lohnraub vor den ca. 40 Anwesenden. Ein mit der D„K"P sympathisierender Betriebsrat von Blumenthal erkannte das und versuchte, ihn schnell zu warnen: „Lauf denen doch nicht voll ins Messer", rief er dazwischen.

Diese Unterdrückung und die Einschüchterungen sind ein Grund mit dafür, daß es nicht zu Kampfaktionen bei den Kumpels gekommen ist. Die Kumpels waren zwar wütend über den Lohnraubabschluß und viele sagten auch schon vorher: „Das gibt eh nicht mehr als bei den anderen." Doch nutzte und bestärkte der Gewerkschaftsapparat Unklarheiten der Kollegen über den Kapitalismus und Hoffnungen, daß sich ihre Lage im Kapitalismus gründlich ändern könnte, um sie mit der Propaganda der Rücksichtnahme auf die Lage im Bergbau zum Stillhalten zu zwingen. Dazu kommt die Drohung der Ruhrkohle AG, weitere 20000 Kumpel zu entlassen und Zechen stillzulegen, weil die Halden wieder zu groß geworden seien. Und nicht zuletzt haben die Tarifabschlüsse in den anderen Bereichen die Kampfkraft der Kumpel gelähmt.

Es zeigt sich aber, daß auch der IGBE-Apparat weiß, daß dies nur ein vorübergehender Zustand ist, denn die Furcht vor Kampfaktionen von den Kumpels war groß. Nach dem Lohnraubabschluß wagten die Funktionäre bei Blumenthal nicht, wie sonst üblich, ihre Flugblätter zu verteilen, sondern legten sie beim Pförtner aus. Und aus Furcht vor kommenden Kämpfen wurde die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung der Tarife gleich angekündigt.

Arbeiterkomitee Klöckner wächst im Kampf

Gegen die politische Entlassung des kommunistischen Kollegen Michael W. bei Klöckner in Bremen ist vom Arbeiterkomitee-Klöckner gemeinsam mit der Betriebszelle der Partei und der Unterstützung der Roten Hilfe Deutschlands sowie einer Reihe anderer revolutionärer Organisationen ein breiter Kampf aufgenommen worden.

Wie kam es zur Entlassung? Der kommunistische Kollege Michael war den Klöckner-Kapitalisten, dem IGM-Apparat sowie dem D„K"P-Betriebsrat um Röpke schon seit langem ein Dorn im Auge. Im Sommer 1975 hatte er mit anderen revolutionären Kollegen als Roter Betriebsratskandidat auf einer eigenen Liste kandidiert. Obwohl die Stimmen für die Wahl zum Roten Betriebsrat nicht ausreichten, entstand damals, auf Initiative der Betriebszelle der KPD/ML aus dieser Liste das heutige Arbeiterkomitee-Klöckner, das sich selbst als Ansatz einer RGO-Gruppe versteht und gegen den Gewerkschaftsapparat und die D„K"P-Revisionisten für den Aufbau der RGO kämpft.

Inzwischen ist das Arbeiterkomitee gewachsen und hat auch seinen Einfluß im Betrieb vergrößern können. Zu den wichtigen Problemen der Arbeiter werden einige Flugblätter herausgegeben und Aktionen im Betrieb durchgeführt. Seit einiger Zeit hat das Arbeiterkomitee auch die Arbeit in der IG-Metall aufgenommen, um noch besser die RGO aufbauen zu können. Insbesondere zu den Vertrauensleutewahlen entfalteten das Arbeiterkomitee und die Betriebszelle der KPD/ML zahlreiche Aktivitäten für die Wahl revolutionärer Vertrauensleute. So wurden Betriebszeitungen und Flugblätter im Betrieb verteilt und geklebt. Parolen wie „Kämpft für revolutionäre Vertrauensleute", „IGM und D,K'P tun dem Kapital nicht weh", „Einigkeit macht stark" wurden im Betrieb, auch an Torpedopfannen, die im Werk hin und her gefahren werden, gemalt.

Der kommunistische Kollege Michael W. sollte auch Vertrauensmann werden, so forderten es seine Kollegen. Aber bereits 6 Wochen, bevor die Aushänge zur Vertrauensleutewahl herauskamen, hatte der D„K"P-Betriebsrat Holtrop versucht, Kollegen zur Kandidatur gegen Michael zu überreden. Als dann die Aushänge herauskamen, stellten die Kollegen trotzdem Michael als ihren Kandidaten auf und einige Kollegen, die sich vom D„K"P-Betriebsrat zur Gegenkandidatur hatten überreden lassen, traten sogar wieder zurück. Das war ein Schlag gegen den D„K"P-Betriebsrat. Aber kurz nachdem Michael aufgestellt worden war, waren die Aushänge im Betrieb verschwunden. Schaukästen, in denen die Kandidatenliste hingen, waren plötzlich von Holtrop zugehängt worden. Aus zwei Aushängen war Michaels Name gestrichen worden, auf dem einen stand hinter Michaels Name „nicht tragbar". Das war die Handschrift von Holtrop, die Kollegen identifiziert hatten.

Der zweite Angriff gegen Michael und seine Kollegen war seine Versetzung vom Hochofen auf die Schwefelsäureanlage. So sollte er von seinen Kollegen isoliert werden, aber gleichzeitig wollte man ihn besser kontrollieren, wie vorher schon durchgesikkert war.

Ein Kollege hatte auch gehört, daß die Werkschutzstreife für den Hochofen, an dem Michael gearbeitet hatte, um 9 Mann erhöht wurde und zwar für die Nachtschicht vom 19. auf den 20. und vom 20. auf den 21.3. Genau in einer dieser Nächte wurde Michael in der Kaffebude, in der sich noch relativ frisch geklebte Flugblätter des Arbeiterkomitees befanden, überfallen und festgehalten. Der Werkschutz behauptete, Michael habe sie geklebt, um so unter diesem Vorwand die Entlassung einzuleiten.

Auf den kurz darauf stattfindenden Betriebsversammlungen enthüllte Michael dieses Vorgehen des Werkschutzes und die Schiebereien und Betrügereien des Röpke-Betriebsrates bei den Vertrauensleutewahlen. Röpke reagierte getroffen. Dreimal versuchte er, das Mikrofon abzustellen, aber auf Druck der Kollegen mußte er es immer wieder anstellen. In seiner Rede hetzte Holtrop von der D„K"P, der schon vorher gesagt hatte, „Kandidaten, die für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition eintreten, werden vor der Wahl aussortiert", in noch unverschämterer Weise. Er forderte die Kollegen auf: „Solche Mistböcke müßt ihr ausmerzen!"

Gleich in der Nachtschicht, nach den Betriebsversammlungen sollte Michael das Werk verlassen. Seine Kollegen rieten ihm, er solle nicht klein beigeben, er solle bleiben. Er blieb und hatte ihre Unterstützung. Sie organisierten sofort eine Unterschriftensammlung gegen die Absicht, Michael rauszuschmeißen. Fast alle Kollegen am Hochofen, das waren ca. 30, unterschrieben. Der Werkschutz ließ die Polizei anrücken. Es versammelten sich alle Kollegen, worauf ihnen von der Polizei gedroht wurde: „Wenn ihr streikt, müßt ihr mit Waffengewalt rechnen", und dann wurde Michael abgeführt. Er erhielt Werksverbot, gegen das er eine Einstweilige Verfügung einreichte, die aber abgelehnt wurde, weil inzwischen die Kündigung mit voller Zustimmung des Röpke-Betriebsrates ausgesprochen war.

Sofort nachdem Michael mit der Polizei aus dem Werk geschafft worden war, griffen die Betriebszelle und das Arbeiterkomitee in der Betriebszeitung und in Flugblättern den Rausschmiß an und organisierten den Kampf für seine Wiedereinstellung. Die Rote Hilfe Deutschlands unterstützte den Kampf durch Flugblätter und eine Spendensammlung zur Unterstützung von Michael. Sie gab auch eigene Aufkleber heraus.

Es wurde eine Presseerklärung vom Arbeiterkomitee verbreitet. Die Partei nahm sofort Kontakt zu den revolutionären Organisationen, die bei Klöckner arbeiten, auf. Die Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe bei Vulkan sowie das Komitee gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse sagten ihre Unterstützung zu. Im Betrieb wurden die Kollegen durch Flugblätter und Betriebszeitungen und durch die Genossen und Kollegen informiert. Auf zwei Jugendversammlungen setzten die Jugendlichen gegen den D„K"P-Jugendvertreter, der durch mehrere Ausbildungsleiter, zwei Betriebsräte und den Arbeitsdirektor Sporbeck unterstützt wurde, eine Änderung der Tagesordnung durch, um vorrangig über diese Entlassung zu diskutieren. Einige Kollegen riefen beim Betriebsrat an, um gegen die Entlassung zu protestieren.

Auch auf zwei Bildungskursen des DGB konnte durchgesetzt werden, daß über diese Entlassung diskutiert wurde. Dort befanden sich hauptsächlich Kollegen von Klöckner und trotz Lügen und Verdrehungen durch die DGB-Funktionäre und Betriebsräte, die in einer fiesen Art und Weise die Genossen und Kollegen angriffen, um die Kollegen einzuschüchtern, spendeten einige Kollegen Geld für die Unterstützung von Michael.

Die Spendensammlung der Roten Hilfe für den Arbeitsgerichtsprozeß und zur Unterstützung der Familie erbrachte bisher über 500 DM. Viele Spenden kamen aus dem Betrieb. So spendeten unter anderem Kollegen vom Hochofen, aus der Lehrwerkstatt, aus dem LD-Werk.

Am 3. 4. organisierte das Arbeiterkomitee-Klöckner eine Solidaritätsveranstaltung. Es waren mehrere neue Kollegen aus dem Betrieb gekommen. Drei Kollegen trugen in eine Liste der Roten Hilfe Deutschlands ein, daß sie sich für die Mitgliedschaft in der RHD interessieren. Ein Kollege von Klöckner war direkt nach dem Erscheinen des Flugblattes der RHD in die Rote Hilfe eingetreten.

Das sind große Erfolge im bisherigen Kampf für die Wiedereinstellung von Michael. So konnte auch die Betriebszelle und das Arbeiterkomitee weitere Kontakte zu Kollegen im Betrieb knüpfen. Im Kampf gegen das Vorgehen des D„K"P-Betriebsrates, des IGM-Apparates und der Klöckner-Kapitalisten wird der Kampf weitergeführt und die Solidarität erhöht. Die D„K"P hat sich hier für viele Kollegen offensichtlich als Verräter gezeigt und insbesondere die Parteizelle wird die D„K"P noch schärfer als Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, als Feinde jedes revolutionären Zusammenschlusses der Kollegen und der Revolution entlarven, die Partei im Betrieb weiter verankern und den Aufbau der RGO durch Unterstützung des Arbeiterkomitees weiter vorantreiben.

1975: Über 230000 Arbeitslosen wurde Unterstützung gesperrt

239400 Arbeitslosen wurde im letzten Jahr die Unterstützung gesperrt. Die Zahl ist damit gegenüber 1974 um 64,9% gestiegen. In unverschämter Weise wird der Eindruck erweckt, die Arbeitslosen hätten selber Schuld daran, sie seien arbeitsunwillig, sie seien zu anspruchsvoll. So wurde in 44200 Fällen die Sperrfrist wegen „ungerechtfertigter Ablehnung einer zumutbaren Arbeit" verhängt. Diese Zahl hat sich sogar um 101% gegenüber 1974 gesteigert.

Das sind unverschämte Verleumdungen und Angriffe auf die Arbeitslosen. Jeder, der einmal auf dem Arbeitsamt gewesen ist, weiß, daß die Kollegen in Schlangen anstehen, in der Hoffnung, eine Arbeitsstelle zu bekommen.

Die Ursache für die steigenden Sperrfristen liegt einerseits in der Zunahme der Arbeitslosigkeit und andererseits in der verschärften Ausplünderung und Unterdrükkung der Arbeitslosen durch die Arbeitsämter. Gerade im letzten Jahr sind die Bestimmungen über die „Zumutbarkeit der Arbeit" verschärft worden. So kann man nicht mehr 2 Stellen oder eine Arbeit ablehnen, die einem nicht zusagt, oder die zu weit entfernt vom Wohnort liegt. Auch wenn einem nur ein Hungerlohn gezahlt wird und die Arbeitsbedingungen unmenschlich sind, so ist man gezwungen, die Arbeit zu nehmen, anderenfalls erhält man 4 Wochen kein Geld mehr.

Eine junge Schneiderin aus Dortmund erhielt z. B. eine Arbeit in Köln nachgewiesen. Was sollte sie machen? Entweder sie zieht nach Köln um, was aber nicht nur mit finanziellen Problemen verbunden war, denn ihr Verlobter arbeitete in Dortmund, oder sie nimmt die Sperrzeit in Kauf. Sie hat die Arbeit abgelehnt und prompt wurde sie als arbeitsunwillig eingestuft und das Arbeitslosengeld wurde gesperrt.

Auch bei den übrigen 195200 Fällen wird so getan, als trügen die Kollegen die Schuld an den zunehmenden Sperrfristen. Es heißt, die Sperrfristen seien wegen eigener Kündigung oder wegen „vorsätzlicher" oder „grob fahrlässiger, selbst herbeigeführter Arbeitslosigkeit" verhängt worden.

Tatsächlich ist es aber so, daß einmal die Bundesanstalt für Arbeit durch die verschärften Bestimmungen und das unverschämte Vorgehen die Arbeitslosen ausplündert, und vor allem sind das reine Erpressungsmanöver gegen die Arbeitslosen, um sie gefügig zu machen, damit sie auch für den geringsten Lohn die dreckigste Arbeit machen und den Kapitalisten als Reservearmee und als Druckmittel gegen die Kollegen im Betrieb zur Verfügung stehen, um noch mehr Profite aus ihnen herauszuschinden.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Hoesch-Phönix

Kollegen geben IGM-Funktionär eine Abfuhr

Wir haben schon im ROTEN MORGEN berichtet, daß die Kollegin Hella S. bei Hoesch Phönix in Dortmund nach einer unentschieden ausgegangenen Abstimmung bei den Vertrauensleutewahlen kurzerhand vom Gewerkschaftsapparat mit Gewerkschaftsausschluß bedroht wurde, die fällige Stichwahl abgeblasen und ihre Gegenkandidatin zur Vertrauensfrau erklärt wurde. Dieses Vorgehen hat bei den Kollegen Empörung hervorgerufen, die der Gewerkschaftsapparat auch auf den Belegschaftsversammlungen zu spüren bekam, die kurz darauf abgehalten wurden. Die „Stählerne Faust", Betriebszeitung der KPD/ML bei Hoesch, berichtet:

STÄHLERNE FAUST

Betriebszeitung der KPD/ML für die Hoesch-Betriebe

„Anschließend wollte Hellemeier (Vertreter der Nebenstelle Hörde der IGM — RM) die gewählten Vertrauensleute einschließlich der Gegenkandidatin von Hella S. von den Kollegen bestätigen lassen. Dagegen setzte die Kollegin Hella S. durch, daß sie zu ihrer Wahl und zum Gewerkschaftsausschluß Stellung nehmen konnte. ... An einem Beispiel zeigte sie den Unterschied zwischen einem Interessenvertreter des Gewerkschaftsapparates und einem kommunistischen Vertrauensmann auf: die Maschinisten des Blechwalzwerks sollen zum Betrieb gehören und nicht mehr zur Abteilung MEr. Der Betrieb verspricht sich davon eine Einsparung von 100000 DM. Betriebsrat Langenbach — ein typischer Interessenvertreter des IGM-Apparates — hatte hierzu erklärt, er wäre dafür, wenn wirklich 100000 DM eingespart würden. **Auf Kosten der Kollegen natürlich...** Zum Schluß forderte Hella die Durchführung der Stichwahl bei den Kranführerinnen und forderte die Kollegen auf, die Einsetzung ihrer Gegenkandidatin nicht zu bestätigen.

Hellermeier, vorher schon siegesbewußt, wurde immer unsicherer und wütender. Zweimal hatte er schon versucht, Hella zu unterbrechen, die Kollegen protestierten aber dagegen. Jetzt forderte er schnell die Bestätigung aller Vertrauensleute. Das klappte nicht. **Es meldeten sich weniger als 10 Kollegen (von ungefähr 150 — RM). Erst beim zweiten Mal meldete sich etwa die Hälfte der Kollegen zögernd, wovon viele sicher der Wahl im Ganzen, nicht aber der Wahl in Hellas Abteilung zustimmen wollten.** So wurde den Herren vom Gewerkschaftsapparat ein Strich durch die Rechnung gemacht. Hellermeier sagte zwar, damit sind alle Vertrauensleute bestätigt, aber er wußte genau, daß die Kollegen solchen Unterdrückungsmaßnahmen nicht zustimmen.

Schon vor der Versammlung und erst recht danach hat der Gewerkschaftsapparat massiv versucht, Stimmung gegen Hella zu machen. Es wurde versucht, Hellas Gewerkschaftsausschluß im Betrieb zu rechtfertigen, darüber hinaus wurde sogar versucht, Unterschriften für Hellas Rausschmiß aus dem Betrieb zu sammeln, allerdings ohne Erfolg bei den Kollegen. Im Gegenteil. Die Kollegen haben solche Versuche empört von sich gewiesen. Deshalb versuchen Betriebsräte und einige Vertrauensleute jetzt, Stimmung für die 100%ige Organisierung der Kollegen in der IGM zu machen. (...) Das Ziel der Gewerkschaftsfunktionäre ist, durch solche Manöver den Rausschmiß von Hella S. und Sturmi S. (einem anderen revolutionären Kollegen — RM) als „Wunsch der Belegschaft" hinzustellen. Aber die Kollegen lassen sich nicht für solche faschistischen Maßnahmen mißbrauchen. „Das ist ja eine Zwangsgewerkschaft wie bei Hitler", sagen viele. Das bedeutet Arbeitsverbot für Kommunisten und alle, die entschlossen gegen die Kapitalisten kämpfen.

Chemietarifrunde

Die Manöver des IG-Chemie-Apparates

In Westberlin werden Ende April die Tarifverträge in der Chemieindustrie gekündigt. „Das Rote Rührwerk", die Betriebszeitung der Zelle Schering der KPD/ML veröffentlichte aus diesem Anlaß in einer ihrer letzten Ausgaben einen Artikel, in dem die Manöver des IG-Chemieapparates, mit denen er von vornherein für die Durchsetzung eines Lohnraubabschlusses sorgen will, enthüllt werden. Es heißt darin unter anderem:

DAS ROTE RÜHRWERK

ZEITUNG DER ZELLE SCHERING DER KPD / MARXISTEN-LENINISTEN

„Um die Verhandlungen noch besser unter ihre Kontrolle zu bekommen, haben die Gewerkschaftsführer eine neue Schlichtungsvereinbarung mit den Kapitalisten getroffen. Diese besagt, daß beim Scheitern von betrieblichen oder regionalen Verhandlungen sich sofort die „Spitzen der Tarifpartner" zur Schlichtung zusammensetzen und mit einfacher Mehrheit über den Lohnraub beschließen. Damit beschließt der Hauptvorstand der Gewerkschaft praktisch alle Tarifverhandlungen. Das dient einmal dazu, alle Widersprüche mehr unter Kontrolle zu bekommen, andererseits wird den örtlichen oder betrieblichen Tarifkommissionen damit jede Verantwortung genommen, was natürlich in deren Interesse ist. Zu der berechtigten Empörung der Kollegen können sie jetzt sagen, es tut uns ja auch leid, aber wir konnten ja nichts dagegen machen.

Mit allen Mitteln versucht der Gewerkschaftsapparat die Faschisierung des gesamten Apparates voranzutreiben. Besonders tut sich bei uns im Betrieb H. Kolitsch, dieser üble Kapitalistenknecht und Agent des Verfassungsschutzes hervor. Drohte er schon jedem Kollegen bei der Betriebsratswahl im letzten Jahr bei Unterstützung der oppositionellen Liste mit Gewerkschaftsausschluß, so hat er sich auf der letzten Delegiertenhauptversammlung wieder hervorgetan. Er brachte mit einem üblen Trick eine Entschließung gegen den „Radikalenerlaß" zu Fall, die mit knapper Mehrheit angenommen worden war. Weiterhin versuchte die Gewerkschaftsführung auf der Delegiertenversammlung eine Satzungsänderung durchzupeitschen, nach der es verboten sein sollte „herabwürdigende Kritik" an Mitgliedern in der Öffentlichkeit (z. B. auf Betriebsversammlungen) zu üben. Dieser Antrag, der vom Angestelltenausschuß kam, wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Im Vertrauensleutekörper wurden am letzten Mittwoch die „richtigen Forderungen" für die Kollegen diskutiert. Zur Debatte stand eine Forderung entweder zwischen 100 und 150 DM oder eine zwischen 150 und 200 DM. Entschieden wurde sich — wenn auch gegen den Widerstand von einigen Kollegen — für die Forderung zwischen 100 und 150 DM. Auch der Vertrauensleutekörper ist also bereit, einem Lohnraubabschluß zuzustimmen, was allerdings nicht verwundern sollte. Denn, Kollegen, der Vertrauensleutekörper ist ebenso wie alle anderen Gremien ein Instrument des Gewerkschaftsapparates, mit dessen Hilfe die Kollegen unterdrückt und irregeleitet werden sollen. Sollte sich im Vertrauensleutekörper wirklich einmal eine klassenkämpferische Haltung durchsetzen, so werden die Bonzen sofort zum Ausschlußterror greifen, wie sie es schon so oft gemacht haben."

Revisionistisches

OHNE POSTEN KEINE PRÄMIE

Ein Verwandter aus der DDR erzählte mir neulich eine Begebenheit aus dem Betrieb seines Freundes.

Einmal im Jahr findet dort groß aufgemacht eine Prämienverteilung statt. Zur Verfügung gestellt wurden 600.— für den Kollegen, der die besten Beiträge „zum Aufbau des Sozialismus" erbracht hat. Da sich die Kollegen nicht für einen einzigen Kollegen entscheiden konnten, schlugen sie einen hohen Angestellten, einen kleinen Angestellten und einen Arbeiter vor.

Kurze Zeit darauf kam nun dieser große „Tag" und siehe da, der hohe Angestellte bekam die gesamten 600,— und die anderen nichts.

Der Freund meines Verwandten ist dann gleich rein zum Parteifunktionär und hat auf die Pauke gehauen und wollte sofort eine Anwort haben. Die bekam er dann auch. Sie lautete: „Mein lieber Peter, du bist doch Radsporttrainer . . . und möchtest es doch auch gerne bleiben . . . also halte dich aus Sachen raus, die dich nichts angehen."

Ein typisches Beispiel für die Korruption und Erpressung in der DDR.

TAUSENDFACHE KORRUPTION

Die sowjetrevisionistische Presse selbst muß zugeben, daß der Amtsmißbrauch, um sich Profite zu sichern, eine weitverbreitete Erscheinung geworden ist. Allein in Georgien gab es 1974 9600 solche Fälle. In Aserbaidschan — schreibt die sowjetrevisionistische Zeitung „Prawda" — gab es Fälle, in denen Menschen auf verantwortlichen Posten Personen, die sich mit verschiedenen finsteren Geschäften befassen, zu leitenden Posten in den örtlichen Industriebetrieben verhalfen. Diese Tatsachen von Korruption und Entartung der bürokratischen Apparate des sowjetrevisionistischen Staates sind keine Zufallserscheinungen, sondern eine unvermeidliche Folge der Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion.

STÄNDIGE FLUKTUATION IN DER CSSR

Neben den zahlreichen für ein kapitalistisches System typischen Erscheinungen wie Stagnation, Arbeitslosigkeit, fehlende Stabilität usw. erweitert sich in der Tschechoslowakei auch die Fluktuation der Arbeitskraft.

Wie die revisionistische Zeitung „Rude Pravo" schreibt, haben in der Zeitspanne 1960—1970 45,9% der Arbeiter mehrmals den Beruf gewechselt. Gezwungen, die steigende Fluktuation zuzugeben, schrieb das revisionistische tschechoslowakische Blättchen, daß auch 1975 die Fluktuation einen von drei Arbeitern bis zum Alter von 25 Jahren erfaßte, einen von elf Arbeitern im Alter von 25—45 jahren und einen von 13 Arbeitern im Alter von über 45 Jahren.

Die Ursachen für die Fluktuation erklärt das Sprachrohr der Prager Revisionistenclique mit der unzureichenden Qualifikation der jungen Arbeiter für ihren künftigen Beruf oder mit der unzureichenden Sorgfalt der Betriebe für die Qualifizierung der Arbeiter.

Gleichzeitig bestätigt die Zeitung, daß die Zahl der ausgebildeten Arbeiter, die nicht in ihrem Fach arbeiten, in der Metallindustrie 30% erreicht, in der Baustoffindustrie etwa 40%, in der Nahrungsmittelindustrie bis zu 58% und in der Konsumgüterproduktion 40%. Dieser Arbeitsplatzwechsel geschieht häufig nicht sofort. Die Arbeiter ziehen in vielen Fällen wochen- und monatelang arbeitslos von einem Ort zum anderen, um die gewünschte Arbeit zu finden.

Die wachsende Fluktuation ist ebenso wie viele andere typisch kapitalistische Erscheinungen, die immer stärker in der Tschechoslowakei auftreten, Folge der reaktionären, volksfeindlichen Politik der Husak-Clique, die die Wirtschaft auf die Geleise des Kapitalismus gebracht hat.

Straßenkampfausbildung der Bundeswehr

Bürgerkriegsarmee gegen das Volk

Die Bundeswehr ist nicht nur eine bestens ausgerüstete und bewaffnete imperialistische Armee für den Überfall auf andere Völker und Nationen, sie ist gleichzeitig auch eine Bürgerkriegsarmee gegen das Volk. Eine Armee der herrschenden Klasse der Kapitalisten für die Niederhaltung der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten, zum Kampf gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen.

Es ist deshalb auch kein Zufall, daß die Soldaten der Bundeswehr systematisch auf den Einsatz gegen ihre Klassenbrüder vorbereitet werden. So gibt es innerhalb der Bundeswehr Spezialeinheiten wie die Jägerkompanien und bestimmte Panzergrenadiereinheiten, die speziell im Häuser- und Straßenkampf, im sogenannten Objektschutz, in der Räumung besetzter Fabriken und im Kampf gegen, wie es heißt „bewaffnete Banden" ausgebildet werden. Zuständig für eine solche Ausbildung ist z. B. die Kampftruppenschule 1 und es gibt eigens Übungsdörfer, damit der Kampf gegen die werktätige Bevölkerung, die Erstürmung und Eroberung der Häuser usw. möglichst „realistisch" geprobt werden kann. Mit dem Beginn dieses Jahres ist nun die Häuser- und Einzelkampfausbildung in der Bundeswehr bedeutend erweitert worden. Was bisher nur für einen Teil der Einheiten obligatorisch war, soll nun für alle Infanteriebataillone gelten: eine Woche lang Ausbildung im „Orts- und Waldkampf"

Wie es dabei zugeht, beschreibt ein Propagandabericht in der Zeitschrift „Heer" über die Kampfausbildung in dem Übungsdorf „Bonnland": „Die erste Sturmgruppe springt durch die Gasse in das Haus. Handgranatendetonationen, Schüsse aus den Maschinenpistolen. . . . das Erdgeschoß gesäubert. Der Feind ist niedergekämpft." Natürlich schweigt sich dieses Blättchen darüber aus, wer hier der „Feind" ist, wem die Handgranaten und Maschinenpistolensalven gelten. Dies geht dafür um so deutlicher aus den Berichten der Soldaten, die an solchen Übungen teilgenommen haben, hervor:

Bei einem Manöver erhielten Soldaten in Aurich/Ostfriesland folgenden Auftrag: „Die VW-Werke streiken. Der Werkschutz und die Polizei sind nicht mehr Herr der Lage, die Fernmeldekompanie muß die Sicherung des Werkes übernehmen." Bei einer 36-stündigen Übung zur „inneren Sicherheit" schilderte der Bataillonskommandeur den Soldaten das Ziel der Übung so: „Kommunistische Gruppen befinden sich im Raum Bad-Hersfeld. Der Kampfauftrag ist: die subversiven Kräfte aufzuspüren, anzugreifen und auszumerzen."

Noch deutlicher ist der folgende Bericht über die Notstandsübung des Raketenbataillons 22 bei Treysa im November 73. Ausgangspunkt des Manövers ist eine revolutionäre Situation, in der sich die Arbeiterklasse, geführt von ihrer kommunistischen Partei im bewaffneten Aufstand erhoben hat, um die kapitalistische Ausbeuterordnung zu beseitigen und den Sozialismus zu errichten. In der Anweisung zum Manöver heißt es unter anderem: „Arbeiter in Süddeutschland haben ein Rotland errichtet. Die Bundeswehr hat den Auftrag, den Aufstand niederzuschlagen. Da die Aufständischen Bundeswehruniformen tragen, ist die Bevölkerung feindselig gegen alle Soldaten eingestellt. Deshalb ist sie als Feind zu behandeln." Und dann weiter: „In Kassel haben offensichtlich organisierte Arbeitergruppen die Arbeit niedergelegt und hindern die Arbeitskollegen an der Fortführung der Arbeit. Weder der Firmenleitung noch den Gewerkschaften (!) gelingt es, die Wiederaufnahme der Produktion durchzusetzen. Die Regierung von Rotland drohte heute morgen in einer nach Blauland ausgestrahlten Rundfunksendung, sie werde der unterdrückten Bevölkerung von Blauland notfalls mit Waffengewalt zu Hilfe kommen."

Diese wenigen Beispiele zeigen die reaktionäre, gegen das Volk gerichtete Rolle der Bundeswehr ganz klar. Die Bundeswehr ist eine imperialistische Armee, die Schutztruppe des Kapitals, Hauptstütze der kapitalistischen Ausbeuterordnung und Hauptpfeiler des kapitalistischen Staates, Garant der Herrschaft einer Handvoll von Finanzkapitalisten über die breiten werktätigen Volksmassen. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß, als 1955 unter der Leitung der amerikanischen Imperialisten mit dem Aufbau der Bundeswehr begonnen wurde, die faschistischen Offiziere der Hitlerarmee, wie z. B. die Generale Speidel und Heusinger und viele andere, auch das Rückgrat der neuen Armee, der Bundeswehr, bildeten. Für die Abs, Flick und Thyssen waren die Erfahrungen dieser Generale von unschätzbarem Wert, schließlich wußten sie ja ganz genau, daß die Redereien über die „innere Führung" und die Verpflichtung der Bundeswehr auf den „Schutz der Freiheit und Demokratie" nur Propagandaparolen waren, um das Volk über den wahren Charakter der Bundeswehr zu täuschen. Für jeden einfachen Soldaten zeigt sich doch schon vom ersten Tag in der Bundeswehr an, daß es nicht „Freiheit und Demokratie" heißt, sondern Drill und Schikane, entwürdigende Behandlung und Unterdrückung. Als imperialistische Armee kann die Bundeswehr, die ja die Interessen einer Handvoll Ausbeuter gegen das Volk vertritt, ohne Drill, Schikane und Unterdrückung für die einfachen Soldaten nicht auskommen.

Gerade das aber versuchen die modernen Revisionisten der D„K"P und ihrer Jugendorganisation SDAJ den jungen Rekruten und darüberhinaus der ganzen Jugend weiszumachen. Ihnen zufolge soll es angeblich möglich sein, die Bundeswehr zu einer „demokratischen" Armee zu machen, soll es angeblich möglich sein, durchzusetzen, daß der Einsatz der Armee gegen das Volk, ebenso wie Drill, Schikane und politische Unterdrückung abgeschafft werden. Aber eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß die Imperialisten ihre Armee, die Hauptstütze ihrer Herrschaft aus der Hand geben würden. Nicht umsonst wird jeder Widerstand der Soldaten in der Armee, jeder Postest streng bestraft. Es ist den Soldaten sogar verboten, gemeinschafliche Beschwerden zu verfassen. Und das Grundgesetz, auf dessen Boden sich die modernen Revisionisten der D„K"P ausdrücklich stellen, sieht nach seiner Ergänzung durch die Notstandsgesetze 1968, denn auch als Auftrag der Bundeswehr eindeutig vor: „Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung kann die Bundesregierung, wenn die Polizeikräfte und der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen." Kein Zweifel, daß die westdeutschen Imperialisten alle Anstrengungen unternehmen werden, eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse und der Werktätigen, im „Ernstfall" im Blut zu erstikken, so wie die deutschen Imperialisten schon mehrmals in der deutschen Geschichte revolutionäre Aufstände niedergeschlagen haben.

Jede Illusion über den reaktionären volksfeindlichen Charakter der Bundeswehr ist deshalb gefährlich. Wer die Illusionen, wie die modernen Revisionisten, vorsätzlich verbreitet, um die Arbeiterklasse zu täuschen und zu entwaffnen, ist ein Verbrecher.

Die Bundeswehr kann nicht „verbessert", „reformiert" oder sogar in den „Dienst des Volkes" gestellt werden. Das zeigen nicht zuletzt die Bürgerkriegsmanöver. Sie kann als Hauptstütze der imperialistischen Herrschaft nur in der gewaltsamen Revolution zerschlagen werden.

Nordirland: Eine imperialistische Armee im Einsatz gegen das Volk



Die Armenviertel der nordirischen Städte sind schon seit langem Schauplatz des Terrors der britischen Besatzertruppen gegen den Befreiungskampf der nordirischen werktätigen Massen. Was die Bundeswehr bis jetzt noch übt, das ist für die Armee der britischen Imperialisten bereits der „Ernstfall". Wie gut die Zusammenarbeit dabei zwischen den westdeutschen und britischen Imperialisten ist, zeigt sich nicht nur daran, daß britische Elitetruppen auf westdeutschen Truppenübungsplätzen wie z. B. in Bergenhohnd in solchen Übungsdörfern wie „Bonnland" den Straßen- und Häuserkampf trainieren, sondern auch daran, daß der Leiter der Polizeischule Hiltrup vor kurzem nach Nordirland gereist ist, um „aus der dortigen Erfahrung zu lernen." In Nordirland zeigt sich aber auch, daß das Volk stärker ist als die imperialistische Armee, die für eine ungerechte Sache kämpft und in deren Reihen es immer häufiger zu Demoralisierung und Zersetzungserscheinungen kommt.

Vom Aufbau des Sozialismus

IM ALTER EIN NEUES LEBEN BEGINNEN

Es ist im Kapitalismus normal, Angst vor dem Alter zu haben. Nicht umsonst heißt es bei uns, zum „alten Eisen" zu gehören. Denn alte Menschen, die nicht mehr arbeiten können, leben oft einsam und in Armut, man traut ihnen nichts mehr zu, behandelt sie geringschätzig und oft von oben herab. Für die kapitalistische Gesellschaft sind alte Menschen nur eine Last und das bekommen sie zu spüren. Nicht umsonst begehen gerade alte Menschen sehr oft Selbstmord.

Ganz anders ist die Lage der alten Menschen im Sozialismus, zum Beispiel in der Volksrepublik China. Nehmen wir zum Beispiel Guo Hsiang-dschen. Guo Hsiang-dschen wird bald 74 Jahre alt. Ihr Leben zeigt, wie in China durch die Befreiung und den sozialistischen Aufbau das Volk aus dem Elend gerissen wurde und ein neues Leben führt.

Guo Hsiang-dschen stammt aus der Provinz Schandung. Ihr Vater und ihr Bruder mußten bei einem Gutsbesitzer arbeiten, aber die Familie hatte trotzdem 30 Tage im Monat nicht genug zu essen. Als Kind grub sie Wurzeln aus, um überhaupt etwas in den Magen zu bekommen. Ihre kleine Schwester verhungerte. Mit 16 Jahren wurde sie verheiratet, von ihren 10 Kindern starben 6 an Hunger und Kälte.

Durch die Befreiung brachte ihr die kommunistische Partei mit Vorsitzendem Mao an der Spitze ein neues Leben. Sie bekam eine Wohnung und Arbeit. Es war das größte Glück für sie, endlich Arbeit zu haben.

Heute wohnt sie bei der Familie ihres ältesten Sohnes. Früher konnte sie weder lesen noch schreiben und sich auch nicht unterhalten, denn sie hatte keinerlei Bildung. Heute hat sie lesen und schreiben gelernt. Jeden Samstag und Sonntag nimmt sie an einer Studiergruppe teil, die die alten Leute im Einwohnerkomitee selbst gegründet haben. Dort lesen sie gemeinsam die Zeitung, diskutieren und studieren den Marxismus-Leninismus.

Auch am Radio verfolgt sie genau die politischen Ereignisse und nimmt rege daran Anteil. In der Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius hat sie selbst viele Beispiele erzählen können, wie die konfuzianischen Ideen sie unterdrückt haben, wie sie verheiratet wurde, ihre Füße eingeschnürt wurden. Auch daß sie sich nie traute, etwas zu sagen.

Heute ist sie wirklich befreit und hilft trotz ihres Alters noch beim Aufbau des Sozialismus. Den anderen Familien kauft sie Gemüse ein, für die Enkel kocht sie und jeden Tag beaufsichtigt sie acht Kinder bei den Schulaufgaben. Viele Nachbarkinder kommen zu ihr, helfen den Ofen anzumachen und fragen sie. Dann muß sie ihnen von ihrem bitteren Leben vor der Befreiung und dem Glück heute erzählen.

5 NEUE KUNSTZEITSCHRIFTEN

Bis Ende März werden in der VR China 5 neue Kunstzeitschriften erscheinen: „Volksdrama", „Volksfilm", „Volksmusik", „Tanz" und „Bildende Kunst". Diese Zeitschriften sollen der Förderung des sozialistischen Kunstschaffens und der Belebung der Literaturkritik dienen. Die ersten Nummern dieser Zeitschriften enthalten die beiden Gedichte Mao Tsetungs. Es erscheinen Artikel von Arbeitern, Bauern und Soldaten sowie Literatur- und Kunstschaffenden zur Kritik des auf die Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Windes von rechts, der von dem besserungsunwilligen Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg im Bereich der Literatur und Kunst entfacht wurde. Außerdem enthalten diese Zeitschriften Artikel über Erfahrungen, die beim Schaffen und Lernen von Musterstücken der modernen revolutionären Bühnenkunst gewonnen wurden und Kommentare dazu.

GRF-Führer spalten Aktionseinheit zum 1.Mai

Am 15. April mußten die zentralen Verhandlungen über eine Aktionseinheit von KPD/ML und GRF (KPD) zum 1. Mai ergebnislos abgebrochen werden. Geht es nach dem Willen der GRF (KPD)-Führung, wird es am 1. Mai keine gemeinsame revolutionäre 1. Mai-Demonstration geben. Der Grund: Die Teilnahme am konterrevolutionären Regierungsmai des DGB erscheint dem Ständigen Ausschuß des Polit-Büros des ZK der GRF (KPD) wichtiger als starke, kämpferische Rote 1. Mai-Demonstrationen.

In der „Gemeinsamen Erklärung" der KPD/ML und der GRF zum 1. Mai 76 (RM 16/76) heißt es: *„Die KPD/ML und die KPD stellen den reaktionären Maikundgebungen des DGB den Roten 1. Mai, den Phrasen von Sozialpartnerschaft und der Propagierung der Klassenversöhnung und der Unterstützung der imperialistischen Regierungspolitik die revolutionären Kampfaktionen des Proletariats entgegen, das für seine Tagesforderungen und für den revolutionären Sturz der Ausbeuterordnung überhaupt demonstriert.* " Dies sind jedoch offenbar, was die Führung der GRF (KPD) angeht, nur leere Worte gewesen. In Wirklichkeit beabsichtigen sie keineswegs, dem konterrevolutionären Regierungsmai den Roten 1. Mai *entgegenzustellen,* sondern die revolutionären Mai-Demonstrationen zu bloßen bedeutungslosen Anhängseln der DGB-Aktionen zu degradieren.

Dies fand seinen Ausdruck darin, daß die GRF (KPD)-Führung Zeitpunkt und Durchführung der 1. Mai-Demonstrationen — ähnlich wie der KBW — vollkommen von den Feierstunden des DGB und der Regierung abhängig machte und der Partei auf dieser Grundlage völlig unannehmbare Bedingungen stellte. So sollte beispielsweise die gemeinsame Rote 1. Mai-Demonstration in Hamburg um 13.00 Uhr in der — zu diesem Zeitpunkt menschenleeren — Innenstadt abgehalten werden, was etwa den Wert einer Demonstration in der Lüneburger Heide oder im Bayrischen Wald gehabt hätte. So wie in Hamburg, forderte die GRF (KPD) in nahezu jeder Stadt, die 1. Mai-Demonstrationen an Terminen durchzuführen, die sie zur praktischen Bedeutungslosigkeit verurteilt hätten. Zur Durchsetzung dieser Bedingungen gingen Mitglieder des ZK der GRF (KPD) zudem mit unehrlichen Methoden, ja sogar Lügen vor, indem sie Genossen der Partei vorspiegelten, solche Bedingungen seien im Einklang mit den getroffenen Abmachungen und nach dem Willen des Zentralkomitees der KPD/ML.

Die Partei hat es abgelehnt, diese Forderungen der GRF (KPD) zu akzeptieren. Hierbei handelt es sich nicht um die Frage von „ein oder zwei läppischen Stunden", wie es der „Ständige Ausschuß" der GRF (KPD) jetzt gerne darstellen möchte. Vielmehr geht es darum, daß die GRF (KPD)-Führung die Teilnehmer der reaktionären, imperialistischen DGB-Feiern schlichtweg für die klassenbewußtesten Arbeiter hält, die am 1. Mai beim DGB und der Regierung alleinzulassen „unverantwortlich" und „sektiererisch" sei. Bislang ist jedoch die GRF (KPD) ebenso wie der KBW den Beweis schuldig geblieben, warum die allenfalls 0,5% der 7,5 Mio. DGB-Mitglieder, die am 1. Mai den Phrasen von Sozialpartnerschaft und der Propagierung der Klassenversöhnung und der „Einheit" der Arbeiterklasse mit seinen Ausbeutern und Unterdrückern zuhören und dafür demonstrieren, die klassenbewußtesten Arbeiter sind, zu denen dagegen offenbar die wirklich klassenkämpferischen und revolutionären Kollegen, die am 1. Mai unter den Roten Fahnen des proletarischen Klassenkampfes demonstrieren, nicht gerechnet werden.

Ebensowenig können sie leugnen, daß ihre „oppositionellen Blocks", ob sie wollen oder nicht, gerade dazu dienen, den DGB-Demonstrationen ein wenig „klassenkämpferischen" Glanz zu verleihen und sie so, mit ein paar roten Fahnen und revolutionären Losungen aufpoliert, auch für die Massen der Arbeiterklasse, die ihnen — zum Teil aus gutem Grund — fernbleiben, wieder annehmbar zu machen. Ob absichtlich oder nicht, stiftet dieses Vorgehen Verwirrung gerade unter den fortschrittlichen Kollegen. Es ist zweifellos nicht verkehrt, gegen die DGB-Aktionen an Ort und Stelle revolutionäre Agitation und Propaganda zu machen. Das hat die Partei stets getan und wird es weiterhin tun. Der entscheidende Schlag jedoch gegen den Regierungsmai, seine beste Entlarvung vor dem klassenbewußten Proletariat ist und bleibt die Durchführung starker revolutionärer Mai-Demonstrationen, die man dem entgegenstellt.

Wie man es also auch dreht und wendet: Am 1. Mai stehen sich wie seit eh und je zwei Lager unversöhnlich gegenüber; das Lager der DGB-Bonzen, der imperialistischen Regierung und des Kapitals auf der einen, das Lager des revolutionären, klassenbewußten Proletariats und seiner Partei auf der anderen Seite. Man muß sich entscheiden, und die GRF Führung scheint auf der Entscheidung für das erstere Lager zu beharren. Nun müssen sie vor den Genossen der GRF (KPD) und allen revolutionären Arbeitern rechtfertigen, warum sie lieber, im Gefolge der Bonzen und Minister, unter schwarz-rot-goldenen Fahnen und unter den Klängen der Polizeiorchester, im Verein mit Arbeitsdirektoren und Betriebsratsbossen marschieren, als mit der KPD/ML revolutionäre 1.Mai-Demonstrationen durchzuführen. Noch ist es jedoch Zeit, umzukehren und die Entscheidung zu revidieren. Die KPD/ML würde eine solche selbstkritische Umkehr herzlich begrüßen und käme sie auch noch einen Tag vor dem 1. Mai. Wenn allerdings nicht — dann sollten sich alle Genossen und Sympathisanten der GRF (KPD) und ihrer Massenorganisationen überlegen, ob sie sich am 1. Mai nicht für das andere Lager entscheiden und an den Roten 1.Mai-Demonstrationen der KPD/ML teilnehmen.

Argentinien

Kampf des Volkes gegen die neue Militärdiktatur

Am 24. März 1976 fand in Argentinien ein reaktionärer Militärputsch statt. Dazu erreichte uns eine Pressemitteilung der Kommunistischen (marxistisch-leninistischen) Partei Argentiniens, die wir im folgenden leicht gekürzt abdrucken.

„Am 24. März wurde in unserem Land ein ultrareaktionärer Staatsstreich durchgeführt, vor dem unsere Partei schon seit langer Zeit gewarnt hatte. Mit diesem Staatsstreich haben die Oberkommandierenden der Armee, der Luftwaffe und der Marine gezeigt, was sie in Wirklichkeit sind: getreue Handlanger im Interesse der herrschenden Klassen, Henker des argentinischen Volkes.

Sie wollen sich jetzt mit der Verkommenheit der peronistischen Regierung für das, was sie getan haben, rechtfertigen. Aber das ist nur Wortgeklingel. Zweifellos war die peronistische Regierung durch und durch verkommen, aber das war es nicht, worüber sich die Militärkräfte sorgten. In Wirklichkeit waren sie beunruhigt über die großen Fortschritte im Kampf des Volkes.

Tatsächlich wollen sie dem argentinischen Volk eine Niederlage bereiten. Das ist ihr wahres Ziel, wie sich auch leicht beweisen läßt, wenn man sich ansieht, was sie tun und sagen.

Kaum hatten sie ihren Putsch durchgeführt, beeilten sich sich, Argentinien zu der ‚westlichen und christlichen Welt' zu zählen, zu versichern, daß sie alle Verträge mit ausländischen Gesellschaften und Unternehmen einhalten wollen und zu versprechen, daß sie alle Schulden an ausländische Gläubiger bezahlen wollen. Bereits in diesen ersten Maßnahmen zeigt sich ihre eindeutig antinationale Haltung.

Die Junta hat alle demokratischen Rechte, die die andere Regierung dem Volk noch beließ, aufgehoben, sie hat den Nationalkongreß (Parlament) geschlossen. Sie hat die politischen Aktivitäten der politischen Parteien untersagt und die Aktivitäten unserer Partei und anderer linksgerichteter politischer Kräfte verboten. Sie hat sich in die Allgemeine Arbeiterkonföderation (CGT) und andere Gewerkschaften eingeschaltet und das Streikrecht abgeschafft. Sie hat für alle Publikationen eine Vorzensur eingeführt und die Schriften der politischen Parteien verboten. Sie hat die Ausschreibung zu den Wahlen annulliert, die am 12. Dezember stattfinden sollten. Sie hat alle Strafen so verschärft, daß Menschen, die zum Streik aufrufen, mit einer 10jährigen Gefängnisstrafe rechnen müssen. Sie hat die Todesstrafe eingeführt, um zu zeigen, daß es ihr darauf ankommt, das Volk in Angst und Schrecken zu versetzen.

Unsere Partei hat in einem Manifest, das noch am Morgen des 24. März veröffentlicht wurde, festgestellt, daß die Junta all diese Maßnahmen ergriffen hat, um ‚der Verfolgung aller Argentinier, die für die Verteidigung des Landes und der Demokratie eintreten, freie Bahn zu geben, um jeden Arbeiter, der gegen die Ausbeutung rebelliert, zu unterdrücken, zu entlassen und einzukerkern.' In dem Manifest heißt es weiter: ‚Wenn wir den Charakter dieses Staatsstreiches feststellen wollen, dann brauchen wir nur einen Blick auf die jüngsten Taten derer zu werfen, die ihn durchgeführt haben. Es sind die gleichen Militärkräfte, die das ganze Land verwüstet haben, das Volk ausraubten und seine besten Söhne einsperrten, seine Frauen und Töchter vergewaltigten. Es sind die gleichen, die, ohne daß eine Todesstrafe existierte, vierzig einfache Bewohner von Monte Chingolo ermordeten. Es sind die gleichen, die maskiert Argentinier überfielen und sie entführten, so daß bis heute niemand etwas über ihren Verbleib weiß. Es sind die gleichen, die, nach den Worten von General Videla, erklärten, daß ‚in Argentinien alle notwendigen Leute sterben werden, damit die Ordnung aufrechterhalten wird'.

Dieser Staatsstreich war von den wichtigsten Gruppen der proimperialistischen Reaktion sorgfältig geplant...

In unserem Manifest vom 24. März sagten wir: ‚Die dunkelsten und verhaßtesten Reaktionäre haben für diesen Staatsstreich zusammengearbeitet. Sie sind es, die heute siegestrunken singen.'

Die ständige Militarisierung, die diesem Staatsstreich vorausging, wurde durch die reaktionäre Politik der peronistischen Regierung erleichtert. Sie hatte sich mit ihnen zu einem einheitlichen reaktionären Willen zusammengeschlossen und ihre Pläne unterstützt. Gleichzeitig unterdrückte sie unbarmherzig die Wünsche des Volkes nach nationaler Unabhängigkeit, Demokratie und nach einem besseren Leben...

Das Verhalten der argentinischen Revisionisten und ihrer Gefolgsleute erleichterte den Staatsstreich. Sie wurden es müde, die Demokratie und die verfassungsmäßigen Tugenden der hohen Streitkräfte zu preisen und riefen das Volk auf, keinen Widerstand zu leisten, als der Staatsstreich eine Tatsache war.

Das argentinische Volk hat vor dem Staatsstreich wichtige Streiks und Demonstrationen gegen die peronistische Regierung durchgeführt. In Buenos Aires, Cordeba, Rsario, Santa Fe und anderen Provinzen des Landes, forderte die Arbeiterklasse mit Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen den Rücktritt von Isabel Martinez und die sofortige Ausschreibung von Wahlen. Gleichzeitig nahm sie gegen einen Staatsstreich Stellung.

Nachdem der Staatsstreich durchgeführt war, brachen in Buenos Aires, Cordoba und anderen Städten Streiks aus. Aber der Verrat der peronistischen Führer der CGT, die offen kapitulierte und der Verrat der Revisionisten und kleinbürgerlicher Gruppen wie der ERP und der Monteneros, die behaupteten, daß man keinen Widerstand leisten dürfe, sabotierten den Streik und verhinderten, daß sich der Kampf ausweitete. Unsere Partei rief das Volk direkt am 24. März zum Widerstand auf und forderte es auf, den Streik fortzusetzen. In unserem Manifest sagten wir: ‚Dieser Streik muß den langen Kampf einleiten, den wir führen werden, um die Militärdiktatur zu stürzen und eine provisorische Regierung zu errichten, an der alle Kräfte beteiligt sind, die in Opposition stehen und allgemeine Wahlen im Land fordern.'

Ohne Zweifel erlebt das argentinische Volk schwere Zeiten. Die Militärdiktatur wird versuchen, die Arbeiterklasse niederzuwerfen und ihre Pläne durchzusetzen, das Land den fremden Monopolen auszuliefern und die Menschen dem Hunger und der Armut. Aber gleichzeitig ist die frühere und die gegenwärtige Erfahrung eine große Hilfe für das Volk. Es hat in sehr kurzer Zeit erkannt, daß sich die peronistische Regierung als Diener der Interessen der Großbourgeoisie entlarvt hat und erkennt jetzt aufs Neue die verräterische Politik der Revisionisten.

In dieser Lage wächst das Vertrauen der Massen in unsere Kommunistische (marxistisch-leninistische) Partei. Deshalb sehen wir der Zukunft optimistisch entgegen.

Davon ausgehend heißt es im Manifest vom 24. März abschließend:

‚Die Militärs scheinen stark zu sein. Aber sie sind in Wirklichkeit schwach. Mehrmals ist ihr Versuch fehlgeschlagen, das argentinische Volk zu unterjochen und er wird wieder fehlschlagen. Es ist das Volk, das stark ist, auch wenn es schwach erscheinen mag. Täglich wird der Feind schwächer. Der Widerstand der Massen erstarkt mehr und mehr. Die Feinde wollen das Streikrecht zerschlagen, sie wollen die Arbeiterklasse daran hindern, sich zusammenzuschließen, aber das Volk wird trotzdem streiken und sich trotzdem zusammenschließen. Es wird schließlich das verfassungsmäßige Recht auf den Widerstand mit dem Gewehr in der Hand wahrnehmen und unser Land verteidigen, die Machthaber stürzen und ein neues, demokratisches Argentinien aufbauen, das dem Volk gehört.'

Die Kommunistische (marxistisch-leninistische) Partei Argentiniens ruft alle Genossen, Freunde und Menschen der Welt auf, mit dem Kampf des argentinischen Volkes gegen die neue Militärdiktatur, die versucht, den Wunsch des argentinischen Volkes nach Freiheit auszulöschen, eine umfassende Solidarität zu üben.

Kommission für internationale Beziehungen beim Zentralkomitee der Kommunistischen (marxistisch-leninistischen) Partei Argentiniens"

BERICHTIGUNG

Im Text der „Gemeinsamen Erklärung des ZK der KPD und des ZK der KPD/ML zum Roten 1. Mai", die wir im ROTEN MORGEN Nr. 16/76 abdruckten, wurden durch einen Lay-out-Fehler zwei Überschriften vertauscht. Auf Seite 6, Spalte 4 muß es richtig heißen: Die KPD erklärt. Auf Seite 7, Spalte 1 muß es richtig heißen: Die KPD/ML erklärt. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

Portugal: Putschist Spinola entlarvt

Der Faschismus wird nicht durchkommen

Von dem Journalisten Günter Wallraff in die Falle gelockt, enthüllte der ehemalige portugiesische Staatspräsident General Spinola unfreiwillig vor aller Welt seine Pläne für einen faschistischen Putsch in Portugal. Schon jetzt operieren die faschistischen Banden MDLP und ELP, deren Chef Spinola ist, offen im Norden des Landes und auf den Inseln.

Ihre Mittel: Bombenanschläge, Überfälle auf Büros und Versammlungslokale vor allem der revolutionären Organisationen und Mord. **Auch die Bomben, die in Vila Real in der Region Trás-os-Montes den Wahlkandidaten der Volksdemokratischen Union (UDP) für die Wahlen am 25. April, Pater Maximinio und die Sympathisantin der UDP, Maria de Lurdes töteten, waren von diesen faschistischen Terrorbanden gelegt.**

Spinola ist ein Agent des amerikanischen Imperialismus und der reaktionären portugiesischen Bourgeoisie. Er selbst und die von ihm dirigierten faschistischen Banden werden vom CIA unterstützt. Der CIA-Agent Carlucci, Botschafter des US-Imperialismus in Portugal, traf sich erst vor kurzem in Porto mit stadtbekannten Repräsentanten der MDLP. Der Schwiegervater Spinolas ist der größte Kapitalist Portugals, Champalimaud. Und Spinola selbst hat schließlich Zeit seines Lebens auf der Seite des Faschismus und der Reaktion gestanden, ob im spanischen Bürgerkrieg auf Seiten Francos oder in Stalingrad auf der Seite der Hitlerarmee. Schon einmal, am 11. März vergangenen Jahres, starteten Spinola und seine Banden einen faschistischen Putschversuch, der aber schnell von den revolutionären Volksmassen unterdrückt wurde. Die Enthüllungen von Günter Wallraff zeigen auch, daß der Faschistengeneral Spinola direkte Verbindungen zu Strauß und der CSU unterhalten hat bzw. noch unterhält.

So ist es nicht verwunderlich, daß die modernen Revisionisten in ihren Zeitungen „UZ" und „Deutsche Volkszeitung" die Gelegenheit benutzen, um ihre Theorie vom Rechtskartell, von dem angeblich allein der Faschismus droht, an den Mann zu bringen. In Wirklichkeit ist das nur ein Ablenkungsmanöver. Nicht nur Strauß, sondern alle bürgerlichen Parteien der Bundesrepublik einschließlich der D„K"P unterstützen in Portugal die reaktionären, konterrevolutionären Kräfte. Als Vertreter des westdeutschen Imperialismus haben sie in der Vergangenheit ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um, wie sie sagen, die „Demokratie" in Portugal zu „retten", in Wirklichkeit aber, um die Unterdrückung und Ausbeutung des portugiesischen Volkes durch den Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze und die portugiesische Bourgeoisie zu verewigen. Es ist bezeichnend, daß im ganzen Bundestag Beifall aufbrauste, als Außenminister Genscher in einer Rede über die Lage in Europa hervorhob, daß sich alle bürgerlichen Parteien große Verdienste — im Kampf gegen die revolutionären und antiimperialistischen Kräfte und Bestrebungen des portugiesischen Volkes — erworben hätten. Es ist unsere Pflicht, **jede** Einmischung der westdeutschen Imperialisten in Portugal entschieden zu bekämpfen.

Mit ihrer Theorie von einer Strauß-Spinola-Verschwörung des Rechtskartells gegen die portugiesische Revolution, versuchen die modernen Revisionisten in Wirklichkeit dem Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus die Spitze zu nehmen. Die gesamte westdeutsche Monopolbourgeoisie und alle ihre Parteien, zu denen auch die CSU des Reaktionärs Strauß gehört, sind Feinde des portugiesischen Volkes.

Auch in Portugal selbst sabotieren die modernen Revisionisten den Kampf gegen die drohende Gefahr eines faschistischen Putsches. **Während der ganze Staatsapparat, die Armee, die Polizei, die Verwaltung usw. von Faschisten durchsetzt ist, während die Regierung einen PIDE-Folterknecht Salazars nach dem anderen freiläßt, gibt Cunhal Ehrenerklärungen für die reaktionären Generäle Eanes und da Silva ab, die beide mit Spinola unter einer Decke stecken.** Der Faschismus ist nicht in erster Linie ein Problem der Terrorbanden, sondern seine Wurzel ist die Bourgeoisie selbst und ihr Staat mit der Armee als Hauptwaffe gegen das Volk. Die modernen Revisionisten vertuschen das, weil sie Feinde der Revolution, Agenten der Bourgeoisie sind, das Volk entwaffnen und dem Faschismus den Weg bereiten. Was für ein Verbrechen diese Politik der modernen Revisionisten ist, zeigt das Beispiel Chile.

Der einzige Weg, um den Faschismus niederzuschlagen und die Freiheit und Unabhängigkeit zu erkämpfen, ist in Portugal der Kampf für die volksdemokratische Revolution. Diesen Weg geht die PCP (R), die revolutionäre Partei des portugiesischen Volkes.

Bereits jetzt wächst angesichts der faschistischen Verbrechen die Empörung und der Zorn der Volksmassen. In Vila Real, in der ganzen Provinz Trás-os-Montes gingen nach dem Mord an den beiden Genossen der UDP Tausende auf die Straße und zeigten ihre Entschlossenheit, den Faschismus niederzuschlagen.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Polizeiterror auf dem Fußballplatz

Heute waren wir in Wattenscheid beim Spiel der 2. Bundesliga Wattenscheid 09 gegen Borussia Dortmund.

Während des Spiels traten Wattenscheider „Sportler" den Dortmunder Torwart unfairerweise zusammen. Die zahlreichen Borussia-Anhänger waren über diese Unsportlichkeit äußerst wütend. In der Nähe unseres Stehplatzes warfen die Zuschauer Papierschnitzel und Dosen auf das Spielfeld. Ordner, die sich wegen ihrer Hunde „stark fühlten", beschimpften die Zuschauer und bespuckten sie.

Die Polizei zog dann an dieser Stelle ca. 20 Mann zusammen. Sie provozierte die Zuschauer dadurch, daß sie die dem Zaun am nächsten stehenden Jugendlichen an der Kleidung zerrte. Daraufhin flogen aus allen Richtungen weitere Büchsen, diesmal gezielt gegen die Polizisten. Sie griffen daraufhin wahllos zwei Jugendliche aus der Menge heraus; die umstehenden Zuschauer nahmen ihre Fahnenstangen und schlugen auf die Polizisten ein.

Es entbrannte ein tausendfaches Pfeifkonzert, das Spiel auf dem Rasen war vergessen. Die Menge forderte die Polizisten auf, die Jugendlichen freizulassen. Die verdrehten jedoch den 15-17jährigen Jungen brutal die Arme auf dem Rücken und stießen sie so vor sich her. Das Pfeifen wurde immer lauter. Rufe wie „Nazis, Nazis"; „Ihr paßt genau dahin, wo in Spanien die KZ's sind" und „Ihr seid die Terroristen" wurden den Polizisten entgegengeschleudert. Diese wütende Reaktion gegen den Polizeiterror zwang die Polizei, sich zurückzuziehen. Über ihr weiteres Vorgehen bestand eine einhellige Meinung. „Die Schweine schlagen die Jungs in der Zelle nochmal zusammen." So geht die Polizei systematisch mit Terror gegen das Volk vor, auch wenn es nur wegen einer Unsportlichkeit im Fußball seinem Unmut Luft macht.

Die kapitalistische Art und Weise des Fußballs bzw. des Sports, nämlich Sieg mit allen Mitteln und dadurch Profit, verurteilen die Massen. Wir haben so eine spontane Solidaritätsbezeugung mit den Jugendlichen und diesen spontanen wilden Haß auf die Polizei noch nicht erlebt.

Rot Front, zwei Genossen aus Köln

Selbstmorde häufen sich beim Pflegepersonal

Im Klinikum Steglitz in Berlin fanden im Jahre 1975 alleine 4 Selbstmorde statt, von der Anzahl der Selbstmordversuche, die nicht an die Öffentlichkeit treten, ganz zu schweigen. Unter den Selbstmördern befanden sich drei Krankenschwestern, u. a. Hannelore P. und der Krankenpflegeschüler Peter M., der kurz vor Beendigung seiner Ausbildung am 17. 9. 75 von den oberen Stockwerken eines Schwesternhauses sprang. In den letzten Monaten versuchte eine Krankenschwester sich mit Insulin umzubringen, während es einer anderen Krankenschwester mit demselben Medikament gelang. Gerade beim Pflegepersonal ist die Selbstmordziffer sehr hoch, denn die Isolation ist hier auch besonders groß. Wenn man bedenkt, daß das Pflegepersonal größtenteils auf Dienstwohnungen angewiesen ist, ist es eine Zumutung die Kollegen in regelrechte „Schwesternsilos" zusammenzupferchen, wo man untereinander kaum Kontakt hat, was durch den Schichtdienst noch gefördert wird. Die Zimmer, in denen das Pflegepersonal wohnt, sind eng, ungemütlich, aber dafür unverschämt teuer. Aber das spielt im Kapitalismus natürlich keine Rolle, Hauptsache, man hält sich billige Arbeitskräfte. Um der Einsamkeit zu entfliehen, werden hier besonders viel Alkohol und Tabletten konsumiert. Gerade im Gesundheitswesen ist die psychische und physische Belastung sehr groß. Wenn die Kollegen abgeschlafft nach Hause kommen, haben sie wieder einmal erfahren, wie die Patienten „gesund gemacht" werden, denn sie werden für die Ausbeutung im Kapitalismus schnell wieder arbeitsfähig getrimmt. Das Pflegepersonal kann der Patientenversorgung schon lange nicht mehr gerecht werden, geschweige denn auf die Probleme der Patienten eingehen, da die Arbeitshetze immer größer wird, und bald jeder durch Gesinnungsspitzelei um seinen Arbeitsplatz bangen muß. Im Kapitalismus werden die Menschen zur Habgier, Egoismus und Isolation gezüchtet, um eine Solidarität, die auch beim Pflegepersonal nötig wäre, zu verhindern. Erst im Sozialismus werden sich die Werktätigen frei entfalten können, werden sie nicht mehr am Leben verzweifeln und sich in solch auswegsloser Situation fühlen. Dazu ist es nötig, daß dieser menschenzerstörende Staat, dieses mörderisch kapitalistische System zerschlagen wird, daß wir die Diktatur des Proletariats erkämpfen, in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Rot Front, eine Genossin aus Berlin

„Wenn Kinder krank werden..."

Liebe Genossen, zu Eurem Artikel im ROTEN MORGEN Nr. 15/76. Seit 1974 gibt es folgende gesetzliche Regelung (Ihr hattet geschrieben: Gesetzliche Regelungen für diesen Fall gibt es nicht).

„Arbeitsbefreiung bei erkrankten Kindern: Wenn Kinder krank sind und die Eltern von der Arbeit fernbleiben müssen, hat ein Elternteil Anspruch auf Krankengeld und Freistellung von der Arbeit. Das gilt bis zu 5 Tagen im Jahr und wenn das Kind unter 8 Jahren alt ist."

Diese Regelung ist natürlich völlig unzureichend und noch schlechter als Euer angeführtes Beispiel von den Angestellten im Öffentlichen Dienst (8 Tage/Jahr). 5 Tage im Jahr sind viel zu wenig bei der zunehmenden Infektionsgefährdung von Kleinkindern durch Umweltverschmutzung (Bronchitis etc.) und Aufhebung der Impfungen (Tuberkulose, Keuchhusten, Diphterie, Pocken usw.) Sind beide Eltern berufstätig und in verschiedenen Krankenkassen versichert, kommen 10 Tage im Jahr zusammen. Aber dabei wird schon nach sonstigen möglichen Pflegepersonen gefragt (Großmutter, Tanten etc.) Da die wenigsten berufstätigen Mütter einen Kinderhortplatz haben und das Kind in Pflege zu Großmutter oder Pflegeeltern geben, entfällt hierbei schon wieder die „Belastung" der Krankenkasse, weil die 5 Tage dann „nicht nötig" sind. Zudem wird die Arbeitsbefreiung vom Arbeitgeber genauso negativ beurteilt wie ein eigenes „Krankfeiern".

Ich bin Krankenschwester, und bei uns im Krankenhaus wird grundsätzlich kein unbezahlter Urlaub gegeben, man muß seinen Erholungsurlaub für die Krankheit eines Kinder verbrauchen. Hinzu kommt, daß sich unverheiratete Frauen gar keinen unbezahlten Urlaub leisten könnten. Das Kind braucht also nur z. B. Masern und eine Grippe zu bekommen und der Jahresurlaub ist weg. Auch wenn also inzwischen eine „gesetzliche Regelung" existiert, hat sich nichts geändert. Der Artikel ist völlig richtig, wie ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann.

Rot Front, Monika W.

„Umweltschutz": Atomverseuchung ja — Strafe für „wildes Plakatieren"

Genossen, langsam wissen wir's ja — schließlich wird es Tag für Tag gepredigt: Atomkraftwerke sind völlig ungefährlich, sie kollidieren nicht mit dem Umweltschutzgeschrei der Bourgeoisie. Dafür aber andere Dinge: In Reutlingen wurde nämlich eine neue Polizeiverordnung erlassen. Sie beginnt mit einigen Paragraphen zum „Schutz gegen Lärmbelästigungen". Da darf zum Beispiel kein Lautsprecher in der Öffentlichkeit benutzt werden, es sei denn „bei Umzügen, Märkten und Messen im Freien und bei Veranstaltungen, die einem herkömmlichen Brauch entsprechen." Und da Stadtverwaltung und Polizei entscheiden, was „herkömmlich" ist, darf man wohl annehmen, daß bei Kundgebungen und Demonstrationen der KPD/ML keine Megaphone oder ähnliches mehr eingesetzt werden dürfen.

Ein anderes „umweltschädliches Verhalten" ist das sogenannte „wilde Plakatieren". 5 bis 1 000 DM Geldstrafe sind dafür angedroht. Bleibt die Frage, was soll das? Ist die Bourgeoisie umweltfreundlich geworden? So viel ich weiß: nein, denn Atomkraftwerke dürfen weiter unbestraft betrieben werden — auch darf, laut Polizeiverordnung, ein Betrieb weiterhin lärmen und stinken, wie schlimm auch die Menschen davon betroffen sein mögen. Vielmehr bleibt nur eine Erklärung, daß nämlich hier nicht die Umwelt geschützt werden soll, sondern die Bourgeoisie, und zwar vor der kommunistischen Agitation und Propaganda.

Rot Front, ein Genosse des KSB/ML, Reutlingen

Grosser Sieg über die Konterrevolution

Fortsetzung von Seite 1

„In ihrem Größenwahn richteten diese Konterrevolutionäre die Spitze ihres Angriffes gegen unseren großen Führer, Vorsitzenden Mao, versuchten das Zentralkomitee der Partei, geführt von Vorsitzendem Mao, zu spalten, sangen Lobgesänge auf Teng Hsiao Ping und versuchten, ihm die Rolle von Nagy, dem Oberhaupt des konterrevolutionären Putsches in Ungarn zuzuschreiben. Das zeigte klar, wessen Interessen Teng Hsiao Ping repräsentiert. Das zeigt, wie diejenigen, die in der Partei den kapitalistischen Weg gehen, mit der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern, die sich nicht geändert haben, mit den reichen Bauern, Konterrevolutionären, üblen Elementen und Ultrarechten der Gesellschaft verbunden sind."

Für die chinesischen Volksmassen zeigt dieser Zwischenfall auf dem Tien-An-Men-Platz erneut, daß der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats fortbesteht und sehr scharfe Formen annehmen kann. Der errungene Sieg ist für sie ein Ansporn, die Bewegung der Kritik an Teng Hsiao Ping und seiner konterrevolutionären Linie fortzuführen, am Klassenkampf als Hauptkettenglied festzuhalten und auf allen Gebieten für die Festigung der Diktatur des Proletariats zu kämpfen. Für die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern in Ost und West zeigen die jüngsten Ereignisse in China, daß die Diktatur des Proletariats tatsächlich unbesiegbar ist, wenn sie von einer kommunistischen Partei geführt wird, die sich auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus stützt, die Massen im Geiste des Marxismus-Leninismus erzieht, ihre revolutionäre Wachsamkeit erhöht und gestützt auf die Volksmassen den Klassenkampf zur Festigung der Diktatur des Proletariats führt.

Auszug aus einem Bericht der Hsinhua-Nachrichtenagentur

Konterrevolutionärer Zwischenfall auf dem Tien-An-Men-Platz

„Anfang April hatte eine Handvoll Klassenfeinde auf dem Tien-An-Men-Platz in der Hauptstadt unter dem Vorwand des Andenkens an Ministerpräsidenten Tschou En-lai anläßlich des Toten-Gedenktages vorsätzlich, planmäßig und organisiert einen konterrevolutionären politischen Zwischenfall heraufbeschworen. In aller Öffentlichkeit hielten sie reaktionäre Hetzreden, klebten sie reaktionäre Gedichte und Parolen, verteilten reaktionäre Flugblätter und agitierten dafür, konterrevolutionäre Gruppen zu bilden..."

Am 5. April erreichten diese konterrevolutionären Aktivitäten ihren Höhepunkt. Fahrzeuge, Gebäude, aber auch Menschen aus dem Volk sowie Vertreter der Miliz und Soldaten wurden angegriffen. Feuerwehrleute, die gelegte Brände löschen wollten, wurden bedroht, Volkspolizisten mit Messern, Dolchen und anderen Mordwaffen angegriffen. Im Bericht von „Hsinhua" heißt es:

„Diese Kerle traten offen gegen den vom Vorsitzenden Mao persönlich initiierten und angeleiteten großen Kampf gegen den rechtsabweichlerischen Wind, der die richtigen Urteile umzustoßen versucht, auf. Ihre konterrevolutionäre Arroganz kannte keine Grenzen. Aber der Tag, an dem die Konterrevolutionäre wüten, ist auch der Tag ihres Untergangs. Sie sind in größte Isolierung geraten und haben beim Volk keine Unterstützung gefunden. Als diese Horde übler Elemente Konflikte provozierte, Gewalttaten verübte und Wühl- und Sabotagetätigkeiten unternahm, traten viele revolutionäre Menschen mutig auf, verurteilten ihre konterrevolutionären Aktivitäten und kämpften gegen sie. Die Arbeitermilizionäre der Hauptstadt, Volkspolizisten und Kämpfer der Volksbefreiungsarmee sowie die anwesenden revolutionären Massen kämpften vereint und mutig, verteidigten damit den Vorsitzenden Mao, das Zentralkomitee der Partei und die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao durch konkrete Aktionen. Sie verteidigten die große Hauptstadt des sozialistischen Vaterlandes.

Gegen Abend hielt ein Genosse der KP Chinas, Genosse Wu Dö, über Lautsprecher eine Rede an die Massen auf dem Platz, in denen dieser politische Zwischenfall entlarvt und die Menschen aufgefordert wurden, den Platz zu verlassen und dazu beizutragen, die Handvoll von Klassenfeinden zu besiegen. Der größte Teil der Menschen verließ daraufhin sehr schnell den Platz. Nur einige Konterrevolutionäre blieben und setzten ihre Wühlarbeit fort.

Im Bericht von „Hsinhua" heißt es weiter: „Um 21.30 Uhr ergriffen einige 10000 Arbeitermilizionäre der Hauptstadt, nachdem sie einen Befehl des Revolutionskomitees der Stadt Peking erhalten hatten, in Zusammenarbeit mit der Volkspolizei und den Wachtposten kurz entschlossen entsprechende Maßnahmen und übten die Diktatur des Proletariats aus. Von hohem Kampfgeist beseelt, marschierte die heroische Volksmiliz der Hauptstadt erhobenen Hauptes in Reih und Glied auf den Tien-An-Men-Platz und versetzte den Konterrevolutionären machtvolle Gegenschläge. Sie umzingelten die üblen Elemente, die immer noch rund um das Denkmal sträfliche Verbrechen begingen und Unruhe stifteten, nahmen die auf frischer Tat ertappten Verbrecher und schwer Verdächtige in Untersuchungshaft. Angesichts der machtvollen Diktatur des Proletariats brach diese Handvoll übler Elemente, die vorher äußerst arrogant aufgetreten war, sofort zusammen. Wie verprügelte Hunde hockten sie auf dem Boden und zitterten am ganzen Leib. Manche gaben hastig die zu sich gesteckten Dolche und Messer sowie die Hefte, in denen sie reaktionäre Gedichte aufgeschrieben hatten ab. Einige Verbrecher, die versuchten mit Dolchen zu morden und verzweifelten Widerstand leisteten, erhielten ihre gerechte Strafe.

Die breiten revolutionären Massen klatschten Beifall und waren darüber sehr erfreut. Die Bevölkerung der ganzen Stadt unterstützte von ganzem Herzen die revolutionäre Aktion der Arbeitermilizionäre der Hauptstadt, der Volkspolizisten und Wachtposten und lobte sie einmütig."

Die Volksmassen begrüßen den Sieg über die rechte Linie

Als am Abend des 7. April über Radio die beiden Beschlüsse des Zentralkomitees der KP Chinas über die Ernennung von Hua Kuo-feng zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Vorsitzenden des Staatsrates sowie über die endgültige Entlarvung Teng Hsiao Pings verbreitet und die Nachricht über die konterrevolutionären Zwischenfälle auf dem Tien-An-Men-Platz bekannt wurden, strömten Hunderttausende spontan aus ihren Häusern auf die Straße, um das Zentralkomitee zu beglückwünschen und ihre Treue gegenüber der KP Chinas, ihrem Zentralkomitee und ihrem großen Führer, Genossen Mao Tsetung, auszudrücken. Aus Schanghai etwa wird berichtet, daß *„Tausende aus Fabriken, Schulen, Behörden, Läden, Häusern, den Volkskommunen und Kasernen entlang beider Ufer des Huangpo kamen und einen ermutigenden, revolutionären Anblick boten. Gongs und Tamburine erklangen und Feuerwerkskörper explodierten, und ein Massenaufmarsch folgte dem anderen."* Am Abend des 9. April versammelten sich 300000 Militär- und Zivilpersonen zu einer Kundgebung, um die Rede des Parteivorsitzenden von Schanghai zu hören. Dann zogen die Massen in einer gigantischen Demonstration durch die Stadt.

100000 versammelten sich in Peking, in Tientsin, in Sinning, 200000 waren es in Nanking, 170000 in der Hauptstadt der Provinz Kuangtong, die ihre Entschlossenheit ausdrückten, gegen den reaktionären Kurs Teng Hsiao Pings zu kämpfen. In seiner Rede vor der Versammlung in Peking sagte Genosse Wu Teh, Mitglied des Politbüros der KP Chinas, unter anderem: *„Die Bourgeoisie ist in der Kommunistischen Partei. Einige Führer der Partei sind den kapitalistischen Weg gegangen. Sie haben nicht aufgehört, diesen Weg zu gehen. Die Klassenfeinde geben nach ihren Niederlagen niemals auf, sie legen ihre Dolche niemals fort. Der Kampf geht weiter. Wir müssen unsere revolutionäre Wachsamkeit erhöhen und in unserem Willen nie nachlassen."* Anschließend ergriffen die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen, die Kommunistische Jugendliga und die Föderation der Frauen das Wort und verurteilten die Verbrechen der Teng-Hsiao-Ping-Clique.

Die Bauern von Dadschai betonten auf ihrer Versammlung besonders, daß Teng Hsiao Ping ein unverbesserlicher Konterrevolutionär sei, der sich der Erziehung durch die Partei entzog und an den reaktionären Ideen festhielt. *„Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution hat er zusammen mit Liu Schao-tschi die konterrevolutionäre bürgerliche Linie ausgekocht mit dem vergeblichen Ziel, die machtvollen Flammen der revolutionären Massenbewegung zu ersticken. Nachdem er in der Kulturrevolution von den revolutionären Massen kritisiert worden war, gab ihm das Zentralkomitee der Partei mit Genossen Mao an der Spitze, Gelegenheit, sich zu bessern, indem es ihm verschiedene Funktionen übertrug. Aber er beharrte auf seinen Irrtümern, er ging so weit, sich der großen Proletarischen Kulturrevolution zu widersetzen mit dem Wunsch, den Kapitalismus wiederzuerrichten. Teng Hsiao Ping ist der Hauptvertreter der Bourgeoisie, und wir sind entschlossen, seine revisionistische Linie von Grund auf zu kritisieren."*

Auch die Vertreter der Nationalen Minderheiten drückten dem Zentralkomitee ihre Begeisterung über den errungenen Sieg aus. In Singkiang, in der Inneren Mongolei und in Tibet versammelten sich die Menschen zu begeisterten Kundgebungen und Demonstrationen. Viele Grußadressen und zustimmende Briefe wurden an das Zentralkomitee der Partei geschickt.

In Hongkong und Makao verbreitete sich die Nachricht vom Sieg über die Teng-Hsiao-Ping-Clique unter den patriotischen Chinesen ebenfalls in Windeseile. Sie versammelten sich zu Kundgebungen, auf denen sie ihre Entschlossenheit ausdrückten, die Erklärungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas vorbehaltlos zu unterstützen.

Grussadresse der Mission des Demokratischen Kambodscha in Frankreich

an die von der KPD/ML organisierte Veranstaltung zur Solidarität mit dem kambodschanischen Volk- 10.April 1976

Wie wir bereits im letzten ROTEN MORGEN berichteten, hat die Bundesregierung Herrn Chau Teary, dem Vertreter des Demokratischen Kambodscha, der die Solidaritätsveranstaltung der Partei in Hamburg besuchen wollte, die Einreise verweigert. Auch die schriftliche Grußadresse, die daraufhin an die Veranstaltung gesandt wurde, erreichte uns nicht mehr rechtzeitig. Wir drucken sie deshalb in dieser Nummer ab.

„Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

es ist uns eine besondere Freude und Ehre, Ihnen die herzlichen und brüderlichen Grüße des kambodschanischen Volkes überbringen zu können. Mit Ihnen bereitet sich unser gesamtes Volk darauf vor, den ersten Jahrestag der Nationalen Unabhängigkeit des Demokratischen Kambodscha zu feiern. Dieser Jahrestag steht im Zeichen der glänzenden Siege, die unaufhörlich beim Wiederaufbau der Wirtschaft, an der Front des nationalen Aufbaus und an der Front der Landesverteidigung errungen wurden.

Wir bedauern, daß wir aus den Ihnen bekannten Gründen an diesem Abend nicht bei Ihnen sein können.

Wir danken der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten von ganzem Herzen, daß sie uns zu dieser Solidaritätsveranstaltung eingeladen hat, die auf ihre Initiative hin organisiert wurde. Wir versichern dem deutschen Volk, das getreu seiner revolutionären Kampftradition seine große internationale Solidarität ständig unter Beweis gestellt hat, unsere Freundschaft und Dankbarkeit. Es hat den Kampf aller unterdrückten Völker und besonders den Kampf des kambodschanischen Volkes für Unabhängigkeit, Freiheit und wirklichen Frieden aktiv und brüderlich unterstützt.

Meine Damen, meine Herren, liebe Freunde,

der 17. April 1975 ist der Tag, an dem unser Volk und seine tapferen revolutionären Streitkräfte ihren ruhmreichen und hervorragenden Sieg errungen haben. Das geschah unter der richtigen und weitsichtigen Führung der Revolutionären Organisation von Kambodscha, nach einem schweren Kampf, der zahllose Opfer forderte und nach der Überwindung vieler Hindernisse und Hinterhalte. An diesem Tag wurde der heilige Boden Kambodschas vollständig befreit, haben die Nation und das Volk Kambodschas die Ketten der Sklaverei vollständig und endgültig zerschlagen.

Der 17. April 1975 brachte für unser Volk einen ruhmreichen Sieg, dessen Bedeutung die ruhmreiche Epoche von Angkor noch überragt. Tatsächlich hat unser Volk, das Volk eines kleinen Landes mit kleiner Bevölkerungszahl seinen Feind, den amerikanischen Imperialismus, das Oberhaupt aller Imperialisten, besiegt, der — wie man sagt — sehr mächtig ist und über sehr eindrucksvolle materielle Mittel verfügt. Das war möglich, weil es entschlossen war, den Kampf kompromißlos, ohne Zurückweichen und ohne den Geist des Verhandelns zu führen; weil es darauf bestand, der Herr seines Schicksals zu sein, auf seine eigenen Kräfte zu vertrauen und unbeirrt und entschlossen der Linie der Unabhängigkeit und Souveränität zu folgen.

Der ruhmreiche Sieg des 17. April 1975 hat in Kambodscha einen großen Sprung nach vorn ermöglicht: Unser Volk ist der wirkliche Herr der Staatsmacht geworden, Herr seines Bodens, seines Landes und seines Schicksals. Aus diesen Gründen empfindet unser Volk über diesen ruhmreichen und historischen Sieg so viel Freude, so große Gefühle und einen solchen glänzenden revolutionären Stolz.

Meine Damen, meine Herren, liebe Freunde,

wie Sie wissen, sind die Tempel von Angkor ein Meisterwerk, das unser Volk und unsere Arbeiter in der Geschichte den nachfolgenden Generationen hinterlassen hat. Sie sind gleichzeitig ein großartiges Kulturerbe für die gesamte Menschheit. Aber Dutzende von Generationen haben uns etwas hinterlassen, was noch wertvoller ist, nämlich eine lange Tradition des vielseitigen Kampfes und einen glühenden Patriotismus. Jedesmal, wenn Kambodscha angegriffen wurde, hat unser Volk, insbesondere die Arbeiter und die armen Bauern, keine Opfer gescheut, sich erhoben und gegen den Feind gekämpft, egal wie groß und mächtig er war.

Genauso hat sich das Volk von Kambodscha, obwohl es arm war und es ihm an allem fehlte, in der tragischen Situation, als der amerikanische Imperialismus den Staatsstreich vom 18. März anstiftete, um das unabhängige, neutrale und blockfreie Kambodscha zu stürzen, wie ein Mann erhoben und unter der richtigen und weitsichtigen Führung seiner Revolutionären Organisation und angespornt durch seinen glühenden Patriotismus im ganzen Land einen Widerstand entfacht, der die kämpfenden Truppen des Feindes zerschmetterte und das Verräterregime ins Wanken brachte. Der amerikanische Imperialismus ging daraufhin, um dieses Instrument seiner neokolonialistischen Herrschaft zu retten, zur offenen Intervention über und fiel mit seinen Streitkräften am 1. Mai 1970 in Kambodscha ein. Bei dieser Amerikanisierung des Krieges schickte der amerikanische Imperialismus alle Arten von Streitkräften und die Truppen seiner Marionetten Thieu-Ky zu Hunderttausenden in unser Land, um den Widerstand des kambodschanischen Volkes zu zerschlagen. Es wurde ein wahres Fiasko für den Feind: Unser Volk und seine tapferen revolutionären Streitkräfte vertrieben den Feind aus Kambodscha. Aber entsprechend seinem halsstarrigen Wesen begann der amerikanische Imperialismus anschließend die „Vietnamisierung" der Aggression gegen Kambodscha und entsandte einige zehntausend Soldaten der Marionettentruppen Thieus. Gleichzeitig versuchte er, die Truppen der Verräterbande von Lon Nol zu stärken, um den Krieg zu „Khmerisieren". Aber durch den allseitigen Kampf unseres Volkes und seiner revolutionären Streitkräfte auf der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ebene wurden diese beiden Pläne des Feindes nacheinander zum Scheitern gebracht.

Angesichts dieser unbeschreiblichen Niederlagen und um das von ihm eingesetzte neokolonialistische Regime in Phnom Penh zu retten, hat der amerikanische Imperialismus noch einmal mit einer offenen Intervention eine Aggression gegen Kambodscha verübt. Nach Ende Januar 1973 mobilisierte er alle seine Flugzeuge in Südostasien und im Pazifik, einschließlich der B 52 und F 111-Maschinen, um mit ihnen Kambodscha zu bombardieren. Das finstere Ziel war, innerhalb von 72 Stunden den nationalen Volksbefreiungskampf des Volkes von Kambodscha auszuradieren. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Blind vor Wut begann der amerikanische Imperialismus dann ein wildes Völkermord-Bombardement, das 200 Tage und Nächte dauerte und die barbarischste Aggression gegen das ruhmreiche Land von Angkor darstellte. Aber wie groß die Schwierigkeiten und Angriffe auch sein mochten — es gab keine Lebensmittel, Medikamente, Kleidung, Munition usw. — unser Volk hat einen heldenhaften Kampf geführt und unbeirrt seinen Standpunkt der Unabhängigkeit und Souveränität, das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft und das Prinzip, unter allen Umständen Herr der Lage zu bleiben, behauptet. Unser Volk hat im Hinterland und an der Front einen mutigen Kampf gegen die amerikanischen Imperialisten geführt und damit jeden Tag das Ansehen des Landes und der Nation durch eine unaufhörlich errungenen Siege gehoben. Es bewies so, daß selbst die Luftwaffe des amerikanischen Imperialismus wirkungslos war. Das war für den Feind eine neue Niederlage. Am 15. August 1973 hatten sich die Stellungen unserer revolutionären Streitkräfte so weit gefestigt, daß sie bereits vor den Toren der Stadt Phnom Penh standen.

Nachdem unser Volk und seine revolutionären Streitkräfte unter Führung der revolutionären Organisation von Kambodscha mehr als 90% unseres nationalen Territoriums befreit und alle Voraussetzungen für einen endgültigen Sieg geschaffen hatten, begannen sie am 1. Januar 1975 um 0.00 Uhr im ganzen Land einen Generalangriff. Die Hauptfront dieses Generalangriffs war der Mekong, eine wichtige Front war die Stadt Phnom Penh und eine Anzahl von Provinzstädten waren die Nebenfronten. Diese Endphase des Krieges dauerte 107 Tage und Nächte und wurde mit dem ruhmreichen und historischen Sieg vom 17. April 1975 abgeschlossen. Am Morgen des 17. April vereinigten sich die verschiedenen Einheiten der revolutionären Streitkräfte im Hauptquartier des Feindes im Zentrum von Phnom Penh. Ganz Kambodscha war vollständig und endgültig befreit.

In diesem langen, schwierigen, windungsreichen und komplexen Kampf sammelten unser Volk und seine revolutionären Streitkräfte, geschult durch die Revolutionäre Organisation von Kambodscha, ihre außerordentlich reichen und wertvollen Erfahrungen, die sie in die Lage versetzten, die schwierigen und ungeheuer großen Aufgaben der Nachkriegszeit zu lösen. Unser Volk ist davon überzeugt, daß es jeden Feind, wie mächtig er auch sei, besiegen kann, wenn es an folgenden Prinzipien festhält: an der Linie der Unabhängigkeit und der Souveränität, am Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft, am Prinzip, jederzeit Herr seines Schicksals zu bleiben und bereit zu sein, alle Schwierigkeiten zu überwinden, alle Opfer für das Volk und die Nation zu bringen und mit einer breiten aber soliden Einheit einen entschlossenen Kampf ohne jedes Kompromißlertum zu führen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

Kambodscha ist verwüstet und zerstört aus dem barbarischen und besonders vernichtenden Aggressionskrieg des amerikanischen Imperialismus hervorgegangen. Unzählige Städte, Dörfer und Siedlungen wurden dem Erdboden gleichgemacht und von der Landkarte ausradiert. Hunderttausende Einwohner fanden den Tod, Hunderttausende wurden verletzt und Millionen andere haben ihre wenige persönliche Habe verloren. Angesichts der schwierigen und enormen Aufgaben der Nachkriegszeit haben unser Volk und seine revolutionären Streitkräfte tapfer und voll glühenden Patriotismus unter der richtigen und weitsichtigen Führung der Revolutionären Organisation von Kambodscha Heldentum und Entschlossenheit bewiesen. Sie haben die Fahne des Kampfes noch höher geschwungen, um ihre revolutionären Aufgaben des Aufbaus und der Verteidigung des Landes zu erfüllen.

Als Herr des Landes und seines Schicksals hat unser Volk tapfer allen Schwierigkeiten getrotzt, war es bereit, alle Opfer zu bringen, mobilisierte es alle seine moralische und physische Kraft und setzte sich Tag und Nacht an allen Fronten unaufhörlich im Kampf für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, für die Wiederherstellung der Verbindungswege und bei der Produktion ein.

So war bereits Ende des Jahres 1975, nur 8 Monate nach dem Krieg, das Ernährungsproblem zufriedenstellend gelöst. Die Verbindungswege — Straßen, Flüsse und Schienen — kleine und große Häfen wurden für den Verkehr wiedereröffnet. Alle Fabriken, die gebraucht werden, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, darunter auch diejenigen Fabriken, die im Krieg schwer beschädigt wurden, wurden wieder in Gang gesetzt und produzieren wieder.

Heute hat die Landschaft Kambodschas ein völlig neues Gesicht. Dämme, kleine Deiche, Kanäle reihen sich in den Ebenen und auf den Bergen aneinander, so weit das Auge reicht. Um das Problem der Wasserversorgung vollständig zu lösen, sieht man überall auf Baustellen Zehntausende von Arbeitern eifrig bei der Arbeit. Die überaus reichliche Reisernte, die vor kurzem eingebracht wurde, erbrachte bereits Überschüsse.

Überall auf dem Territorium Kambodschas herrschen jetzt Ruhe und Sicherheit. Die Volksmacht entwickelt und stärkt sich ständig. Die Kader und die Verantwortlichen auf allen Ebenen — die besten Söhne unserer Arbeiter und Bauern — beweisen bei allen Gelegenheiten ihre Treue zum Volk und ihren großen Kampfgeist. Sie zeigen ihr verantwortungsvolles Bewußtsein bei allen Aktivitäten, beim Wiederaufbau der Wirtschaft, beim Bauwesen, der nationalen Verteidigung und bei der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution.

Am 20. März 1976 hat unser Volk zum ersten Mal in seiner Geschichte als Herr seines Landes und seines Schicksals wirkliche Vertreter des Volkes in die kambodschanische Volksvertretung, das höchste Organ der Volksmacht, gewählt, wie es der Verfassung des Demokratischen Kambodscha entspricht, die seit dem 5. Januar 1976 in Kraft ist.

Gleichzeitig sind unser Volk und seine revolutionären Streitkräfte entschlossen, den Geist der revolutionären Wachsamkeit ständig zu erhöhen und die territoriale Integrität des Landes, koste es, was es wolle, gegen jeden Aggressor zu verteidigen, egal, ob er groß oder klein ist. egal, ob er von nah oder von fern kommt. Das kambodschanische Volk verteidigt die Unverletzlichkeit seiner Gewässer, seines Landes, seiner territorialen Gewässer, seiner Inseln und seines Luftraumes.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

der ruhmreiche Sieg des 17. April 1975 und alle anderen aufsehenerregenden Siege, die unaufhörlich an den Fronten des Aufbaus und der Verteidigung des Landes errungen wurden, finden ihre Erklärung in der richtigen und weitsichtigen Führung durch die Revolutionäre Organisation von Kambodscha, durch die ständige und unbeirrte Anwendung der Linie der Unabhängigkeit und der Souveränität, des Vertrauens auf die eigene Kraft. Dieser Sieg findet seine Erklärung in den großen Opfern, die unser Volk, insbesondere die Millionen der armen Massen, gebracht hat. Sie haben für die Befreiung der Nation und des Volkes ohne zu zögern zu Zehn- und zu Hunderttausenden ihre Kinder und ihre Ehegatten auf die Schlachtfelder des Kampfes geschickt.

Aber dieser ruhmreiche Sieg des 17. April 1975 ist auch untrennbar verbunden mit der unschätzbaren, vielseitigen und unvergänglichen Hilfe und Unterstützung, die alle Völker, die für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt eintreten, dem Volk und der Regierung des Demokratischen Kambodscha in deren schwerem Kampf um die Befreiung der Nation und des Volkes in der gegenwärtigen Etappe der Geschichte gewährt haben. Die heutige Solidaritätsveranstaltung ist dafür ein schlagender Beweis. Wir möchten bei dieser Gelegenheit dem deutschen Brudervolk und der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten noch einmal unsere tiefe Dankbarkeit ausdrücken. Unser Volk ist davon überzeugt, daß es bei der Erfüllung seiner schweren Nachkriegsaufgaben, deren Ausmaß sich an den ausgedehnten Zerstörungen der ökonomischen und sozialen Infrastruktur ablesen läßt, die durch einen der wildesten Kriege hervorgerufen wurden, weiterhin bei allen Völkern und Ländern, die für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt eintreten, Unterstützung finden wird.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

das Volk von Kambodscha ist ein überaus friedliebendes Volk. Es wünscht nichts anderes, als in Frieden in seinem Land zu leben und es aufzubauen. Es mischt sich auf keine Art und Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein. Es beachtet sorgfältig das Prinzip, nach dem jedes Land souverän ist und das Recht besitzt, selbst über seine eigenen Angelegenheiten zu entscheiden ohne irgendeine äußere Einmischung. Auf gar keinen Fall wird es irgendeinem fremden Land gestatten, auf seinem Territorium militärische Basen zu errichten. Es widersetzt sich entschlossen jeder fremden Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Es kämpft standfest gegen alle subversiven und aggressiven Handlungen von außerhalb, egal ob sie militärischer, politischer, kultureller, ökonomischer, sozialer oder diplomatischer Art sind oder ob sie sich humanitär geben.

Unser Volk ist fest entschlossen, enge Beziehungen auf der strikten Grundlage der gegenseitigen Achtung, der Souveränität und territorialen Integrität mit allen Nachbarländern, aber auch mit allen anderen nahen oder fernen Ländern zu unterhalten. Das Demokratische Kambodscha hält fest an der Politik der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Blockfreiheit.

Kambodscha reiht sich entschlossen in die große Familie der blockfreien Länder ein, entfaltet seine Anstrengungen und wird weiter Anstrengungen entfalten, um die Solidarität mit der Dritten Welt in Asien, Afrika und Lateinamerika zu entwickeln und darüber hinaus mit allen Völkern, die für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt eintreten, um so die Hilfe und die gegenseitige aktive Unterstützung im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus für Unabhängigkeit, Frieden, Freundschaft, Demokratie, Gerechtigkeit und den wirklichen Fortschritt auf der Welt voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

wir haben zusammen für eine gemeinsame Sache gekämpft und wir haben große Siege errungen. Setzen wir unseren Kampf mit noch mehr Ausdauer und Eifer fort, dann werden wir noch größere Siege erringen.

Machen wir diese Solidaritätsveranstaltung mit dem Volk von Kambodscha zu einer neuen Stufe unseres gemeinsamen Kampfes.

Kämpfen und handeln wir gemeinsam, damit die große Solidarität aller Völker gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus immer blüht und gedeiht.

Kämpfen wir gemeinsam! Siegen wir gemeinsam!

Kommuniqué der Beratung von Vertretern des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. März 1976

Im März 1976 fand eine Beratung von Vertretern des ZK der KPP und des ZK der KPD/ML (Sektion DBR, DDR und WB) statt, auf der im Geiste brüderlicher Freundschaft die politische Situation und die Aufgaben, die vor beiden Parteien stehen, diskutiert wurden. Das Ziel der Beratung war: die Festigung der Einheit und Solidarität zwischen beiden Parteien, zwischen der deutschen und polnischen Arbeiterklasse sowie allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften beider Völker auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, des revolutionären Kampfes für den Sieg des werktätigen Volkes unter der Führung der Avantgarde der deutschen und polnischen Arbeiterklasse, des Weges der revolutionären gesellschaftlich-politischen Umgestaltung und des Aufbaus des Sozialismus, der frei ist von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung.

1.) Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen bietet neben friedlicher Entwicklung und gutnachbarlichem Zusammenleben , ein Bild langdauernder Kämpfe und Kriege, die beide Völker Ströme vergossenen Blutes und unzählige Opfer kosteten, welche mit ihrer ganzen Schwere vor allem auf den Schultern der breiten werktätigen Massen lasteten. Das war weder ein Werk des Zufalls noch das Walten eines blinden Schicksals, sondern das Resultat der Herausbildung antagonistischer Widersprüche zwischen den Ständen und Klassen beider Gesellschaften im Laufe eines Jahrtausends von Klassenkämpfen, der ungleichen ökonomischen Entwicklung in engem Zusammenhang mit der stürmischen Entwicklung politisch-wirtschaftlicher Beziehungen anderer Staaten Europas als Zentrum der Weltpolitik.

Die geschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sowie die geschlossenen und wieder gebrochenen Verträge und Vereinbarungen zwischen beiden Staaten hatten Klassencharakter und drückten die Interessen und Widersprüche der Feudalherren, Großgrundbesitzer und Kapitalisten aus. Sowohl im Frieden als auch im Krieg nutzten die herrschenden Klassen strittige territoriale und völkische, religiöse und sittliche Probleme, um die werktätigen Massen, die Völker zu spalten mit dem Ziel,deren Ausbeutung und Unterdrückung zu verschärfen, die Freiheit und demokratischen Rechte der ausgebeuteten Klassen zu beschränken. Die während der Eroberungs- und Raubkriege — einschließlich des letzten Weltkriegs — verübten Verbrechen trafen am schmerzlichsten die breiten werktätigen Massen und wurden von den Ausbeutern dazu genutzt, jeglichen fortschrittlichen und revolutionären Widerstand, jede Rebellion zu brechen und ihre reaktionäre Herrschaft zu festigen. Jahrhundertelang wuchs die Mauer von Feindschaft und Haß zwischen beiden Völkern.

Aber immer — auch in den schwierigsten Zeiten unserer gemeinsamen Geschichte — existierten in Deutschland und Polen Kräfte mit dem Bestreben nach Annäherung in den Beziehungen zwischen beiden Staaten und Völkern auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie, des gegenseitigen Verständnisses und friedlichen Zusammenlebens. Während die in beiden Staaten führende konservative Strömung vor allem in den Schichten der reaktionären Klassen, der herrschenden Ausbeuter entstand und sich festigte, war es die fortschrittliche, konsequent demokratische und plebejisch-revolutionäre Strömung, die die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen an sich zog und in ihnen die hehrsten Absichten beider Völker weckte.

2.) Wir leben gegenwärtig im Zeitraum des geschichtlich tiefsten Umbruchs, im Übergang von einer Gesellschaftsordnung zur anderen, vom Kapitalismus zum Kommunismus, im Zeitraum der entscheidenden Klassenschlachten, an denen Millionenmassen teilnehmen und in welchen die Arbeiterklasse der Motor der Geschichte, die führende Kraft ist, der die Zukunft gehört. Es ist die geschichtliche Aufgabe des polnischen und deutschen Industrieproletariats sowie seiner revolutionären Vorhut, der KPP und KPD/ML, aus der Geschichte die Lehren ziehend nach *vorn* zu schauen, bewußt und konsequent die *Perspektive* eines neuen Lebens und Zusammenlebens beider Völker auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus zu schaffen. Vor der KPP und KPD/ML steht heute das historische Problem der *Umkehrung* der bisherigen Lage, das *Niederreißen der durch Jahrhunderte zwischen unseren beiden Völkern angewachsenen Mauer von Feindschaft und Mißtrauen ein für allemal,* das Problem der endgültigen Zerschlagung der Herrschaft der Ausbeuterklassen.

Diese historische Tat kann und wird, gemäß den Lehren von *Marx* und *Engels,* die deutsche und polnische Arbeiterklasse in gemeinsamer Anstrengung vollbringen, indem sie auf dem Wege des revolutionären Kampfes dauernde Grundlagen für gutnachbarliche Beziehungen zwischen beiden Staaten und Völkern legt, die auf dem Grundsatz der absoluten Gleichheit und Unabhängigkeit, Brüderlichkeit und Freundschaft beruhen, frei von jeglicher Form gesellschaftlicher und nationaler Ausbeutung und Unterdrückung, würdig des revolutionären Proletariats Deutschlands und Polens.

Der gegenwärtige Zeitraum des Umbruchs schafft die objektiven Bedingungen, der bisherigen reaktionären, imperialistischen, antinationalen und antiproletarischen Politik der Ausbeuterklassen in Deutschland und in Polen durch den Sieg der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in beiden souveränen Staaten durch das werktätige Volk unter der Führung der revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse ein Ende zu setzen.

Der Sieg der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats in Deutschland und Polen, der revolutionäre Übergang beider Völker zum Aufbau des Sozialismus werden die Fundamente für eine neue sozialistische Innenpolitik legen, die sich auf die eigenen Kräfte stützend Wohlstand und Kultur für die ganze Gesellschaft schaffen wird. Ihre Folgen in der Außenpolitik, in den Beziehungen zwischen beiden, den Sozialismus aufbauenden Gesellschaften und Staaten, werden die ständige und konsequente Festigung der revolutionären Einheit und Solidarität, der brüderlichen Freundschaft und Hilfe auf dem Prinzip der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens sein, wie sie dem Geist des revolutionären Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus entsprechen. Solche prinzipiellen, nicht wieder rückgängig zu machenden Beziehungen der gegenseitigen Brüderlichkeit und Freundschaft der Werktätigen kann auf dauerhafte Weise *nur* die Arbeiterklasse unserer beiden Völker sichern, wenn sie sich endgültig zur herrschenden Klasse der souveränen, unabhängigen, sozialistischen Räterepubliken Deutschland und Polen erhebt.

3.) Beide Bruderparteien, die KPP und die KPD/ML, stehen, geleitet von der Lehre des Marxismus-Leninismus und den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus, einig auf dem Standpunkt, daß ebenso wie das polnische Volk nach der Zerschlagung seiner Staatlichkeit und nach der jahrhundertelangen Knechtschaft das Recht hatte, auf dem Wege des revolutionären Kampfes, des bewaffneten Aufstands und des Befreiungskrieges, sein Schicksal selbst zu bestimmen und sich in einem unabhängigen Staat zu vereinigen, das heute in zwei Staaten, die DDR und die DBR, gespaltene deutsche Volk das Recht hat, auf dem Wege des revolutionären Kampfes und der sozialistischen Revolution über sein Schicksal zu bestimmen und sich in einem unabhängigen Staat zu vereinigen. Das sozialfaschistische Regime der Honecker-Clique in der DDR hat sich, indem es der Losung des revolutionären Kampfes um die Wiedervereinigung des deutschen Volkes entsagte, in die Rolle einer revisionistischen Quisling-Regierung, einer Satellitenmarionette in der Hand des russischen Sozialimperialismus begeben.

Beide Bruderparteien, die KPP und die KPD/ML, verurteilen und bekämpfen die Politik des Raubes, der Besetzung, der Aggression und des imperialistischen Krieges. Sie stehen fest auf dem Standpunkt der revolutionären und Befreiungskämpfe und -kriege gegen die einheimische und internationale Reaktion. Sie verteidigen das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung im revolutionären Kampf gegen die inländischen und ausländischen reaktionären Kräfte, gegen den USA-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus.

4.) Die KPP unterstützt in vollem Maße den revolutionären Kampf der KPD/ML gegen die reaktionäre westdeutsche Bourgeoisie und ihre reformistischen und revisionistischen Agenten, für den Sieg der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die KPP unterstützt in vollem Umfang den revolutionären Kampf der KPD/ML gegen die Teilung des deutschen Volkes in zwei Staaten, DDR und DBR, anerkennt und unterstützt das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung auf dem Wege des revolutionären Kampfes und der sozialistischen Revolution zu einem Staat neuen Typs, dem Staat des werktätigen deutschen Volkes unter der Führung der revolutionären Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse. Die KPP unterstützt in vollem Umfang den Kampf der KPD/ML gegen die Besetzung der DBR durch imperialistische Truppen, allen voran denen des USA-Imperialismus, und den Kampf gegen das sozialfaschistische Regime der Honecker-Clique und die Besetzung der DDR durch die Truppen des russischen Sozialimperialismus.

Die KPD/ML unterstützt in vollem Umfang den revolutionären Kampf der KPP gegen die einheimische reaktionäre Bourgeoisie und ihr sozialfaschistisches Regime der Gierek-Clique. Die KPD/ML unterstützt in vollem Umfang den Kampf der KPP gegen die Besetzung Polens durch die Truppen des russischen Sozialimperialismus, der ein Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist.

5.) Die formal durch den aggressiven Warschauer Pakt maskierte Besetzung Polens und der DDR durch Truppen des russischen Sozialimperialismus und die durch den gleichermaßen aggressiven NATO-Pakt gerechtfertigte Besetzung der DBR durch Truppen des USA-Imperialismus zeugt nicht nur von der tatsächlichen Beschränkung der Souveränität Polens, der DDR und der DBR durch die beiden hegemonistischen Mächte, sondern bedeutet auch, daß es die Aufgabe der amerikanischen wie der russischen Besatzungstruppen ist, die bürgerliche Ordnung in jeder der Einflußzonen aufrechtzuerhalten und den Schutz der Herrschaft des Großkapitals auf beiden Seiten der Elbe, in Polen, der DDR, Westberlin, der DBR vor der drohenden Gefährdung durch die sozialistische Revolution seitens der deutschen und der polnischen Arbeiterklasse zu schützen.



Zum 106. Male jährt sich am 22. April der Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins, des Führers der russischen Revolution und Lehrers des Weltproletariats.

Beide Bruderparteien, KPP und KPD/ML, sind übereinstimmend der Meinung, daß sowohl in Polen als auch in der DDR weder die Diktatur des Proletariats existiert, noch daß dort der Sozialismus aufgebaut wird. Sowohl die PZPR (Vereinigte polnische Arbeiterpartei) als auch die SED haben als bürgerliche Arbeiterparteien seit der Übernahme der Führung durch Renegaten des Kommunismus den revolutionären Marxismus-Leninismus und die Grundsätze des proletarischen Internationalismus fallen gelassen und betrügen mit Hilfe bürgerlicher Ideologie und pseudosozialistischer Slogans das Proletariat und die breiten werktätigen Massen. Sie entfalten den Kapitalismus, festigen die Diktatur der Bourgeoisie und erfüllen die Rolle von revisionistischen Quisling-Regierungen im Dienste des russischen Sozialimperialismus. Die Elbe ist nicht mehr die Grenze zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern sie *teilt* das deutsche Volk und seine Arbeiterklasse sowie ganz Europa in Einflußzonen des USA-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus. Europa ist in der gegenwärtigen Etappe der neuralgische Punkt der Rivalität beider hegemonistischer Mächte.

6.) Die Politik beider hegemonistischer Supermächte zielt auf die Beherrschung der Welt ab, beschleunigt das Wettrüsten und führt zum Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges. Darüber, welche der beiden Supermächte sich die andere unterwirft, entscheiden nicht die geheimen SALT-Verhandlungen und noch weniger irgendeine Agentur für Abrüstung und Kontrolle des Wettrüstens. Den Widerspruch zwischen den beiden Kriegsverbrechern kann nur ein neuer imperialistischer Krieg lösen. Der Imperialismus gebiert aus seiner Natur heraus Kriege. Der russische Sozialimperialismus ist ein Imperialismus im Schafspelz. Seine Losungen des Kampfes um „Frieden", „Abrüstung" und eine „Welt ohne Waffen und Krieg" schläfern die Wachsamkeit der Völker ein und maskieren seine sozialimperialistische Politik des Raubes und der Besetzung, die abzielt auf die ökonomische und politische Expansion auf dem Wege des Eindringens einer Armee von Beratern und Spezialisten, des Anlegens von Militärstützpunkten, des Anzettelns von Verschwörungen, der Durchführung politischer Umstürze und letzten Endes der offenen Aggression und militärischen Besetzung,in „Verteidigung" der sogenannten „sozialistischen Gemeinschaft". Im Handschuh der Politik der „friedlichen Koexistenz" handelt die sozialimperialistische Faust innerhalb ihrer „Interessensphäre", die sich gegenwärtig bereits über alle Meere und Kontinente erstreckt. Die Verlogenheit der russischen Sozialimperialisten ist ungeheuerlich,und ihre Habsucht kennt keine Grenzen.

Die Gefährlichkeit des amerikanischen Imperialismus ist dem Proletariat leichter verständlich, denn er ist ein offener Feind des Kommunismus und der Arbeiterklasse. Der russische Sozialimperialismus ist gefährlicher, weil er unter dem Proletariat Illusionen weckt, in der Maske des „schöpferischen Marxismus-Leninismus" und des „Freundes der Völker"auftritt und das Proletariat mit der Politik der Zusammenarbeit der Klassen und der Möglichkeit des „friedlichen Weges zum Sozialismus" in die Irre führt und demoralisiert. Er ist ein Feind des Kommunismus und der Arbeiterklasse im Schafspelz, dessen konterrevolutionärer Betrug und Irreführung ständig und schonungslos entlarvt werden muß. Unabhängig davon, welch süße Töne er von sich gibt, hat seine Politik einen antirevolutionären und antiproletarischen Charakter und führt unweigerlich zu Raub, Aggression und zum Ausbruch eines dritten imperialistischen Weltkrieges, was angesichts der geographischen Lage Deutschlands und Polens beide Völker unmittelbar mit der Gefahr des Völkermordes nach dem Muster von Hiroshima bedroht. Nur der revolutionäre Kampf und die sozialistische Revolution ist in der Lage, die konterrevolutionären Pläne des Wettrüstens zu durchkreuzen und den Ausbruch eines imperialistischen Krieges zu verhindern.

Fortsetzung auf Seite 11

Erklärung der KPP und der KPD/ML zu den "deutsch-polnischen Vereinbarungen"

Beide Bruderparteien, die KPP und die KPD/ML, verurteilen auf das schärfste die zwischen den westdeutschen Imperialisten und der revisionistischen Gierek-Clique beschlossenen sogenannten „deutsch-polnischen Vereinbarungen", die der Beschaffung von Kapital durch den Verkauf von Menschen dienen.

Diese Vereinbarungen dienen nicht der Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk und geben keine Garantie für Frieden und Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern. Sie sind nichts weiter als ein schmutziges Geschäft, ein Menschenhandel, der das Ziel hat:

***erstens*, der reaktionären polnischen Bourgeoisie harte Devisen zu sichern, indem sie ihren Bürgern die Ausreisegenehmigung für Westdeutschland erteilt, um auf diese Weise die katastrophalen Folgen ihrer kapitalistischen Raubwirtschaft zu mildern und ihre Herrschaft zu verlängern;**

***zweitens*, der Ausweitung des politischen und ökonomischen Einflusses der westdeutschen Monopolbourgeoisie in Polen zu dienen und ihr billige Arbeitskräfte zu sichern und ihre industrielle Reservearmee auf Kosten der Massensteuerzahler, der werktätigen deutschen Menschen zu vergrößern.**

Beide Parteien, KPP und KPD/ML, rufen alle polnischen Bürger deutscher Nationalität, die von ihrer Hände Arbeit leben und niemand anderen ausbeuten, auf, sich nicht vom Talmiglanz des Westens blenden zu lassen. Was Euch in Westdeutschland erwartet, ist ein Leben in Arbeitslosigkeit, Isolierung, Ausplünderung und Unterdrückung. Kämpft Seite an Seite mit Euren polnischen Klassenbrüdern gegen die russischen Besatzer, für den Sieg des Sozialismus, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Polen.

Beide Parteien, KPP und KPD/ML, stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Bürger, unabhängig von Geschlecht, Sprache, Religion, Rasse und Nationalität, voll gleichberechtigt ist. Beide Parteien, KPP und KPD/ML, rufen die werktätigen Massen Polens und Deutschlands auf: Unterstützt den Kampf für die gleichen Rechte aller nationalen Minderheiten in Polen, der DDR, der DBR und Westberlin auf Sprache, Unterricht, Arbeit, Kultur, Erziehung sowie den freiwilligen Eintritt in die Massenorganisationen des Proletariats, für alle Rechte, die das deutsche und polnische Volk hat.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens, Kazimierz Mijal, Generalsekretär

Zentralkomitee der KPD/Marxisten-Leninisten, Ernst Aust, Vorsitzender

März 1976

Kommuniqué der KPP und KPD/ML

Beide Bruderparteien, KPP und KPD/ML, werden alles unternehmen, um dem Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges auf dem Weg des revolutionären Kampfes und der sozialistischen Revolution zuvorzukommen. Sollte dies nicht erreicht werden, werden sie alles tun, um auf ihrem Gebiet den dritten imperialistischen Weltkrieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln, mit dem Ziel: durch die Vernichtung der Herrschaft der reaktionären Bourgeoisie-Klasse und die Übernahme der vollen Herrschaft durch die revolutionäre Arbeiterklasse aus dem Krieg auszuscheren. Beide Bruderparteien, KPP und KPD/ML, erklären feierlich, daß weder das deutsche noch das polnische Proletariat als Kanonenfutter für das neue imperialistische Schlachtfest dienen werden. Weder der deutsche noch der polnische Arbeiter werden in Verteidigung der Herrschaft „ihrer" reaktionären Bourgeoisie und noch weniger in Verteidigung des amerikanischen oder russischen Weltimperialismus sterben. Die revolutionäre Solidarität und Einheit der Avantgarde der deutschen und polnischen Arbeiterklasse ist heute eine geschichtliche Notwendigkeit und zugleich zum Eckstein des Sieges über die reaktionäre bourgeoise Klasse und ihre reformistischen und revisionistischen Agenturen in Deutschland und Polen geworden.



Genosse Kazimierz Mijal, Generalsekretär der KP Polens, auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens.

Im Bewußtsein dessen, daß die reaktionäre Politik der beiden hegemonistischen Supermächte die Menschheit mit einem neuen imperialistischen Krieg bedroht, anerkennen beide Bruderparteien, die KPP und die KPD/ML, die Notwendigkeit des Kampfes gegen sie als die Hauptfeinde der Menschheit. Die Grundlage der Taktik, Propaganda und Agitation im Kampf zur Entlarvung der nuklearen Kriegsbrandstifter und Kriegsverbrecher, des USA-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus, muß die „konkrete Analyse der konkreten Situation" sein, die Notwendigkeit, in jedem Land das wichtigste Kettenglied zu ergreifen, das die ganze Kette des revolutionären Kampfes im Weltmaßstab zu einer Einheit und entlarvenden Kraft gegen die Hauptfeinde der Menschheit, der Revolution und des Sozialismus verbindet.

Die chinesische Arbeiterklasse, die den revolutionären Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistischen Ideen des Genossen Mao Tsetung verteidigt, ist heute, als die führende Kraft des sozialistischen Staates des größten Volkes der Welt, das *Haupthindernis* für die beiden hegemonistischen Mächte in ihrem Kampf um die Weltherrschaft. Beide Bruderparteien, KPP und KPD/ML, solidarisieren sich zusammen mit allen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der Welt mit der weitsichtigen Politik der Kommunistischen Partei Chinas und unterstützen sie in ihrer Politik, die sich richtet: auf die Verteidigung der Souveränität der VR China sowie die Festigung dieses Bollwerks der Weltrevolution und des Sozialismus durch den Aufbau des Sozialismus und die Stärkung der Verteidigungskraft des Landes; auf die Unterstützung des revolutionären Kampfes des Proletariats aller Länder und des nationalen Befreiungskampfes aller unterdrückten Völker und Nationen; auf die revolutionäre Ausnützung der Gegensätze und antagonistischen Widersprüche zwischen den imperialistischen und revisionistischen Staaten, insbesondere zwischen den beiden hegemonistischen Supermächten. Die Politik der „Entspannung" und der „friedlichen Koexistenz" tarnt nur unzulänglich das nukleare Wettrüsten und den Handel mit konventionellen Waffen, die seitens der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht haben. In dieser Situation wird die warnende Stimme Chinas zur revolutionären Stimme des Gewissens der Völker der ganzen Welt. Mit Recht ruft das 800 Millionenvolk die Völker der Welt auf, wachsam zu sein vor der Gefahr, die der Welt durch den Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges droht. Die deutsche und polnische Arbeiterklasse, die an der vordersten europäischen Frontlinie an der Elbe stehen, führen einen entschiedenen Kampf gegen die Völkermordpolitik der Imperialisten, der beiden hegemonistischen Supermächte.

7.) Trotz des Schadens, den die Clique der sowjetischen Renegaten des Kommunismus in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung angerichtet hat, insbesondere in den Ländern der Volksdemokratie, war sie nicht in der Lage, die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus in Albanien und China anzutasten. Es vergingen nur wenige Jahre bis zur Wiedergeburt der revolutionären marxistisch-leninistischen Bewegung im Weltmaßstab. In den kapitalistischen Staaten Polen, der DDR, DBR und in Westberlin existieren und kämpfen marxistisch-leninistische Parteien, die KPP und die KPD/ML. Der Marxismus-Leninismus als Theorie des revolutionären Proletariats ist unbesiegbar wie das Proletariat selbst. Alle Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung und Apologeten des Kapitalismus, alle Cliquen der alten Sozialdemokratie und des modernen Revisionismus erwartet die endgültige, unvermeidbare und schändliche Niederlage.

Um Albanien und China, wo auf dem Wege der Fortführung der sozialistischen Revolution der Sozialismus aufgebaut wird, scharen sich die Kräfte der Revolution und der Volksbefreiungsbewegung auf der ganzen Welt und sind heute, trotz des Verrats des modernen Revisionismus, stärker als je zuvor. Indem sich die marxistisch-leninistische Bewegung säubert, stärkt sie sich ideologisch, politisch und organisatorisch.

Beide Bruderparteien, die KPP und die KPD/ML, grüßen die albanische Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze. Albanien baut, als einziger Staat in Europa, den Sozialismus auf und stärkt die Diktatur des Proletariats auf dem Wege der sozialistischen Revolution im gesamten Leben des Landes. Indem die albanische Arbeiterklasse die Reinheit des Marxismus-Leninismus verteidigt und den Sozialismus aufbaut, repräsentiert sie die besten revolutionären Traditionen der europäischen Arbeiterklasse.

Beide Bruderparteien, die KPP und die KPD/ML, grüßen die chinesische Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Kommunistische Partei Chinas mit dem Genossen Mao Tsetung an der Spitze. China, als Staat des größten Volkes der Welt, baut den Sozialismus auf und stärkt die Diktatur des Proletariats auf dem Wege der sozialistischen Revolution im ganzen Leben des Landes. Indem die chinesische Arbeiterklasse die Reinheit des Marxismus-Leninismus verteidigt und den Sozialismus aufbaut, vollzieht sie die Fortsetzung und Weiterentwicklung der hehrsten Traditionen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland.

8.) Während es im ersten Weltkrieg „in Europa um die Neuaufteilung der Kolonien" ging, war es das Ziel des zweiten Weltkriegs, das Land der Räte und alle Kräfte des internationalen Kommunismus zu vernichten und die Weltherrschaft des Hitlerfaschismus, die Diktatur des Finanzkapitals zu errichten. Beide Weltkriege wurden hervorgerufen durch das räuberische und eroberungssüchtige internationale Monopolkapital und endeten mit der Niederlage der reaktionären Kräfte in aller Welt, der imperialistisch-militaristischen Monarchien, des Faschismus und Nazismus und mit dem Sieg der internationalen Kräfte der Revolution und des Sozialismus. Der erste Weltkrieg rief die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland hervor, der zweite Weltkrieg wurde gekrönt vom gleicherweise historischen Sieg der Großen Sozialistischen Revolution in China und durch die Vertiefung der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus. Gegenwärtig leben wir in einem Zeitraum des Umbruchs von noch größerer Bedeutung als sie die Folgen der beiden ersten imperialistischen Weltkriege hatten. Ein neuer imperialistischer Krieg, auf den die hegemonistische Politik und das nukleare Wettrüsten der USA und UdSSR im Kampf um die Weltherrschaft zustreben, kann, trotz aller Vernichtung und Leiden, die er über die Menschheit bringt, nur zur sozialistischen Revolution in einer oder beiden hegemonistischen Supermächte, wenn nicht gar zum Zusammenbruch des ganzen kapitalistischen Weltsystems führen. „Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution". War der Weltimperialismus als faulender Monopolkapitalismus der „Vorabend des Sozialismus", so hat sich um so mehr der degenerierte und reaktionäre Imperialismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus der *Schwelle* der sozialistischen Revolution und dem Sieg der Diktatur des Proletariats in vielen am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern genähert. Die Voraussetzungen für den Sozialismus sind in ganz Europa, in den Vereinigten Staaten, in Japan, also auch in Deutschland und Polen, herangereift. Ob die Voraussetzungen für den *Sieg der sozialistischen Revolution* in Deutschland und Polen gegeben sind, hängt allein ab von der Praxis, vom Grad der Organisierung und von der revolutionären Bereitschaft des politisch organisierten und solidarisch handelnden deutschen und polnischen Proletariats, vom engen Zusammenschluß der deutschen und polnischen Arbeiterklasse mit allen Kräften der Revolution und des Sozialismus in Europa und in der ganzen Welt.

9.) Die Grundlage der gesamten politischen und organisatorischen Tätigkeit beider Bruderparteien, der KPP und der KPD/ML, ist der revolutionäre Marxismus-Leninismus und der proletarische Internationalismus sowie die Notwendigkeit der Verbindung der allgemeinen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der Praxis der konkreten Situation. Beide Bruderparteien, KPP und KPD/ML, anerkennen, daß ungeachtet des Kampfes gegen den Dogmatismus, der moderne Revisionismus die Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ist, die ideologische Agentur des internationalen Imperialismus. Nicht die revisionistische Politik der Versöhnung und Klassenzusammenarbeit sowie des friedlichen Hinüberwachsens des Kapitalismus in den Kommunismus, sondern die Politik des revolutionären Klassenkampfes ist der Motor der Geschichte und entscheidet über alles. Die Kraftquelle des Staates der Diktatur des Proletariats liegt in der Fortführung der sozialistischen Revolution an der Basis und im Überbau im gesamten Zeitraum des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus. Das Proletariat ist eine Macht, wenn es in seiner revolutionären Partei politisch organisiert ist, wenn es sich in seinem Kampf von den revolutionären Lehren des Marxismus-Leninismus und den Prinzipien des proletarischen Internationalismus leiten läßt, wenn es sich, übereinstimmend mit der Losung des *Kommunistischen Manifests*, mit den Proletariern aller Länder vereinigt und solidarisch handelt. Nach dem Fall der Pariser Kommune bekräftigte Karl Marx, daß die *Revolution solidarisch sein muß!* Nur das revolutionäre, vereinigte und solidarische internationale Proletariat kann das internationale Kapital und die imperialistische Bourgeoisie besiegen. Beide Bruderparteien, die KPP und die KPD/ML, werden alles unternehmen, damit die revolutionäre Avantgarde der deutschen und polnischen Arbeiterklasse im Geiste der Einheit und Solidarität handeln, in Warschau, in Berlin und Bonn, gemeinsam mit allen Parteien und Organisationen der marxistisch-leninistischen Bewegung der ganzen Welt.

Beide Bruderparteien, KPP und KPD/ML, werden, indem sie alles, was fortschrittlich und konsequent demokratisch in der Geschichte der Völker war, besonders die revolutionären Traditionen der deutschen und polnischen Arbeiterklasse, weiterentwickeln: für die Verwirklichung ihrer geschichtlichen Aufgaben als Abteilungen *einer* Armee des internationalen Proletariats, für den endgültigen Sieg der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats in Deutschland und in Polen, für den Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt kämpfen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens, Kazimierz Mijal, Generalsekretär

Zentralkomitee der KPD/Marxisten-Leninisten, Ernst Aust, Vorsitzender

Aus aller Welt

EKUADOR

In Ekuador verschärft sich der Kampf der werktätigen Massen gegen das herrschende Militärregime. In der Stadt Guaranda, 180 km südlich der Hauptstadt Quito streikten die Arbeiter verschiedener Fabriken und führten Demonstrationen durch, die auch von den Studenten unterstützt wurden. Das Regime ließ die Polizei gegen die streikenden und demonstrierenden Arbeiter und Studenten aufmarschieren. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, in deren Verlauf die Polizei einen der Demonstranten erschossen hat. Um den Kampf der Arbeiter und Studenten zu unterdrücken, verhängte das Militärregime ein vollständiges Ausgehverbot über die Stadt. In der Hauptstadt Quito wurde ebenfalls die Polizei eingesetzt, um die Arbeiter zweier Kunstfaserfabriken, die die Betriebe besetzt hielten, zu vertreiben. Als sich Hunderte von Studenten mit den Arbeitern solidarisierten, schoß die Polizei Tränengasbomben auf sie ab.

KOLUMBIEN

Auch in Kolumbien gehen die Kämpfe der Studenten gegen das Regime von Lopez Michelsen weiter. In der Hauptstadt Bogota wehrten sich Studenten und Professoren mit einem Steinhagel gegen die anrückende Polizei. Die Universität Bogota war von den Behörden des Regimes geschlossen worden.

SPANIEN

Das spanische Volk setzt seinen Kampf für demokratische Rechte gegen das monarchofaschistische Juan-Carlos-Regime fort. Am 9. April kam es in Barcelona zu einer Demonstration, an der etwa 2500 Menschen, darunter viele Arbeiter und Jugendliche, teilnahmen. Die Demonstranten zogen durch die Straßen der Stadt, legten der Verkehr lahm und riefen Losungen, wie „Freiheit!", „Polizisten — Mörder!" und andere. Den Demonstranten schlossen sich einige weitere hundert Einwohner der Stadt an. Gegen sie wurde ein großes Polizeiaufgebot eingesetzt. Einige Stunden lang dauerten die Zusammenstöße an. Zahlreiche Demonstranten wurden dabei verwundet. Wie immer nahm die Polizei mehrere Verhaftungen vor.

PALÄSTINA

Die palästinensischen Partisanen setzen die Angriffe auf israelische Truppenkonzentrationen in den besetzten Gebieten fort und fügen den Zionisten schwere Verluste zu. Bei einer Aktion in Nablus gegen Büros der israelischen Besatzungsbehörden erlitten die zionistischen Besatzer beträchtlichen Sachschaden. Gleichzeitig wurden bei Aktionen der palästinensischen Partisanen in den letzten Tagen im Südteil Tel Avis vier israelische Soldaten getötet. Durch Sprengstoff wurde außerdem ein israelischer Militärbus vollkommen zerstört. Zur gleichen Zeit erweitert sich in den besetzten arabischen Gebieten der Widerstand der arabischen Bevölkerung. Am 7. April veranstalteten die arabischen Einwohner erneut Massendemonstrationen, die in mehreren Fällen in heftige Zusammenstöße mit den israelischen Truppen mündeten. So wehrten sich in Jenin Hunderte von Demonstranten entschieden gegen die israelischen Zionisten, die die Demonstration verhindern wollten. Sie schlugen sich tapfer gegen die Polizei und das Militär. Durch diesen neuen Ausbruch der Empörung in Angst versetzt, verhängten die Besatzer auch in diesem Gebiet den Ausnahmezustand und ließen mehrere Araber verhaften.

OSTTIMOR

Nicolau Lobato, Premierminister der Demokratischen Republik Osttimor, erklärte vor kurzem in einer Radiobotschaft, daß die Streitkräfte der FRETILIN nach wie vor gegen die indonesischen Invasoren kämpfen und ihnen schwere Verluste zufügen. Die Behauptungen des faschistischen Regimes in Djakarta, daß die indonesischen Truppen von Osttimor zurückgezogen worden seien, sind Lügen, denn in Wirklichkeit sendet die indonesische Regierung jeden Tag neue Einheiten nach Osttimor. In einer Radiobotschaft wurde auch bekanntgegeben, daß die Streitkräfte der FRETILIN am 26. März bei einem Angriff auf den Posten von Taibesse (ein Vorort der Hauptstadt Dili) 60 feindliche Soldaten getötet haben und Unmengen an Munition erbeuteten.

NORDIRLAND

Die Nachrichtenagenturen melden zwei weitere Aktionen der nordirischen Patrioten in Belfast und in Armagh. In Armagh legte ein Verband der Patrioten eine starke Bombe in einem großen Hotel, einem Zentrum britischer Besatzungstruppen und der Reaktionäre. Durch die Explosion fand ein britischer Militärangehöriger den Tod und weitere 14 Feinde trugen schwere Verletzungen davon. Durch die Explosion einer weiteren Bombe in einem Militärzentrum der britischen Besatzer wurde ein britischer Soldat getötet, fünf weitere britische Besatzungssoldaten wurden verletzt.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —

Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547

Stichwort: KAMBODSCHA

GRIECHENLAND

Tausende von empörten Studenten haben am 8. April in Athen große Demonstrationen gegen die amerikanischen Imperialisten durchgeführt. Die Studenten protestierten gegen die amerikanischen Besatzer und deren Militärbasen und Stützpunkte in Griechenland. Sie trugen Transparente, auf denen unter anderem folgende Parolen standen: „Amerikaner raus aus Griechenland!" „Griechenland raus aus der NATO!" und andere. Angesichts der empörten Studenten war die amerikanische Botschaft hermetisch von Polizei und gepanzerten Armeefahrzeugen abgesperrt worden.

ZIMBABWE

Die Befreiungskämpfer von Zimbabwe haben vor kurzem einen Aufklärungshubschrauber des rassistischen Smith-Regimes abgeschossen. Bei einem Minenanschlag in der Stadt Vila Salazar gelang es den Befreiungskämpfern außerdem, neun feindliche Soldaten zu töten. Einer der Führer der Befreiungsbewegung Zimbabwes hat vor kurzem erneut betont, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg ist, durch den das Volk Zimbabwes seine Freiheit und Unabhängigkeit erringen wird. Er sagte: „Unsere Freiheit wird nicht aus der Wahlurne kommen. Freiheit und Unabhängigkeit werden auf dem Schlachtfeld errungen. Das Volk Zimbabwes ist fest davon überzeugt, daß die Freiheit nur durch den Gewehrlauf errungen wird. Das Volk kann kämpfen, indem es sich auf die eigenen Kräfte stützt und ohne die Hilfe anderer. Es ist falsch, von anderen zu verlangen, für uns zu kämpfen."

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Portugal

VANGUARDIA OBRERA

SEMANAL

Spanien

HALKIN SESİ 42

Türkei

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (Gewiso) bezogen werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

Anfragen über Erscheinungsweise und Bezugspreise sowie Bestellungen bitten wir zu richten an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 1649
PSchKto Hmb Nr. 1935 72-207.

Hundefutter in der Wurst

„Technischer Fortschritt erhöht Lebensqualität" — diese Propagandalosung ist von den imperialistischen Ideologen in Ost und West sehr oft zu hören. In Wahrheit werden im staatsmonopolistischen Kapitalismus technische Neuerungen — wenn überhaupt — nur dann eingeführt, wenn sie die Profite der Monopole steigern; und zwar genau auf Kosten der sogenannten „Lebensqualität". Ein besonders unappetitliches Beispiel dafür fand sich im Wirtschaftsteil der „FAZ" vom 14. März 1976.

In diesem Artikel geht es um die Wurst, genauer gesagt um das, was in die Wurst hineinkommt. Während nämlich Jahr für Jahr riesige Mengen Fleisch auf Kosten des Steuerzahlers vernichtet werden, verarbeiten die großen Fleischfabriken schon seit Jahren den sogenannten Knochenputz (Fleischreste, Bindegewebe, Knorpel und Knochenstückchen) zu Koch- und Brühwurst.

Da das Ablesen der Knochen mit der Hand zu arbeitsaufwendig und zu teuer ist, hat die Industrie in jünster Zeit eine technische Neuerung eingeführt: Die Knochen werden zunächst in einer phosphathaltigen Salzlösung weichgemacht und dann zerrieben. Anschließend steckt man dieses Gemisch in eine Zentrifuge, die Weich- und Knochenteile durch Herausschleudern voneinander trennen soll. Das so gewonnene Produkt nennt man „Separatorenfleisch"; es wird in einem Anteil von 10% der Brühwurst zugesetzt.

Wenn man weiß, woraus dieses „Separatorenfleisch" im einzelnen besteht, könnte sich einem der Magen umdrehen. Die „FAZ" schreibt: Es „werden nicht nur die üblichen Knochen durch den Separator geschickt, sondern zuweilen auch so appetitliche Dinge wie ganze Rinderköpfe (einschließlich der Maulschleimhäute und des Nasenschleims), Rinderhälse, Schweineschwänze sowie weitgehend vom Fleisch befreite Hühnergerippe mit Lungen- und Nierenresten".

Das so gewonnene „Separatorenfleisch" ist ein dünnflüssiges, rosarotes Zeug, das auch gesundheitlich bedenklich ist: „Die starke Oberflächenvergrößerung macht es hygienisch sehr labil und führt zu hoher Keimanreicherung", schreibt die „FAZ". „Deshalb sollte das Separatorenfleisch für die Verarbeitung von Fleisch zum menschlichen Verzehr verboten werden".

Die Separatorenhersteller und die Fleischwarenindustrie kämpfen zur Zeit darum, daß sie dieses Hundefutter zu Wurst verarbeiten dürfen, ohne daß die Hausfrauen davon etwas erfahren. Unterstützt werden sie dabei von der Bundesanstalt für Fleischforschung, die im Separatorenfleisch einen technischen Fortschritt sieht, „der durch keine Art von Deklaration behindert werden sollte."

Manchmal kann man im Fernsehen heuchlerische Berichte sehen, in denen Kinder aus den Slums von Rio oder Kalkutta Abfallhaufen nach Speiseresten durchstöbern. „Gott sei Dank! So etwas gibt es bei uns nicht", mag mancher bei solchen Bildern denken. Nein, bei uns wird sogar aus solchem Abfall noch Profit für die Monopole gemacht.

Bundestag

Verdoppelung der Diäten?

Mit großem Trara wurde Anfang des Jahres die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verkündet, daß künftig auch die Diäten der Bundestagsabgeordneten versteuert werden müssen.

Schließlich bot sich hier wieder einmal die Gelegenheit, dem Bürger zu zeigen, wie demokratisch doch die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" ist. Oder ist es etwa nicht demokratisch, wenn nicht nur der Arbeiter seine 1000 DM im Monat versteuern muß, sondern neuerdings auch die Abgeordneten ihre 4000 DM Diät? Und wer wird es noch wagen, das Parlament bei der nächsten Steuererhöhung zu beschimpfen wie früher, wenn man weiß, daß die Abgeordneten sich damit auch selbst die Steuern erhöht haben? Mit einem Wort: Die Sache war ein richtiger Wahlkampfschlager und wurde dementsprechend gefeiert.

Inzwischen ist es allerdings ruhiger geworden um diese „demokratische Errungenschaft". Genauer gesagt, die Sache ist als Wahlkampfschlager gestorben. Denn einige Abgeordnete haben ihren Mund nicht halten können und jetzt schon herausposaunt, daß sie sich, was das Steuerzahlen angeht, nur dann auf den „Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" stellen werden, wenn gleichzeitig die Diäten erhöht werden. Und zwar von jetzt rund 4000 DM auf künftig 8000 DM, also um runde 100%. Größere Zweifel daran, daß es so — nach der Wahl versteht sich — auch kommen wird, bestehen nirgendwo. Warum auch, man kennt ja seine Abgeordneten.

Immerhin, ein Lehrstück über bürgerliche Demokratie ist die ganze Angelegenheit geblieben. Sie zeigt, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" bietet tatsächlich erhebliche Vorteile — wenn man zur Bourgeoisie gehört, zum Beispiel als Abgeordneter.

"Aktion Menschenrechte" der CDU

Hetzkampagne gegen Kommunismus

In Gelsenkirchen hat der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, eine neue antikommunistische Kampagne seiner Jugendorganisation „Junge Union" eröffnet. Die „Aktion Menschenrechte" soll offenbar der reaktionären CDU gerade im Wahljahr größeren Kredit vor allem unter der Jugend verschaffen.

Worum geht es?

Es geht darum, unter der Jugend unter dem Deckmantel des „Kampfes für die Freiheit und die Menschenrechte" die Lüge zu verbreiten, daß Kommunismus und Faschismus dasselbe sind. Um diese Lüge zu „untermauern", stellte Kohl in Gelsenkirchen das sozialfaschistische Regime der Neuen Zaren im Kreml und die sozialfaschistische Unterdrückung der Werktätigen der DDR durch die revisionistische Honecker-Clique als „Sozialismus" hin.

In Wirklichkeit haben diese Regime, haben Mauer und Stacheldraht mit Sozialismus und Kommunismus nichts zu tun. Und Tatsache ist, daß der Verrat der modernen Revisionisten von Chruschtschow und Ulbricht bis zu Breschnew und Honecker am Marxismus-Leninismus, die Wiedererrichtung des Kapitalismus in den ehemals sozialistischen Ländern und die Errichtung einer faschistischen Diktatur der neuen Bourgeoisie unter dem Deckmantel des Sozialismus die reaktionäre antikommunistische Hetze Kohls erleichtert und ihr in die Hände arbeitet. Daß Kohl und seine CDU wirklich, wie er in Gelsenkirchen behauptet hat, „auch jenen Faschismus in Chile bekämpfen", das sind allerdings, angesichts der offenen Unterstützung des Regimes der Mördergenerale durch die CDU, nur wenige bereit zu glauben. Und es ist natürlich auch nichts anderes als eine unverschämte Lüge. Schließlich spricht Kohl als Vorsitzender einer reaktionären Partei der westdeutschen Imperialisten, die nicht nur überall auf der Welt an der Unterdrückung der Völker beteiligt sind, sondern mit Hilfe der Regierungs- und Opportunistenparteien auch bei uns die Faschisierung und die Unterdrückung der Werktätigen vorantreiben.

Der Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus kann nur revolutionär geführt werden, mit dem Ziel der Revolution und der Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung.



Heraus zu den Roten 1. Mai-Demonstrationen der KPD/ML

Westberlin, 12 Uhr, Leopoldplatz.
Hamburg, 11 Uhr, Dulsberg-Süd, Elsässer Str.
Kiel, 10.30 Uhr, Vineta-Platz, (Kiel-Gaarden), Abschlußkundgebung 12.30 Uhr, gleicher Ort.
Bremen, 11 Uhr, Waller Seebad, Abschlußkundgebung, 12.30 Uhr, Rostocker/Parchemerstr.
Hannover, bitte im örtlichen Parteibüro erfragen.
Dortmund, 10 Uhr, Nordmarkt
Duisburg, 11 Uhr, Tellmannstr./Marxloh.
Ludwigshafen, 10 Uhr, Ebert-Park, Schlußkundgebung 12.30 Uhr, gl. Ort.
Frankfurt, 11 Uhr, Paulsplatz.
Stuttgart, (Ost), 11 Uhr, Wagenburgstr./Klingenstr.
München, 11 Uhr, Karolinenplatz,

Veranstaltungen:

Westberlin, 25. 4., 15 Uhr, (nicht wie im letzten RM abgedruckt 19 Uhr), Hasenheide, Gastst. „Neue Welt".
Hamburg, (Wilhelmsburg), 30. 3., 19 Uhr, Vogelhüttendeich 10, „Stübens Gesellschaftsräume".
Kiel, 1. 5., 18 Uhr, Eckernförder Str. (Buslinie 5/15), Gastst. „Waidmannsruh".
Bremen, 1. 5., 19 Uhr, Bromberger Str., „Schützenhof".
Hannover, bitte im örtlichen Parteibüro erfragen.
Dortmund, (Mengede), 1. 5., 18 Uhr, Am Markt „Mengeder Saalbau".
Bochum, bitte im örtlichen Parteibüro erfragen.
Essen, 30. 4., 19 Uhr, Ückendorfstr., Gastst. „Schlägel + Eisen".
Duisburg, 1. 5., 17 Uhr, „Ratskeller Hamborn".
Köln, (Deutz), 28. 4., 19 Uhr, Mathildenstr., Gastst. „Mathildenhof".
Bielefeld, 29. 4., 18.30 Uhr, Ladebeck Str./Eggenweg, Gasths. „Eggetal".
Düsseldorf, 30. 4., 19 Uhr, Kölner Str. 45, Gastst. „Gatzweiler".
Lingen, **Gründungsveranstaltung der** ROTEN GARDE, 29. 4., 20 Uhr, Gaststätte „Lindenhof".
Flotoh, 30. 4., 19 Uhr, „Ratsstüben", (mit einem Film über die Befreiung Kambodschas
Ludwigshafen, 1. 5., 16.30 Uhr, Königsbacher Str. 12, Gastst. „Volkshaus".
Frankfurt, 1. 5., 17 Uhr, „Bürgerhaus Sindelfingen".
Karlsruhe, 30. 4., 19 Uhr, „Römerhof".
Darmstadt, 28. 4., 19 Uhr, Gastwirtschaft „Kanne".
Kassel, 1. 5., 18 Uhr, Wehlheider Kreuz, „Bürgerschenke", (Abfahrt zur Demonstration nach Hannover: 8 Uhr, Messeplatz).
Saarbrücken, 26. 4., 19 Uhr, Gasthaus „Karus Stüben".
Heilbronn, 22. 4., Mönchseestr. 81, „Mönchseegaststätte".
Wetzlar, 25. 4., 19 Uhr, Gasths. „Tivoli"
Marburg, (Wehrda), 29. 4., 19 Uhr, Gastst. „Cohngarten", mit einem Film über die Befreiung Kambodschas.
Stuttgart, (Ost), 1. 5., 15 Uhr, Rotenbergstr., „Friedenau".
München, 30. 4., 19 Uhr, „Thomasbräukeller".
Nürnberg, 1. 5., 17 Uhr, Schlachthofstr., Gaststätte „Schlachthof".

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911

Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○

(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/445162. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234/511537. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

— ANZEIGE —

NEUERSCHEINUNG



1975

52 Ausgaben des ROTEN MORGEN sowie die ROTE-GARDE-Zeitung und Register. Preis 30,-- DM. Bestellungen an: Verlag G. Schneider, Postfach 30 05 26, 46 Dortmund 30.